

1998

Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg

Das Ministerium des Innern ist die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg. In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages wird mit dem vorliegenden Jahresbericht 1998 die Öffentlichkeit über die Arbeitsergebnisse unterrichtet.

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam

Redaktion
und Layout: Abteilung Verfassungsschutz, Referat V/2
Telefon: (0331) 866 2567

Auflage: 7 500

Druckerei: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Den Text finden Sie im Internet unter www.brandenburg.de/land/mi

Juni 1999

VORWORT

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

alljährlich informiert Sie der Verfassungsschutzbericht über extremistische Bestrebungen in unserem Land. "Verfassungsschutz durch Aufklärung" – dieser Auftrag ist ein wichtiges Unterpfand zur Abwehr extremistischer Gefährdungen. Die sachliche Information über verfassungsfeindliche Aktivitäten soll Ihnen Argumente für die Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie liefern. Demokratie ist ja nichts Abstraktes – sie ist unser aller Alltag. Indem wir sie schützen, verteidigen wir unsere eigenen Rechte und Freiheiten und damit die im vergangenen Jahrzehnt gewachsenen Grundwerte unseres Lebens. Doch Demokratie ist kein automatisch wirkendes Geschenk für die Ewigkeit. Sie ist vielfachen Angriffen ausgesetzt und muss häufig neu erstritten werden. Nur in einem breiten Bündnis aus Bürgercourage und Toleranz können wir den Schutz unserer demokratischen Grundrechte sichern.

Welche Wirkung unsere Gemeinsamkeit hat – darüber gibt erneut der nunmehr sechste Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg Auskunft. Er beginnt mit einer erfreulichen Bilanz: Rechts-extremistisch motivierte Straftaten nahmen 1998 gegenüber 1997 wie im gesamten Bundesgebiet auch in Brandenburg erheblich ab. Die aus rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Motiven heraus begangenen Gewaltdelikte gingen im Vergleich dieser beiden Jahre in Brandenburg sogar weit deutlicher zurück als in den anderen Bundesländern. Das sind durchaus ermutigende Signale.

Wir führen diese Tendenz unter anderem auch darauf zurück, dass das breitgefächerte Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" der Landesregierung allmählich zu greifen beginnt. Landesweit haben sich viele Aktionen und Aktivitäten entwickelt, die in ihren Orten für ein gewaltfreies Klima sorgen wollen. Nein, Brandenburg ist kein "braunes" Land, wie mancher vorschnell urteilt und seine Bürger damit verurteilt. Rechtsextremismus ist ganz und gar nicht das Symbol für unser Land. Die überwiegende Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist nicht ausländerfeindlich. Sie wendet sich entschieden gegen jede Gewalt und Fremdenhass und verurteilt nachdrücklich die dumpfen Parolen rechter Demagogen.

Andererseits verdeutlicht der Bericht jedoch auch, dass es trotz positiver Bilanz überhaupt keinen Grund gibt, die Aktivitäten der rechten Extremisten aus dem Blick zu verlieren. Sie bleiben das brisanteste Problem, dem sich der Verfassungsschutz stellen muss. Immer noch passieren zu viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in Brandenburg. Der militante Kern der rechtsextremistischen Jugendszene, von dem diese Gewalt vor allem ausgeht, ist in unserem Land nicht kleiner geworden; nach wie vor gehören ihm etwa 550 Personen an. Wir alle gemeinsam müssen hoch sensibilisiert bleiben, um diesen Spuk in seine Schranken zu verweisen.

Chancen dafür gibt es. Brandenburg verfügt über ein reifes demokratisches Potential: Schließlich spricht es für die Einstellung der Menschen, dass die drei großen rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU und REP nach Wahlen stets am Rande stehen. Ihre platte und menschenverachtende Demagogie hat es nicht vermocht, schwankende oder gar mit der Demokratie hadernde Bürger auf ihre Seite zu ziehen. So soll es auch bleiben. Deshalb sollten alle Demokraten angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen im September den Kampf der rechten Parteien um Wählerstimmen ernst nehmen und deren Phrasen rechtzeitig und entschlossen entkräften. Demokratie und innere Sicherheit sind jedoch nicht nur von "rechts" gefährdet. Gefahr droht auch vom Linksextremismus, unter dessen Fahne sich vor allem gewaltbereite Autonome sammeln. Hier bleibt höchste Wachsamkeit ebenfalls geboten.

Gewalt und Haß dürfen in unserer Gesellschaft niemals dauerhaft einen Nährboden finden. Bisher ist es den Extremisten aller Couleur in Deutschland noch nicht gelungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu gefährden. Lassen Sie uns auch künftig gemeinsam dafür eintreten, das sich daran nichts ändert. Die beste Garantie dafür sind Ihr aktives Mitwirken an der Bewahrung unserer Verfassungsordnung und Ihre Entschlossenheit gegenüber den Gegnern der Demokratie. Lassen Sie uns also gemeinsam wirken für ein demokratisches, ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg. Dieser Bericht wird Ihnen dabei behilflich sein.

Alwin ZIEL

Minister des Innern des Landes Brandenburg
Potsdam, im Juni 1999

Verfassungsschutz und Demokratie	7
Das Grundgesetz – eine wehrhafte Verfassung	7
Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – Auftrag, Aufgaben und Befugnisse	7
Die Kontrolle über die brandenburgische Verfassungs- schutzbehörde	9
Organisationsstruktur und Haushaltsmittel der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde	10
Verfassungsschutz durch Aufklärung	11
Politischer Extremismus	13
I. Rechtsextremismus	13
Aktuelle Entwicklung	13
Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene	19
Lagebild	19
Aktionsfelder	26
Neonazis	34
Organisationen	34
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	35
Kameradschaften, Netzwerke, Kampagnen	38
Grenzüberschreitende Aktivitäten	42
Parteien und ihre Nebenorganisationen	44
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	44
- Junge Nationaldemokraten (JN)	48
- Deutsche Volksunion (DVU)	50
- Vereinigte Rechte (VR)	53
- Die Republikaner (REP)	55
Vereine und Weltanschauungsgemeinschaften	59
- Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	59
Agitation und Kommunikation, neue Medien	61
Ausblick	66
Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen	68
Rechtsextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg	69

2. Linksextremismus	70
Aktuelle Entwicklung	70
Autonome	75
Lagebild	75
Aktionsfelder	78
Parteien und sonstige Organisationen	86
Marxistisch-leninistische Parteien und ihre Neben-	
organisationen	86
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	86
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	89
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	90
- Rote Hilfe e.V. (RH)	92
Trotzkisten	92
Anarchisten	93
Ausblick	95
Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen	96
Linksextremistisch motivierte Straftaten im Land	
Brandenburg	97
3. Ausländerextremismus	98
Aktuelle Entwicklung	98
Linksextremistische und nationalistisch-extremistische	
Organisationen	99
- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	99
- Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	102
Islamistisch-extremistische Organisationen	103
Ausblick	107
Spionageabwehr	108
Scientology-Organisation (SO)	113
Beobachtungsauftrag	113
Allgemeine Erkenntnislage	114
Erkenntnislage im Land Brandenburg	114
Anhang	
Abkürzungsverzeichnis	
Begriffserläuterungen	

VERFASSUNGSSCHUTZ UND DEMOKRATIE

Das Grundgesetz – eine wehrhafte Verfassung

Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Zeit von 1933–45 wurde 1949 in die neue Verfassung, das Grundgesetz (GG), ein umfassendes Schutzsystem zur Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eingefügt:

- die Unabänderbarkeit wesentlicher Grundsätze der Verfassung selbst durch den Gesetzgeber (Art. 79 Abs. 3 GG);
- die Verwirkung bestimmter Grundrechte (z.B. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), wenn diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht werden (Art. 18 GG);
- das Recht, Parteien und sonstige Vereinigungen zu verbieten, wenn sie darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen (Art. 9 Abs. 2, 21 Abs. 2 GG).

Die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder und ihre Zusammenarbeit zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind durch das Bundesverfassungsschutzgesetz vom 20. Dezember 1990 geregelt. Das Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz – BbgVerfSchG) wurde am 5. April 1993 vom Landtag beschlossen.

Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – Auftrag, Aufgaben und Befugnisse

Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg unterrichtet die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder. Dadurch soll ermöglicht werden, rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren zu ergreifen (§ 1 Abs. 2 BbgVerfSchG).

*umfassendes
Schutzsystem*

*Bundes-
verfassungs-
schutzgesetz*

Zur Erfüllung dieses gesetzlichen Auftrags sammelt die Verfassungsschutzbehörde gemäß § 3 BbgVerfSchG Informationen und wertet sie aus, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben;
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland für eine fremde Macht;
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden.

Die Verfassungsschutzbehörde darf jedoch nur dann tätig werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine der genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten vorliegen. Ferner wirkt sie auf Ersuchen der zuständigen Stellen beim Geheimschutz, d.h. der Sicherheitsüberprüfung von bestimmten Personen und technischen Sicherheitsmaßnahmen mit.

Die Bindung an Recht und Gesetz ist gemäß § 6 Abs. 1 BbgVerfSchG grundlegendes Prinzip der Verfassungsschutzbehörde. Daraus folgt u.a., dass im Rahmen ihrer Tätigkeit keine Straftaten begangen werden dürfen.

Seine Informationen erhält der Verfassungsschutz überwiegend aus offen zugänglichen Quellen, wie Zeitungen und anderen Medien, Büchern, Flugblättern und sonstigen Publikationen sowie aus öffentlichen Veranstaltungen und Mitteilungen anderer Behörden.

Eine offene Informationserhebung ist jedoch nicht immer möglich oder effektiv; daher darf die Verfassungsschutzbehörde in bestimmten Fällen nachrichtendienstliche Mittel, die in § 6 Abs. 3 BbgVerfSchG abschließend aufgezählt sind, einsetzen. Hierzu gehören der Einsatz von geheimen Informanten und verdeckten Ermittlern, Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen außerhalb des Schutzbereichs der Wohnung (Art. 13 GG) sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG und des dazu ergangenen Ausführungsgesetzes für das Land Brandenburg (G 10 AG Bbg).

Geheimschutz

*nachrichtendienstliche
Mittel*

Da der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt ist er gemäß § 7 BbgVerfSchG nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Aufgrund des Verhältnismäßigkeitsgebots gilt dies insbesondere nur dann, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise, die den Betroffenen weniger beeinträchtigt, nicht möglich ist.

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu; er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist (Art. 11 Abs. 3 Satz 2 u. 3 Verfassung des Landes Brandenburg).

Die Kontrolle über die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde

Neben der allgemeinen Kontrolle der Landesregierung durch den Landtag und der gerichtlichen Kontrolle über die Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde besteht die besondere Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission. Sie wird aufgrund ihres gesetzlichen Anspruchs von der Landesregierung umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, über Lagebilder und Vorgänge von besonderer Bedeutung sowie auf Verlangen auch über Einzelfälle unterrichtet (§§ 23,25 BbgVerfSchG).

Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG werden durch die vom Landtag gewählte unabhängige G 10-Kommission grundsätzlich vor deren Vollzug auf ihre Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft (§§ 2,3 G 10 AG Bbg).

Jeder Bürger hat das Recht, von der Verfassungsschutzbehörde unentgeltlich Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten sowie den Zweck und die Rechtsgrundlage ihrer Speicherung und ggf. Akteneinsicht zu bekommen (§ 12 BbgVerfSchG). Auskunftserteilung und Akteneinsicht dürfen nur dann versagt werden, wenn das öffentliche Interesse an der Geheimhaltung der Erkenntnisse sowie der nachrichtendienstlichen Arbeitsmethoden und Mittel gegenüber dem Interesse der Person überwiegt. Im Jahre 1998 haben 28 Bürger Auskunft erhalten.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht hat Zugang zu allen Unterlagen mit personenbezo-

*Parlamentarische
Kontroll-
kommission*

genen Daten. Er überprüft auf der Grundlage des Datenschutzgesetzes die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung durch die Verfassungsschutzbehörde.

Organisationsstruktur und Haushaltsmittel der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde

Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist eine Abteilung im Ministeriums des Innern. Sie gliedert sich in sieben Referate (Zentrale Dienste, Rechts- und Grundsatzangelegenheiten; Verfassungsschutz durch Aufklärung; Auswertung politischer Extremismus; Beschaffung politischer Extremismus; Spionageabwehr; Geheimschutz; Observation und nachrichtendienstliche Technik).

Am 31. Dezember 1998 waren 95 der 105 vorgesehenen Planstellen besetzt.

Die Personalkosten beliefen sich auf rund 5.738.000 DM. An Haushaltssachmitteln standen 1.494.000 DM zur Verfügung; davon wurden 1.292.892,19 DM ausgegeben.

VERFASSUNGSSCHUTZ DURCH AUFKLÄRUNG

Der Schutz des demokratischen Rechtsstaates kann nicht allein Aufgabe einer staatlichen Behörde, wie es der Verfassungsschutz ist, sein. Vielmehr bedarf es kritischer, engagierter und demokratisch gesinnter Bürger. Jedem soll und muss es möglich sein, sich selbst ein Urteil über offen erkennbare oder versteckt vorhandene Risiken und Gefährdungen zu bilden, die unserer Rechtsordnung durch Verfassungsfeinde drohen.

Der brandenburgische Verfassungsschutz bekennt sich deshalb seit Jahren zum offenen gesellschaftlichen Dialog. Die Behörde unterhielt auch 1998 zahlreiche Medienkontakte und versandte auf Anforderung umfangreiches Material zu den Themen Extremismus, Spionage-abwehr sowie Extremismus und Informationstechnik. Im jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht werden alle offen verwertbaren Ergebnisse der nachrichtendienstlichen Facharbeit zusammengestellt und der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

1998 war der brandenburgische Verfassungsschutz erneut bei öffentlichen Veranstaltungen vertreten; so bei der "Interkulturellen Woche" in Perleberg, der Jugendmesse "Young Life '98" in Frankfurt/Oder, bei Projekttagen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt u.a. in Pätz sowie bei Diskussionsrunden in Schulen und Jugendeinrichtungen.

Seit Ende 1994 ist die Wanderausstellung "Demokratie – aber sicher!" als gemeinsame Maßnahme der Verfassungsschutzbehörden aller neuen Bundesländer auch im Land Brandenburg unterwegs. Sie wendet sich vornehmlich an Jugendliche und Schüler und stellt neben Grundrechten und deren Gefährdungen durch Extremisten die Arbeit des Verfassungsschutzes dar. Die Ausstellung wurde, zum Teil mehrmals, in nunmehr 27 verschiedenen Orten in Rathäusern und Bibliotheken, im wesentlichen jedoch an Schulen gezeigt. Die Bilanz ist mit mehr als 12.800 Besuchern ermutigend. Die Ausstellungspräsentation wird durch Sonderveranstaltungen, z. B. Filmvorführungen mit anschließender Diskussion, ergänzt.

*offener
gesellschaftlicher
Dialog*

*"Demokratie –
aber sicher!"*

Daneben gab der Brandenburger Verfassungsschutz auch 1998 verschiedene Veröffentlichungen heraus. Dazu zählen der Jahresbericht 1997, der erneut in einer Auflage von 7 500 Exemplaren verteilt wurde, und eine Broschüre mit dem Titel "Abwehr von Wirtschaftsspionage – eine Aufgabe des Verfassungsschutzes".

Alle von der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde herausgegebenen Broschüren und Jahresberichte werden kostenlos abgegeben. Schulklassen, Jugendklubs oder andere Institutionen können die vorgenannten Angebote abfordern und Fachleute des Verfassungsschutzes zu Vorträgen und Diskussionen bitten. Interessenten wenden sich an das

Ministerium des Innern

Referat V/2

Henning-von-Tresckow-Straße 9 - 13

14467 Potsdam

Telefon: 0331-866 2567

Fax: 0331-866 2585.



POLITISCHER EXTREMISMUS

1. RECHTSEXTREMISMUS

Aktuelle Entwicklung

Brutale Gewalt gegen Menschen, die fremd sind, anders aussehen, denken oder leben – das ist Rechtsextremismus in seiner krassesten Form. Diese Gewalt geht hauptsächlich von Jugendcliquen mit rechtsextremistischer Orientierung aus. Viele ihrer Mitglieder bekennen sich zur jugendlichen Subkultur der Skinheads. Zwar verfügen diese Gewalttäter nur über ein diffuses, bruchstückhaftes Weltbild; selten sind sie in der Lage, klare politische Ziele zu artikulieren. Aber mit ihren menschenverachtenden Gewaltakten stellen sie sich selbst in die rechtsextremistische Ecke.

Rechtsextreme Einstellungen – nicht zu verwechseln mit rechtsextremistischen Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzgesetzes – sind jedoch über den vergleichsweise engen Kreis der jugendlichen Gewalttäter hinaus in weiteren Teilen der Bevölkerung verbreitet. Eine FORSA-Umfrage vom Mai/Juni 1998 fragte rechtsextreme Einstellungsmuster ab. Danach teilten in Brandenburg 19 Prozent aller über 14-jährigen rechtsextreme Klischeevorstellungen. Zum Vergleich: In ganz Ostdeutschland waren es 17, bundesweit 13 Prozent. Auch wenn es in der sozialwissenschaftlichen Forschung keine allgemeinverbindlichen Regeln gibt, um den tatsächlichen Umfang des rechtsextremen Einstellungspotentials zu bestimmen, so belegt die Studie zumindest, dass rechtsextreme Einstellungen 1998 in Brandenburg weiter verbreitet waren als in anderen Bundesländern. Der Ost-West-Unterschied beruhte auf einer stärkeren Ausprägung autoritärer und fremdenfeindlicher Einstellungsmuster in den neuen Bundesländern. Als erhöht belastet mit rechtsextremem Gedankengut erwiesen sich Arbeiter, in Ostdeutschland auch Arbeitslose. Ostdeutsche Männer neigten etwas stärker zu rechtsextremen Einstellungen als Frauen. Obwohl sich die jüngeren Altersgruppen nicht als überdurchschnittlich anfällig für rechtsextremes Gedankengut zeigten, sind unter rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierten Gewalttätern weit überpro-

*rechtsextreme
Einstellungen*

portional männliche Jugendliche und Heranwachsende mit niedrigem Bildungsniveau zu finden. Sie sind offenbar eher bereit, ihren Einstellungen eine entsprechende Tat folgen zu lassen und so zu Rechtsextremisten zu werden.

Die Kriterien für rechtsextremistische Bestrebungen sind im brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz definiert und gelten insbesondere für Organisationen, die Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zum Programm erheben, oder für militante Cliques und auch Einzelpersonen, die mit brutaler Gewalt anderen Menschen deren Würde und Lebensrecht streitig machen.

Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten, darunter gerade auch der Gewaltdelikte, hat 1998 erheblich abgenommen. Bundesweit wurden 708 (1997 noch 790) Gewalttaten registriert. Dieser Rückgang hat sich in Brandenburg (59 Gewalttaten, 1997 noch 98) weit deutlicher als sonst in der Bundesrepublik vollzogen. Allerdings war das Ausgangsniveau im Jahre 1997 höher als in den meisten anderen Bundesländern. Deshalb liegt die Zahl der einschlägigen Gewaltdelikte 1998 in Brandenburg noch über dem bundesdeutschen Niveau, wenn man sie mit der Bevölkerungszahl in Vergleich setzt. Berechnet man die rechtsextremistischen Gewalttaten pro 100.000 Einwohner, so steht Brandenburg 1998 an vierter Stelle unter den Bundesländern, während es 1997 noch den zweiten Platz in dieser unrühmlichen Skala innehatte.

Der dennoch sehr erfreuliche Rückgang bei den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Brandenburg dürfte zumindest zu einem gewissen Teil darauf zurückzuführen sein, dass die breitgefächerten Maßnahmen der Landesregierung im Rahmen des Handlungskonzepts “Tolerantes Brandenburg” zu greifen beginnen. Doch wäre es verkehrt, jetzt schon Entwarnung zu geben. Richtigerweise ist der militante Kern der rechtsextremistisch orientierten Jugendzene nicht kleiner geworden. Für Brandenburg beziffert er sich weiterhin auf 550 Personen. Bundesweit ist er sogar auf 8.200 Personen gewachsen.

Die Subkultur der Skinheads hat von ihrer Faszination für einen Teil der Jugend nichts eingebüßt. Nicht nur in brandenburgischen Kleinstädten ist sie “in”. Vielerorts sprießen neue Skinheadbands aus dem Boden. Viele ihrer Liedtexte spiegeln den in der Szene herrschenden menschenverachtenden Kult der Gewalt wider. Der Schwarzmarkthandel mit rechtsextremistischen Tonträgern, die von der Bundesprüfstelle indiziert sind oder deren Verbreitung rechtskräftig verboten wurde, floriert. Um ihn einzudämmen, wurden bei

vielfachen Exekutivmaßnahmen – auch in Brandenburg – einschlägige CDs massenweise beschlagnahmt.

Neonazis betrachten die rechtsextremistisch orientierte Jugendszene als Reservoir für ihren Nachwuchs. Ihre Rekrutierungserfolge hielten sich bisher aber eher in bescheidenen Grenzen. Eine Steuerung der gewaltbereiten Jugendszene durch Neonazis war bislang nicht festzustellen. Sie bemühen sich jedoch, ein flexibles Netz lokaler Kameradschaften zu knüpfen, mit dem der von den Organisationsverboten ausgehende staatliche Druck abgefangen werden soll. Das Verbot der "Kameradschaft Oberhavel" durch den Minister des Innern des Landes Brandenburg im Spätsommer 1997 hat jedoch verdeutlicht, dass bei entschiedenem Vorgehen des Staates dieses Konzept zum Scheitern verurteilt ist. In Brandenburg existieren zwar noch etliche neonazistisch orientierte Kameradschaften; sie agieren jedoch zumeist vorsichtig und sind im übrigen ausgesprochen instabil.

Neonazis treten, gerade in Brandenburg, auch als Naturfreunde sowie als Bewahrer der deutschen völkischen Kultur gegen den amerikanisierten Zeitgeist auf und locken Jugendliche in Singe- und Wanderjugendgruppen, um sie nach und nach weltanschaulich zu indoktrinieren.

Verstärkt nahmen Neonazis bei der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD), die das Parteienprivileg genießt, Zuflucht vor staatlicher Repression. Neonazis in und außerhalb der NPD versuchen, die Partei für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Die NPD will sich durch neue Mitglieder verjüngen und braucht die Neonazis als Mobilisierungspotential für ihren "Kampf um die Straße".

Die NPD oder die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) meldeten 1998 des öfteren Großveranstaltungen an, an denen dann zahlreiche Neonazis teilnahmen, so etwa an Demonstrationen gegen die in verschiedenen Städten Deutschlands gezeigte Ausstellung "Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" oder an der Kundgebung am 1. Mai vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal. Andererseits kommt es immer wieder, auch bei solchen Kundgebungen, zu Rivalitäten beider Richtungen um die Vorherrschaft im "Nationalen Widerstand".

Wie schon 1997 kam ein zentraler Gedenkmarsch zum 11. Todestag von Rudolf Heß nicht zustande. NPD und JN hatten kein Interesse, weil eine Konfrontation mit der Staatsmacht nicht in ihr Wahl-

*gewaltbereite
Jugendszene*

*Groß-
veranstaltungen*

kampfkonzepkt passte, und die Neonazis allein kamen über kleinere, lokal begrenzte Aktionen nicht hinaus. Angesichts der Verbote von "Rudolf-Heß-Aktionen" versucht die neonazistische Szene zunehmend, allerdings erfolglos, neue Anlässe für Aufmärsche zu erfinden. Die für den 4. Juli geplante bundesweite Demonstration zum 100. Todestag Otto von Bismarcks in Heidelberg wurde kurzfristig abgesagt.

Ihren starken Mitgliederzuwachs seit 1997 verdankt die NPD vor allem dem organisatorischen Ausbau ihrer ostdeutschen Landesverbände. Durch diese innerparteiliche Gleichgewichtsverschiebung von West nach Ost ist die NPD in eine immer noch anhaltende Zerreißprobe um ihre weltanschauliche Identität geraten. Während eine Richtung in der Partei einen deutschen Sozialismus fordert, befürchten andere eine nationalbolschewistische Umpolung der Partei.

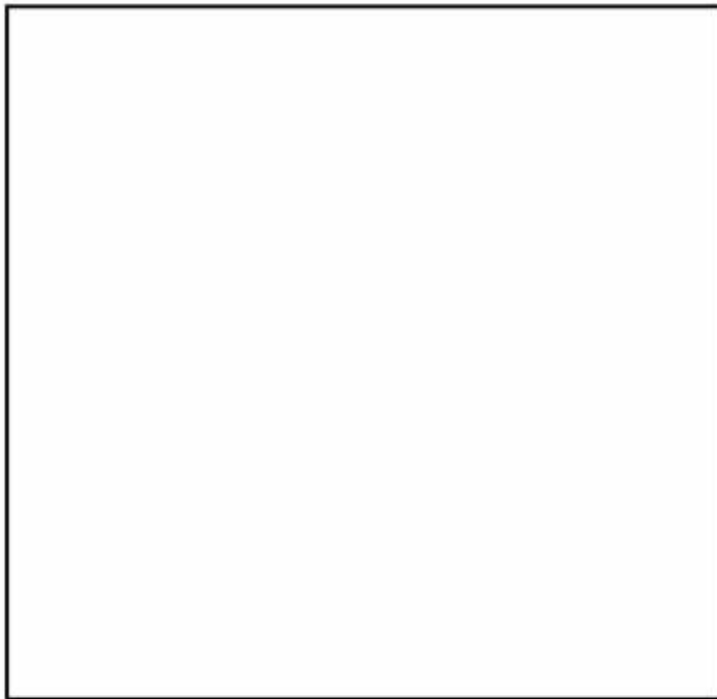
Viele rechtsextremistisch orientierte Skinheads und Neonazis hatten sich am 27. September zur Bundestagswahl, aber auch zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern für die NPD eingesetzt. Das weit hinter den hochgesteckten Erwartungen zurückgebliebene Ergebnis – 0,3 Prozent im Bundesgebiet, 1,1 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern – desillusionierte jedoch die Partei wie ihre Sympathisanten.

Auch für "Die Republikaner" (REP) und die "Deutsche Volksunion" (DVU) war das Bundestagswahlergebnis enttäuschend: Die REP blieben mit 1,8 Prozent der Zweitstimmen stärkste Kraft im rechtsextremistischen Parteienspektrum vor der DVU, die auf 1,2 Prozent kam.

In der Summe haben 3,3 Prozent aller Wählerinnen und Wähler ihre Stimme einer dieser drei rechtsextremistischen Parteien gegeben. In Brandenburg waren es sogar 5,2 Prozent.

Die DVU hatte insbesondere nach ihrem erfolgreichen Einzug in das sachsen-anhaltinische Landesparlament – sie erhielt bei der Landtagswahl am 26. April 12,9 Prozent der Stimmen – bundesweit einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Doch ihre Ambitionen zerstoßen bei der Bundestags- und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Es gelang der Partei nicht, sich als stärkste rechtsextremistische Kraft gegen die Konkurrenz durchzusetzen.

"Die Republikaner" (REP) waren in den vergangenen Jahren unter ihrem Parteivorsitzenden Rolf SCHLIERER bemüht, ihren Abgrenzungsbeschluss gegen andere rechtsextremistische Parteien umzu-



*Wahlplakate der
"Republikaner"*

setzen und haben Abweichler notfalls mit Parteiausschlussverfahren überzogen. Damit wollten sie ihrer Partei ein seriöses rechtskonservatives Erscheinungsbild geben. Bei diesem Unterfangen konnten sie vor Gericht Teilerfolge erzielen. In Rheinland-Pfalz und in Berlin wurde die Beobachtung des jeweiligen Landesverbandes der REP mit nachrichtendienstlichen Mitteln gerichtlich untersagt. Gegen beide Urteile wurde Revision eingelegt.

Inzwischen hat jedoch der Misserfolg aller zur Bundestagswahl angetretenen rechtsextremistischen Parteien die REP zu einer Neuorientierung bewogen. Sie sind nunmehr bereit, trotz Abgrenzungsbeschluss auf die konkurrierende "Deutsche Volksunion" (DVU) zuzugehen und mit ihr Wahlabsprachen zu treffen. Damit haben die REP selbst den Anschein zerstört, dass sie sich vom Rechtsextremismus fortbewegen wollen.

Die sogenannte "Neue Rechte" ist ein loser Verbund von weltanschaulichen Vereinen und Stiftungen, Publizisten sowie Lese- und Diskussionszirkeln, die besonders im Umfeld von studentischen Korporationen und landsmannschaftlichen Verbänden zu finden sind.

"Neue Rechte"

Nicht alle Rechtsintellektuellen, die sich der "Neuen Rechten" zugehörig fühlen, sind als Rechtsextremisten anzusehen. So bezieht sich der Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden nur auf das extremistische Segment der "Neuen Rechten".

Von dem marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci haben die Anhänger neurechter Ideen das Theorem übernommen, eine politische Machtübernahme müsse vorbereitet werden durch das Erringen der kulturellen Vorherrschaft. Dementsprechend verstehen sich die Anhänger der "Neuen Rechten" nicht als Politiker oder Berufsrevolutionäre, sondern als theoretische und strategische Vordenker einer "Kulturrevolution von rechts".

In der Zeitschrift "Nation & Europa", dem auflagenstärksten Theorie- und Strategieorgan der rechtsextremistischen "Neuen Rechten", spiegelt sich die Ratlosigkeit der "Neuen Rechten" nach dem eklatant schlechten Ergebnis der rechtsextremistischen Parteien bei der Bundestagswahl wider. Zwar begrüßt man den Zuspruch, den rechtsextremistische Ideen in Teilen der Jugend finden, doch traut man

der kahlrasierten Jugend einen "Marsch durch die Institutionen" nicht zu (vgl. "Nation & Europa", Nr. 10/98). So komme zur *"heillosen Zersplitterung der Rechten"* das weitere Dilemma hinzu, dass ein Spagat zwischen bürgerlicher Konvention und jugendlicher Subkultur vollführt werden müsse (Nr. 4/98).

Die vier markantesten Themenschwerpunkte der extremistischen "Neuen Rechten" sind nach wie vor folgende: Erstens propagiert

man die *“Entsorgung der deutschen Geschichte”*, also die normalisierende Einordnung der im Dritten Reich begangenen Menschheitsverbrechen in den Gang der Weltgeschichte. Die Polemik gegen die Ausstellung *“Verbrechen der Wehrmacht”* liefert außerdem einen Anknüpfungspunkt für aktionsorientierte Rechtsextremisten. Zweitens beklagt man die Zersplitterung der Kräfte im *“rechten Lager”*. Die leuchtenden Vorbilder des Erfolges durch Geschlossenheit, die *“Freiheitliche Partei Österreichs”* (FPÖ) und der französische *“Front National”* (FN), sind der *“Neuen Rechten”* abhanden gekommen, da beide Parteien von inneren Querelen gebeutelt wurden. Drittens schüren Ideologen der *“Neuen Rechten”* massiv Ängste vor einem *“Kampf der Kulturen”* und vor kultureller Überfremdung durch den Islam. Schließlich gibt es neurechte Bestrebungen, die im Namen der Freiheit das Prinzip der streitbaren Demokratie zu delegitimieren trachten, indem sie staatlichen Organen die systematische Verletzung bürgerlicher Freiheitsrechte vorhalten. Meinungs-, Presse- und Forschungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit würden den Bürgern vorenthalten. Letztlich wird damit die freiheitliche demokratische Grundordnung als Unrechtssystem diffamiert. Mit ihrem Anliegen, durch den Kampf um Begriffe die kulturelle Hegemonie im vorpolitischen Raum zu erringen, ist die *“Neue Rechte”* 1998 keinen Schritt vorangekommen.

Rechtsextremistisch orientierte Jugendszene

Lagebild

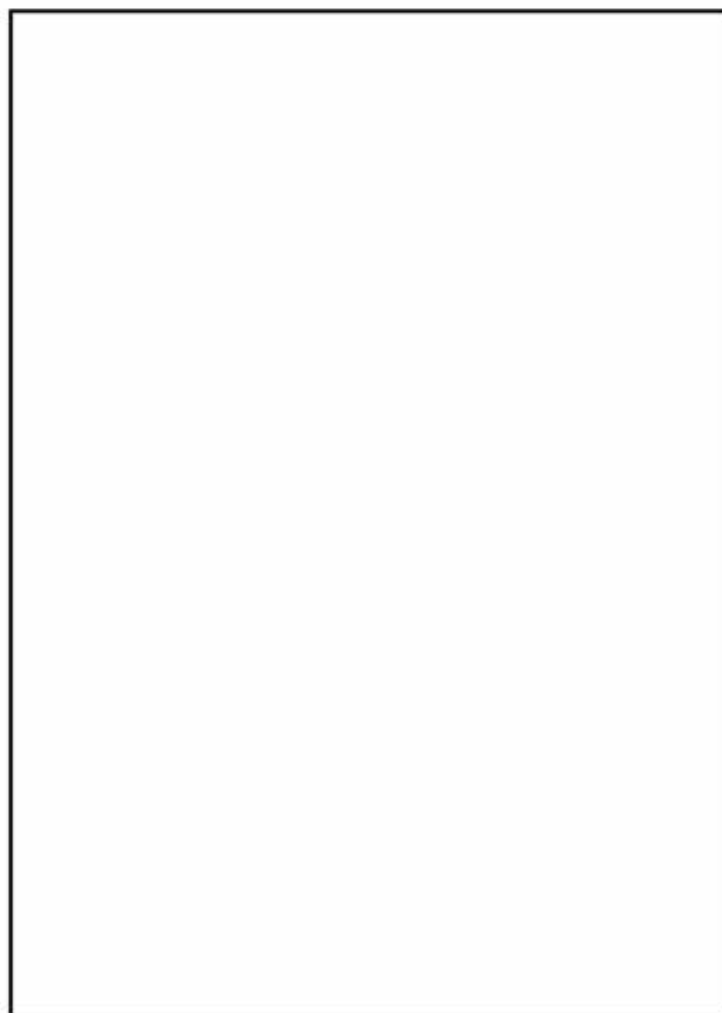
Für nicht wenige junge Menschen ist die aus Gleichaltrigen gebildete Clique ein wichtiger sozialer Bezugspunkt, zumal in der Freizeit. Militanz ist in vielen Fällen ein kennzeichnender Bestandteil der subkulturellen Gruppenrituale. Deshalb kommt es aus beliebigen und nichtigen Anlässen zu Gewaltausbrüchen, unterstützt durch Gruppendynamik und Alkohol. Sofern die Gewalt mit rechtsextremistischen Schlagworten begründet wird und sich in erster Linie gegen Opfer richtet, die ideologischen Feindbildern entsprechen, werden die derart agierenden Cliquen als Teile der rechtsextremistisch orientierten Jugendszene vom Verfassungsschutz beobachtet.

Rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen gibt es in zahlreichen Städten und Regionen Deutschlands. In Ostdeutschland sind sie besonders häufig anzutreffen. Zu den Orten in Brandenburg, in denen nennenswerte Cliquen existieren und in denen häufiger rechts-

Jugendcliquen

extremistisch motivierte Straftaten bekannt geworden sind, zählen u.a. Angermünde, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Königs Wusterhausen, Neuruppin, Oranienburg, Potsdam, Rathenow und Spremberg.

Meist setzen sich die brandenburgischen Cliques aus Auszubildenden, Schülern oder jungen Facharbeitern zusammen. Viele von ihnen stammen aus einkommensschwachen Bevölkerungsschichten und besitzen einen mittleren oder niedrigen Bildungsgrad oder kei-



*Zentren
rechtsextremistisch
orientierter
Jugendcliquen*

nen Schulabschluß. Der Anteil der Arbeitslosen unter ihnen ist nicht bedeutend höher als in der Gesamtheit gleichaltriger junger Leute.

Viele wachsen nach ihrer Jugendzeit aus der Clique heraus. Daher ist die Fluktuation in dieser Szene recht hoch. Dennoch bleibt ihr Gesamtbestand annähernd konstant, da ihre Anziehungskraft für nachwachsende Jugendliche nicht nachläßt.

In größeren Städten sind es oft Neubauviertel, in denen rechtsextremistisch orientierte Jugendliche wohnen und agieren. Sie besuchen zumeist die dort liegenden Jugendclubs oder Diskotheken und sehen diese Wohngebiete als ihr "Revier" an. Aber auch zentrale Plätze wie Bahnhöfe, Tankstellen, Marktplätze und Einkaufspassagen werden von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in Stadt und Land als Treffpunkte genutzt.

Solche Ansammlungen junger Menschen, die allein durch ihr Äußeres und ihr Gehabe Gewaltbereitschaft signalisieren und provokant rechtsextremistische Losungen herausschreien, verbreiten Angst und werden von Unbeteiligten gemieden. Anders als vielfach behauptet, schafft ein solches Drohpotential aber keine "Gegenmacht" im Sinne des – von Neonazis verfochtenen – strategisch-ideologischen Konzepts der "national befreiten Zonen". Im übrigen wird es nirgendwo in Brandenburg geduldet, dass Rechtsextremisten das Gewaltmonopol des demokratischen Rechtsstaates in Frage stellen.

Standardsymbole der Szene sind typische Attribute wie Kleidung, Tätowierung und Haartracht. Charakteristische Utensilien besorgen sich die Szeneangehörigen im einschlägigen Versandhandel; wer sich für NS-Devotionalien und Militaria interessiert, deckt sich in entsprechenden Läden ein und trägt bei bestimmten Gelegenheiten Abzeichen und Orden. Viele bekennen sich als "Glatzen" zur Skinhead-bewegung oder tragen einen Kurzhaarschnitt. Doch läßt ein solches Äußeres nicht von vornherein auf die Zugehörigkeit zur rechtsextremistisch orientierten Szene schließen.

Ernsthafte Bestrebungen militanter Jugendcliquen, aus sich selbst heraus verbindlichere Strukturen zu entwickeln oder sich überregional zusammenzuschließen, wurden nicht festgestellt. Einzelne Cliquen geben sich zwar großsprecherische Namen wie "The Black Baretts, Schutzstaffel Rangsdorf" (s. dazu S. 32). Damit wollen sie nach außen hin einen gewissen Organisationsgrad vorspiegeln oder sich selbst ein größeres Gewicht verleihen. Nur in Einzelfällen formieren sie sich tatsächlich zu einer "Kameradschaft" mit neonazistischem Charakter. Die meisten "Kameradschaften" gehen hinge-

*Standard-
symbole*

*Skinhead-
Konzerte*

gen auf Gründungen strategisch planender Neonazis zurück, die ein ganzes Netz sogenannter unabhängiger Kameradschaften zu bilden versuchen (s. dazu Seiten 38 ff.). Jedoch blieben die Bemühungen von Neonazis, in der rechtsextremistisch orientierten Jugend-szene schulungswillige Kameraden zu rekrutieren, auch 1998 von nur begrenztem Erfolg.

Für viele ist rechtsextremistische Skinheadmusik der Einstieg in die Szene. Sie nehmen lange und weite Anfahrtswege in Kauf, um an Konzerten mit Skinheadbands teilzunehmen, die im In- und Ausland stattfinden. Solche Konzerte werden häufig unter konspirativen Umständen organisiert und durchgeführt. Englischsprachige "Kultbands" gastieren ebenso wie Bands aus Polen oder Ungarn und treten gemeinsam mit deutschen Bands auf. Die Musikfans haben zur internationalen Vernetzung der Skinheadszenen erheblich beigetragen.

In Deutschland fanden 1998, wie im Vorjahr, mehr als 100 solcher Konzerte statt. Neben aufpeitschender Musik bieten derartige Treffen den Besuchern die erwünschte Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen, in der Szene kursierende Materialien auszutauschen, CDs zu

*Kassetten-
Cover
der rechts-
extremistischen
Gruppe
"Frontalkraft"
aus
Spremberg*



erwerben oder weitere Treffen abzusprechen.

Darüber hinaus wecken solche Konzerte ganz unmittelbar das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der gemeinsamen Teilhabe an einer krassen Gegenkultur. Im Verlauf der Veranstaltung werden häufig besonders aufreizende Textstücke – die Gewalt verherrlichen, brutale Menschenverachtung provokant ausstellen und nicht selten Bekenntnisse zum Nationalsozialismus einschließen – abwechselnd von Band und Publikum gesungen, gemeinsam brüllt und zeigt man den "Hitlergruß" oder schwenkt Fahnen wie die Reichskriegsflagge oder Banner der Skinheadbewegungen.

In dem Titel "Kreuzberger Nächte" auf einer indizierten CD der Band "Zillertaler Türkenjäger" heißt es beispielsweise:

*"... kommen zwei Zecken auf mich zu –
zwei Tritte in die Schnauze, dann ist Ruh.
Sie liegen da in ihrem Blut,
ich muß euch sagen, dieser Anblick tut mir gut ...
Ein Trupp von Skinheads steht zum Kampf bereit.
Sie hauen die ganzen Alis kurz und klein,
so ist es richtig, so muß es immer sein."*

Die Sicherheits- und Ordnungsbehörden des Landes Brandenburg sind bemüht, Skinheadkonzerte, auf denen neonazistisch orientierte Bands auftreten sollen, von vornherein zu unterbinden. Deshalb werden derartige Vorhaben von den Organisatoren meist konspirativ vorbereitet, beispielsweise, indem sie als "private Feiern" angekündigt werden. Auch 1998 fanden in Brandenburg einige Skinheadkonzerte statt. Allerdings wurden die meisten Veranstaltungen von der Polizei bereits im Vorfeld verhindert oder im Laufe des Abends abgebrochen.

Am 5. September traten die Bands "Senfheads" (Senftenberg) und "English Rose" (Großbritannien) auf einem Konzert in Hirschfeld auf, an dem etwa 250 Personen teilnahmen. Es wurde lautstark "Sieg Heil" und "Heil Hitler" gerufen. Als Polizeibeamte die Veranstaltung auflösten, wurden sie mit Biergläsern, Flaschen und anderen Gegenständen beworfen. Vor dem Veranstaltungsraum riefen ca. 80 Personen mehrfach "Wir sind der Nationale Widerstand" und hoben den rechten Arm. Beamte außerhalb des Gebäudes waren ebenfalls Ziel von Steinwürfen. Insgesamt wurden 73 Personen vorläufig festge-

Ob ein Konzert verbotswürdig ist, kann jedoch im voraus oft nicht zuverlässig beurteilt werden. Auch wegen der konspirativen Vorbereitung ist häufig zuvor nicht bekannt, welche Bands auftreten sollen und welchen Verlauf das Konzert nehmen würde. Staatlicher Druck durch Exekutivmaßnahmen hat dazu beigetragen, dass einige rechtsextremistische Bands ihre Texte auf Verfassungskonformität überprüfen lassen und bei Auftritten zurückhaltender agieren. Andere Bands versuchen, sich der staatlichen Repression durch gesteigerte Konspiration zu entziehen. Sie finden ihren Markt durch besonders "harte" Texte.

Neben den bereits erwähnten "Senfheads" gelten u.a. folgende Skinheadbands aus Brandenburg als rechtsextremistisch: "Proissenheads" (Potsdam), "Volkstroj" (Fürstenwalde), "Frontalkraft" (Spremberg). Sie treten überwiegend außerhalb Brandenburgs auf.

Zum Repertoire der Bands gehören Titel wie "Weiße Nation" ("Volkstroj"), "Linke Parasiten" und "Smash The Reds" ("Senfheads") oder "Stand Up And Fight" ("Proissenheads").

Die Band "Proissenheads" hatte von Mitte 1995 an im Rahmen eines integrativen Jugendprojektes in einem städtischen Jugendclub in Potsdam geprobt. Dies wurde im Frühjahr 1998 unterbunden, als im Jugendamt Potsdam die Gesinnung der Band bekannt wurde. Ein Interview, das die Band einem Fanzine¹ gab, dokumentiert die dumpfen Rassismus-Klischees, die von den "Proissenheads" – durchaus szenetypisch – gepflegt und formelhaft wiederholt werden: *"Das einzige, was uns Antrieb gibt, ist das Ideal einer Zukunft, die weißen Kindern die Möglichkeit gibt, ihr Leben zu gestalten, ohne Angst zu haben, von ‚importierten Affen‘ umgebracht zu werden"* und *"Die Masseneinwanderung gehört zu den übelsten Methoden unserer Feinde, uns in die Knie zu zwingen. Sie ist gesteuert. Doch die Zeiten werden sich ändern! ,Stop the Invasion!'"*

Auch Mitglieder anderer Bands geben in Interviews freimütig ihrem Standpunkt Ausdruck.

So antworteten Mitglieder der Band "Frontalkraft" auf die Frage "Wen wollt Ihr im großen Wahljahr wählen?" in einem Fanzine: "Diese Partei gibt es nicht mehr."

Da Produktion und Vertrieb von Tonträgern mit rechtsextremistischen Texten in Deutschland strafrechtlich schärfer verfolgt wer-

¹ engl. aus "fan" und "magazine"

den als in anderen Staaten, werden die intensiven internationalen Kontakte der Skinheadszenen genutzt, um CDs aus dem Ausland illegal, zum Teil regelrecht konspirativ, einzuführen.

Am 22. Juli wurden zwei Cottbuser bei der Einreise aus Polen an der Grenzübergangsstelle Forst einer Kontrolle unterzogen. Dabei fand man in ihrem PKW über 350 CDs mit rechtsextremistischen Inhalten. Bei Wohnungsdurchsuchungen wurden weitere einschlägige Tonträger und Publikationen festgestellt.

Am 31. Juli wurden auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichtes Cottbus in Langenfeld (Nordrhein-Westfalen) die Geschäftsräume einer der führenden Verlags- und Vertriebsgesellschaften für rechtsextremistische Skinheadmusik durchsucht. Es wurden 3.000 CDs mit teilweise volksverhetzendem Charakter beschlagnahmt.

Die Berliner Polizei beschlagnahmte am 16. Oktober etwa 500 CDs der neonazistischen Musikgruppe "Landser" mit dem Titel "Deutsche Wut – Rock gegen oben". Sechs Personen wurden unter dem Verdacht festgenommen, an der Einfuhr der CDs aus dem Ausland und an ihrem Vertrieb beteiligt gewesen zu sein. Die volksverhetzenden Texte dieses Tonträgers richten sich gegen Ausländer und politische Gegner. Ein Titel glorifiziert die Waffen-SS.

Größere Konzerte werden immer häufiger von Skinheadorganisationen vorbereitet. Solche Organisationen wie "Hammerskins" und "Blood & Honour" haben sich bereits vor einigen Jahren, zunächst im Ausland, aus Teilen der Skinheadbewegung gebildet. Sie untergliedern sich in nationale "Divisionen" und regionale "Sektionen". In Brandenburg sind beide Organisationen vertreten. Deren hiesige Untergliederungen unterhalten Kontakte insbesondere zu den entsprechenden Sektionen in Berlin und Sachsen. Auch für die erst Ende 1997 gegründete Organisation "White Youth Germany" besteht Interesse. Dieser nationale Zusammenschluss soll junge Skinheads an "Blood & Honour" heranführen. Eine Unterstruktur bilden die "White German Girls".

Die Skinheadkultur kommerzialisiert sich immer stärker. Das zeigt sich nicht nur in der wachsenden Anzahl der CD-Angebote von Skinheadbands oder in den stattlichen Preisen der entsprechenden Kleidungsstücke. Auch für die Veranstalter von Konzerten locken

"Hammerskins"

*"Blood
& Honour"*

*"White Youth
Germany"*

große Gewinne. Deshalb kommt es zwischen den Skinheadorganisationen immer wieder zu harten Konkurrenzen. Insbesondere die "Hammerskins" sind wegen ihres elitären Anspruchs umstritten. Doch auch intern entspinnen sich Auseinandersetzungen um finanzielle Anteile, so bei "Blood & Honour".

Nachrichten aus der Musikszene werden vor allem durch "Fanzines" verbreitet. Diese Kleinschriften werden meist von einzelnen Skinheads hergestellt und vertrieben. Manche dieser Hefte verbreiten auch neonazistische Propaganda.

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Fanzines mit rechtsextremistischen Inhalten leicht gestiegen, derzeit gibt es etwa 40 in Deutschland. Die Titel der Publikationen sind oft martialisch oder appellieren zumindest unterschwellig an die Faszination der Gewalt, z. B. "Amok – Texte für terminale Täter", "Doitsche Offensive" oder "Foier Frei!".

Während Fanzines anfangs per Schreibmaschine erstellt wurden und schon vom Äußeren her primitiv wirkten, werden für die Herstellung heute größtenteils Computer verwendet. Dadurch hat sich die Druckqualität erheblich verbessert. Manche Hefte erscheinen bereits mit farbigen Umschlägen und auf Hochglanzpapier; bisweilen werden CDs als Zugabe beigelegt. Einige Fanzines werden zudem auch über das Internet verbreitet.

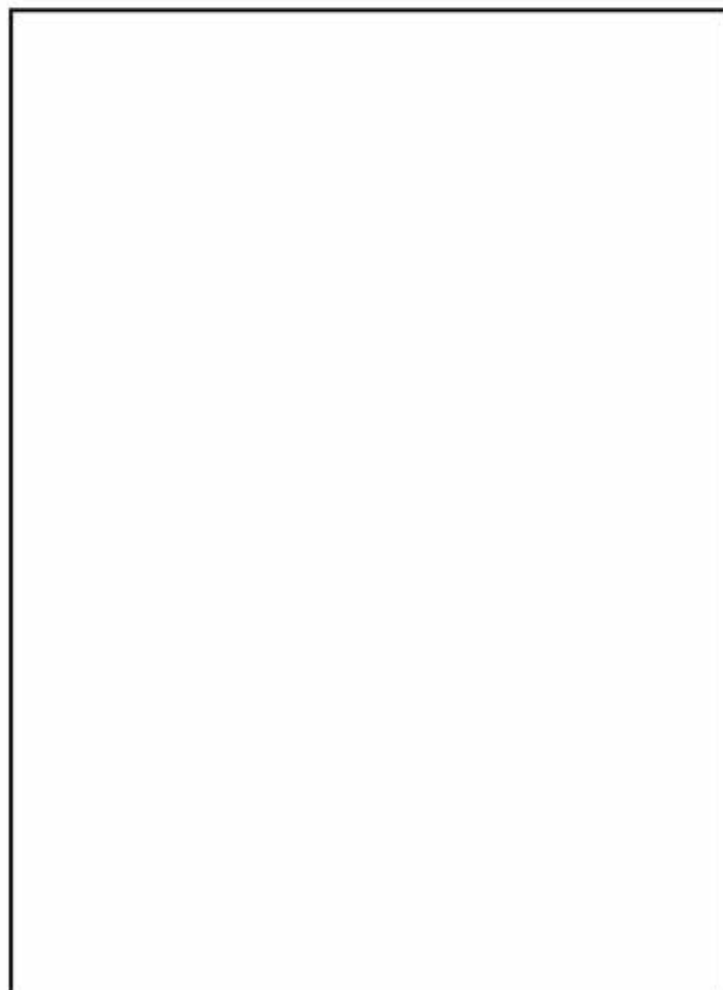
Die Haltung rechtsextremistischer Parteien und neonazistischer Vereine zur Skinheadszene ist ambivalent. Einerseits werden Skinheads als potentielle Mitglieder umworben. Andererseits fühlen sich insbesondere ältere Rechtsextremisten häufig von der ihnen fremden Jugendkultur der Skinheads abgestoßen; sie argwöhnen, dass deren martialisches Auftreten ihrem Anliegen, sich als "ordentliche Deutsche" zu präsentieren, schadet.

Umgekehrt sträuben sich Skinheads häufig gegen Instrumentalisierungsversuche durch Neonazis und andere Rechtsextremisten. Ihr Lebensgefühl steht einer Vereinnahmung und Unterordnung unter eine Organisationsdisziplin entgegen. Neonazistische Aktivisten stoßen in der Skinheadszene deshalb nur sporadisch auf Interesse, nämlich wenn sie selbst Skinheadkonzerte organisieren, Skinheadmusik – auch indizierte Tonträger – vertreiben oder Fanzines herausgeben (Beispiel: "Hamburger Sturm").

Aktionsfelder

Rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen sind für die meisten jener Straftaten verantwortlich, die überhaupt aus rechtsextremistischer Motivation heraus begangen werden. Dabei handelt es sich zum größten Teil um Propagandadelikte. Gefährlich sind solche Cliquen aber vor allem, weil sie zu Gewalttaten fähig und bereit sind.

Die rechtsextremistische Einstellung ist allerdings meist nicht der alleinige Antrieb zum kriminellen Handeln. Oftmals finden sich generell gewaltbereite junge Männer in Schlägercliquen zusammen



*Gewalt ist "in".
Titel der
"ersten
deutschen
über-
parteilichen
SKINHEAD-
ZEITUNG"
SZ*

und leiten aus groben rechtsextremistischen Klischees sekundär eine Rechtfertigung für Gewaltakte gegen ihnen missliebige Menschen her. Diese Personengruppe ist auch bei anderen Gelegenheiten schnell zum Zuschlagen bereit. Die meisten Gewalttaten werden denn auch spontan und in alkoholisiertem Zustand begangen und sind insoweit nicht vorhersehbar. Nicht selten kommt es vor, dass ein Tatverdächtiger eine extremistische Motivation – aus Gründen des Selbstschutzes – vehement bestreitet, obwohl sie den Umständen nach unterstellt werden muss. Auch sonst bleiben gelegentlich Zweifel zurück, ob eine extremistische Motivation vorliegt oder nicht.

Die polizeiliche Kriminalstatistik² zeigt für Brandenburg, dass 1998 die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr von 98 auf 59 zurückgegangen ist. Das entspricht einer Verringerung um rund 40 Prozent. Ein Teil dieser Gewalttaten hatte eine fremdenfeindliche Zielrichtung. Hier fiel der Rückgang etwas weniger deutlich aus.

Statistisch gesehen, werden bestimmte Opfergruppen häufiger als andere zum Ziel solcher Gewalttaten, vor allem Ausländer und "Linke". Sie entsprechen typischen rechtsextremistischen Feindbildern.

In Ostdeutschland liegt das Aggressionspotential gegenüber Fremden deutlich höher als im Bundesdurchschnitt – obwohl hier verhältnismäßig weit weniger Ausländer leben.

Zu den schwersten fremdenfeindlich motivierten Anschlägen auf Leben und Gesundheit von Ausländern gehörten 1998 der Angriff auf einen Italiener in Dedelow und der gegen ausländische Ordner in einer Diskothek in Rhinow.

Während eines Feuerwehrfestes am 22. August in Dedelow wurde ein italienischer Staatsbürger von einem 19jährigen Täter derartig zusammengeschlagen, dass er mit lebensbedrohlichen Schädelverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Nur eine Notoperation konnte sein Leben retten. Der Täter, der nach Feststellung der Staatsanwaltschaft aus "Hass gegen Ausländer und Fremde" mit stahlkappenverstärkten Springerstiefeln mehrmals gegen den Kopf des Italieners trat, zählt sich selbst zur rechtsextremistisch orientierten Szene. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage wegen versuchten Mordes erhoben.

Am 11. Oktober erschien in Rhinow eine Gruppe von etwa 20 Personen vor einer Reithalle, in der eine Disco-Veranstaltung

² beachte aber Anmerkung auf Seite 69

stattfand. Einige von ihnen gingen in die Halle, warfen mit Flaschen und legten sich mit Gästen und Ordnern an, bis sie aus dem Saal gewiesen wurden. Beim Gehen provozierten zwei von ihnen eine Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften, die aus dem ehemaligen Jugoslawien stammten. Äußerst brutal schlugen und traten sie auf die Ordner ein und fügten zwei von ihnen lebensgefährliche Kopfverletzungen zu. Dabei riefen sie ausländerfeindliche Parolen.



*Oftmals leiten
"Hitlergruß"
und
"Kühnengruß"
Gewalt ein*

Opfer fremdenfeindlicher Übergriffe wurden in Brandenburg insbesondere Afrikaner, Türken sowie Russen oder Aussiedler aus Russland bzw. anderen GUS-Staaten.

Ein 38jähriger Mosambikaner fuhr am 15. November mit einer Potsdamer Straßenbahn, als etwa 30 Jugendliche einstiegen. Vier umringten und einer beleidigte ihn: "Was willst du Neger in Deutschland? Findest du es schön, dem deutschen Volk Geld abzuzapfen?" Er schlug ihm mit der Faust mehrmals gegen den Kopf und zeigte den "Hitlergruß". Nachdem der Afrikaner die Notbremse gezogen hatte, wurde er noch

mehrmals getreten, bevor die Täter auf freier Strecke die Bahn verließen.

Während des jährlichen Stadtfestes in Calau kam es am 19. September zu einer Auseinandersetzung vor dem "Döner-Grill". Etwa 25 Personen warfen Fahrradständer, Bierflaschen und andere Gegenstände in das Geschäft. Jugendliche beschimpften den Betreiber mit den Worten "Türken raus". Als er nicht darauf reagierte, warfen sie Gegenstände in die Schaufensterscheibe. Immer mehr Jugendliche, die nach ihrem Äußeren der rechtsextremistisch orientierten Szene zugerechnet werden, strömten in das Lokal. Einer von ihnen schlug dem türkischen Betreiber mit einer Bierflasche auf den Kopf.

Fünf junge Russlanddeutsche wurden am 17. Juli in Templin aus einer Gruppe von etwa 15 Jugendlichen heraus mit Steinen beworfen sowie mit Parolen wie "Ausländer raus!", "Schieß Russen, fahrt zurück nach Russland!" und "Bei Hitler wärt ihr schon längst tot." beschimpft. Als die Opfer flüchteten, wurden sie von einigen Jugendlichen verfolgt, mehrfach geschlagen und getreten.

In grenznahen Städten kam es vereinzelt zu Übergriffen auf polnische Staatsbürger.

Am 4. Juni wurde in Frankfurt (Oder) ein polnischer Student von einem 19jährigen mit Faustschlägen und Fußtritten misshandelt, nachdem er als Pole erkannt worden war. Zusätzlich hetzte der Angreifer seinen Schäferhund auf ihn. Das Amtsgericht Frankfurt (Oder) stellte eine ausländerfeindliche Motivation bei dem Täter fest und verurteilte ihn rechtskräftig zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung.

Dass ausländerfeindlich motivierte Gewalttäter unter Umständen auch vor Polizeibeamten nicht zurückschrecken, belegt ein Vorfall in Fürstenwalde:

Am 15. August beschimpften rechtsextremistisch orientierte Personen auf einem Gartenfest eine Frau und ihren kubanischen Ehemann auf übelste Weise. Zwei Polizeibeamte, die gegen diese Attacken einschritten, wurden plötzlich aus der Gruppe heraus von zwei Personen angegriffen. Einer der Beamten wurde mit Schlägen und Stiefeltritten zu Fall gebracht und schwer verletzt, er konnte sich nur durch einen Wamschuss schützen. Seine Kollegin erlitt ebenfalls Verletzungen. Die beiden 17 und 20 Jahre alten Täter waren bereits einschlägig

als Angehörige der rechtsextremistisch orientierten Szene bekannt. Der Jüngere wurde zu einer Freiheits-, der andere zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Einige Schüler, die zu Ausflügen und Ferienaufenthalten nach Brandenburg gekommen waren, sind durch Einheimische bedroht oder verletzt worden. Diese Vorfälle und die dadurch ausgelösten Ängste auch bei Mitschülern und Lehrern haben dem Ansehen Brandenburgs geschadet. Jedoch läßt sich nur bei einem Teil dieser Vorkommnisse eine rechtsextremistische Motivation zweifelsfrei nachweisen. In anderen Fällen war die Abneigung gegen Fremde jedweder Art – darunter auch gegen ortsfremde Deutsche – zu diffus, als dass man sie als Fremdenfeindlichkeit im extremistischen Sinne ansehen könnte.

Auch 1998 sind in Brandenburg Auseinandersetzungen zwischen "Rechten" und "Linken" registriert worden. Ihre Zahl hat gegenüber dem Vorjahr aber deutlich abgenommen.

Am 24. Januar kam es zu einem Brandanschlag auf das "Alternative Literaturcafé" (ALC) in Angermünde. Mehrere Jugendliche aus der rechtsextremistischen Szene versammelten sich vor dem "ALC", das überwiegend von eher "links"orientierten Jugendlichen besucht wird. Sie versuchten, die Gäste zu provozieren und warfen mehrere Brandflaschen auf das Café.

Am 1. Februar kam es zu zwei weiteren Brandflaschenanschlägen auf das "ALC". Anfänglich wegen Mordes angeklagt, wurden die beiden Täter schließlich wegen Brandstiftung zu Freiheitsstrafen zwischen einem und drei Jahren verurteilt.

Der "Eine-Welt-Laden" in der Cottbuser Straße der Jugend war am 2. April das Ziel eines Anschlags. Aus einem fahrenden Pkw wurde eine Brandflasche gegen das Gebäude geworfen, Personen aus dem Haus konnten die Flammen löschen. Über dem Laden befinden sich von "linken" Jugendlichen genutzte Räume.

Weitere Vorfälle ereigneten sich in unmittelbarer Nähe, so am Abend des 28. Februar, als Jugendliche in einer Straßenbahn beim Vorbeifahren am "Eine-Welt-Laden" mit dem "Hitlergruß" provozierten, und am 16. März, als zwei unbekannte Täter – vom Opfer als "Glatzenträger" bezeichnet – einen dem Augenschein nach zur "linken" Szene gehörenden Jugendlichen mit einer Pistole verletzten.

*Auseinandersetzungen
zwischen
"Rechten" und
"Linken"*

Nicht selten handelt es sich bei diesen Auseinandersetzungen allerdings um lokale Machtkämpfe zwischen gewaltbereiten Cliquen, die Symbole und Parolen des Rechtsextremismus vor allem dazu verwenden, sich gegen die Rivalen abzugrenzen. Die wirklichen Tatmotive lassen sich in diesem Deliktbereich nicht immer eindeutig klären oder gar nachweisen. Entsprechend unterschiedlich können deshalb die Bewertungen durch den unterlegenen Gegner der Auseinandersetzung, durch die Polizeibehörden und durch die Verfassungsschutzbehörde ausfallen.

Die meisten rechtsextremistisch motivierten Straftaten sind Propagandadelikte. Solche liegen z. B. vor, wenn der "Hitlergruß" entboten wird, Hakenkreuze oder SS-Runen als Abzeichen verwendet oder an öffentlich zugängliche Wände geschmiert werden. Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Propagandadelikte in Brandenburg ist von 344 im Vorjahr auf 165, also um etwa 52 Prozent, geschrumpft. Außer den Propagandadelikten im engeren Sinne wurden auch Volksverhetzung (gemäß § 130 StGB), Aufstachelung zum Rassenhass (gemäß § 131 StGB), Beleidigungsdelikte (gemäß §§ 181 bis 185 StGB) und Sachbeschädigungen ggf. aus rechtsextremistischer Motivation begangen.

Die Täter verüben ihre Schmierereien fast immer so, dass sie selten auf frischer Tat ergriffen und auch später kaum ermittelt werden. Deshalb sehen sich die Ermittlungsbehörden vielfach nicht in der Lage, die wirkliche Tatmotivation im Einzelfall zu ergründen.

Am 3. August wurde der Imbißstand eines Türken am Bahnhof Rangsdorf völlig mit Hakenkreuzen, SS-Runen, "Sieg Heil" u.ä. beschmiert. An einer Wand führte eine "Todesliste für Kiffer" mehrere Namen auf, hinter denen das Kürzel "TBB"



(The Black Baretts) stand. Dazu forderte eine Erklärung: "... von Adolf Hitler verboten, also tötet euch selbst. (...) TBB, Schutzstaffel Rangsdorf". Der Tatverdächtige, dem mehrere ähnliche Delikte zur Last gelegt werden, erklärte, dass er auf diese Weise seine Einstellung zeigen und "sein Revier abgrenzen" wollte.

Nicht mehr im gleichen Maße wie in früheren Jahren, aber dennoch häufig genug beschmieren Rechtsextremisten Friedhofsmauern oder Grabsteine entlegener, manchmal auch jüdischer Friedhöfe. Einige von ihnen schrecken auch nicht, trotz bekannter Sicherheitsmaßnahmen, vor provokanten Handlungen in den brandenburgischen Gedenkstätten zurück.

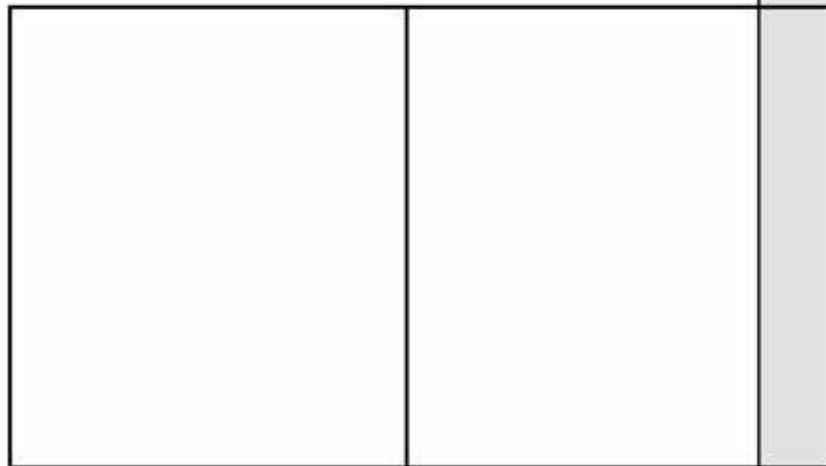
Am 8. August dokumentierte eine Überwachungskamera auf dem Gelände der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, dass Jugendliche den verbotenen "Kühnengruß" zeigen. Sieben Tatverdächtige konnten noch vor Ort vorläufig festgenommen werden. Ein Metallschlagstock, der in einem der benutzten Pkw gefunden wurde, führte außerdem zu einer Anzeige wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz.

In der Nacht zum 7. Februar wurde der jüdische Friedhof in Guben geschändet: Neun Grabsteine und ein neu errichteter Gedenkstein wurden umgeworfen.

Bei Feiern von Rechtsextremisten, die in zeitlicher Nähe zu den Sonnenwenddaten und während der warmen Jahreszeit häufig im

*rechts-
extremistische
Feiern*

*CD-Cover mit
"Führer"-Fotos*



Freien stattfinden, werden nicht selten einschlägige, insbesondere neonazistische Parolen gegröht oder Musikstücke mit indizierten Liedtexten abgespielt. Derartige Feiern sind meist mit Alkoholmissbrauch verbunden.

Am 14. August feierten in einem Innenhof in Beelitz etwa 30 Personen im Alter von 16 bis 32 Jahren. Sie hörten unter anderem indizierte Titel der Band „Zillertaler Türkenjäger“ und brüllten Parolen wie „Sieg Heil“, „Ausländer raus!“ und „Juden raus!“. Ein Berufssoldat gab an, dass es sich um seinen 26. Geburtstag handele. Die Polizei sprach einen Platzverweis aus und stellte sieben MCs sicher – auf einer befanden sich antisemitische und den „Führer“ verherrlichende Titel.

Neonazis

Organisationen

Abgesehen von der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) gibt es keine neonazistische Organisation mehr, die in ganz Deutschland agiert. Anderen Gruppen gelingt es zwar, ihre Aktivitäten über einen regional begrenzten Radius zeitweise auf andere Bundesländer auszuweiten, jedoch nicht, Organisationsstrukturen in ganz Deutschland aufzubauen. Das traf auf den 1997 aufgelösten Verein „Die Nationalen e.V.“ zu. Dies gilt auch für den 1994 gegründeten neonazistischen „Freiheitlichen Volksblock“ (FVB) mit Sitz in Nürnberg. Der FVB war besonders 1997 bei mehreren rechtsextremistischen Kundgebungen als „schwarzer Block“ in Erscheinung getreten.

Im September wurde der Bundesvorsitzende des FVB, Konrad PE-TRASCHEK, wegen des Verdachts, an bandenmäßigem Diebstahl beteiligt zu sein, verhaftet. In seiner Wohnung wurde Diebesgut im Wert von 50.000 DM sichergestellt. Dieses kriminelle Verhalten steht im scharfen Gegensatz zu dem „Saubermann-Image“, das sich Rechtsextremisten geben. So behauptet das Parteiprogramm des FVB, die Polizei könne Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten, und organisierte Verbrecherbanden seien der Polizei weit voraus.

Da rechtsextremistisch motivierte Straftaten konsequent verfolgt werden, ist in den letzten Jahren die Zahl von Rechtsextremisten, die zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, angestiegen. Damit gewannen rechtsextremistische – insbesondere neonazistische – Organisationen, die sich der Betreuung inhaftierter Gesinnungskameraden widmen, zunehmend an Bedeutung. Diese

Gefangenenhilfsorganisationen unterstützen rechtsextremistische Häftlinge materiell und ideell und vermitteln Kontakte zu Gleichgesinnten. Nach der Haftentlassung helfen sie vor allem bei der Wiedereingliederung in die neonazistischen Strukturen.

Die wichtigste rechtsextremistische Gefangenenhilfsorganisation ist die erwähnte HNG. Andere Organisationen mit gleicher Aufgabenstellung entwickelten nur regional oder zeitweise Aktivitäten und blieben von nur untergeordneter Bedeutung.

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Gründungsjahr:	1979
Sitz:	Frankfurt/Main
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder	bundesweit: 450
	Brandenburg: 15
Publikation:	„Nachrichten der HNG“

Vor allem nach den Verboten neonazistischer Organisationen in den neunziger Jahren wuchs die Bedeutung der HNG. Da sie ihre politischen Aktivitäten weitgehend auf den Vereinszweck beschränkt und bemüht ist, in den Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Richtungen und Gruppierungen der Neonazis neutral zu bleiben, bindet sie ein breites Spektrum von Rechtsextremisten, darunter ehemalige Mitglieder verbotener Organisationen, Angehörige von Kameradschaften, Skinheads, auch NPD-Mitglieder.

Somit ist die HNG die größte neonazistische Vereinigung in Deutschland. Sie konnte auch 1998 weitere Mitglieder, darunter in Brandenburg, gewinnen.

Das monatlich erscheinende Vereinsorgan „Nachrichten der HNG“ enthält in jeder Ausgabe eine „Gefangenenliste“ mit den Namen

*“Knast-“ oder
“Kerker-
kameradschaften”
(KKK)*

*“Wanderjugend
Gibor” (WJG)*

inhaftierter neonazistischer Aktivisten aus dem In- und Ausland und eine weitere Liste inhaftierter Rechtsextremisten, die Briefkontakt wünschen. Unter diesen befindet sich ein relativ hoher Anteil von Brandenburgern. In anderen neonazistischen Publikationen wird diese “Gefangenliste” nachgedruckt; sie wird auch in das Internet eingestellt. In Briefen schildern von der HNG betreute Häftlinge die Haftbedingungen. Breiten Raum nehmen Informationen zu Rechtsfragen, Berichte über Prozesse gegen Rechtsextremisten und verzerrende Darstellungen des deutschen Rechtssystems ein, dem Willkür und Bruch der Menschenrechte unterstellt werden. Einzelne Artikel zu historischen Themen verfälschen die Geschichte aus neonazistischer Sicht.

Die seit 1995 von inhaftierten Rechtsextremisten in Form von Selbsthilfegruppen aufgebauten “Knast-“ oder “Kerkerkameradschaften” (KKK) erfassten jeher nur einen kleinen Personenkreis und verloren 1998 in Brandenburg weiter an Bedeutung, nachdem ein für die KKK besonders engagierter Neonazi aus der Haft entlassen worden ist. Die von ihm früher als “Rundbrief inhaftierter Kameraden der ‘Justizvollzugsanstalt’ Brandenburg” herausgegebene Schrift “Der weiße Wolf” erschien 1998 allgemein als “Rundbrief für Kameraden”. Beiträge zu anderen Themen der neonazistischen Szene nehmen nunmehr einen größeren Raum ein als die Informationen und Briefe aus Haftanstalten.

Zu den neonazistischen Kleingruppen von ursprünglich nur regionaler Bedeutung gehört in Brandenburg die “Wanderjugend Gibor” (WJG). 1998 hat sich ihr Wirkungskreis allerdings über den Raum Cottbus hinaus deutlich ausgeweitet. Sie selbst gibt an, nunmehr mindestens auch in Sachsen und in Berlin vertreten zu sein.

Die WJG wurde Mitte der neunziger Jahre von Personen gebildet, die z. T. aus verbotenen neonazistischen Organisationen kamen. Die Gruppe stellt sich nach außen dar als unpolitischer, unabhängiger Zusammenschluss von Naturfreunden, die sich Wanderungen, Lagerfeuerabenden, Sonnenwendfeiern, Umweltaktionen, Lesungen und Kulturveranstaltungen widmen.

In der mehrmals im Jahr herausgegebenen Schrift “echt knorke!” – der Titel erinnert an das Buch “Knorke” von Joseph Goebbels – werden germanisches Heidentum und altdeutsche Lebensart propagiert. Neonazistische Untertöne waren aber von jeher unüberhörbar. Diese Instrumentation, mit der die wahre Gesinnung der Gruppe zum Klingen kommt, wurde in den letzten Ausgaben verstärkt

durch den direkten Rückgriff auf Elemente der national-sozialistischen Ideologie. So erfahren Begriffe wie *“Ahnenerbe”*, *“Blut und Boden”* und *“Volksgemeinschaft”* eine positive Wertung, die Rasse- und Volkszugehörigkeit wird als *“Grundordnung der Welt”* bezeichnet, hingegen werden *“Völkervermischung”* und der als *“billiger zeitgenössischer Tand”* bezeichnete Parlamentarismus abgelehnt (vgl. *“echt knorke!”* Nr. 17).

Seit 1993 betreibt ein Neonazi in Frankfurt (Oder) das *“Nationale Pressearchiv”*. Seine Kontakte zu einer Anzahl rechtsextremistischer Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen dienen der Sammlung von Veröffentlichungen und anderem Schriftgut aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum. Das anfangs hochgesteckte Ziel, durch die gezielte Unterrichtung *“national gesinnter Menschen”* eine *“Gegenöffentlichkeit”* aufzubauen, hat er nicht erreicht. Er gibt aber seit 1995 in unregelmäßigen Abständen die Schrift *“Nationaler Beobachter”* heraus, zunächst als *“Rundbrief des Nationalen Pressearchivs (N.P.A.)”*, jetzt als *“Zeitschrift des nationalen Widerstandes”*. 1998 erschienen zwei Doppelnummern.

“Nationaler Beobachter”



Der "Nationale Beobachter", der in einem Werbezettel als "Politik- und Musikzine" vorgestellt wird, wendet sich vor allem an Jugendliche. Informationen über die rechtsextremistische Skinheadmusikszene (Bands, Sänger, Konzerte, CDs und Fanzines) nehmen einen breiten Raum ein. Tips in Rechtsfragen sollen rechtsextremistischen Aktivisten weiterhelfen. Bundesweit bekannte Neonazis erhalten Gelegenheit, ihre Auffassungen zu verbreiten, so Christian WORCH aus Hamburg und Marcus BISCHOFF aus Berlin ("Nationaler Beobachter", Nr. 9/10). Darüber hinaus erscheinen Berichte über rechtsextremistische Aktivitäten im In- und Ausland. Beiträge zur "Anti-Antifa"-Kampagne – ursprünglich ein Kernthema – traten 1998 in den Hintergrund. Eine Verbindung zum "Frankfurter Frontberichter" (s. dazu S. 40) ist nicht nachgewiesen.

Kameradschaften, Netzwerke, Kampagnen

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre sind mehrere bundesweit agierende neonazistische Organisationen durch den Bundesinnenminister verboten worden. Außerdem sind zahlreiche Verbote gegen nur regional aktive neonazistische Vereinigungen ergangen, so durch den Innenminister des Landes Brandenburg am 5. Mai 1995 gegen die "Direkte Aktion/Mitteldeutschland" (JF) und am 14. August 1997 gegen die "Kameradschaft Oberhavel".

Unter Neonazis wurden deshalb Überlegungen angestellt, welche Form des organisierten Handelns unter diesen Bedingungen zu wählen sei. Fortan favorisierten

sie regionale Zusammenschlüsse in Form "unabhängiger Kameradschaften", die ohne formelle Mitgliedschaft und Führungshierarchie auskommen. Mit dieser Organisationsform können zwar regionale Gruppierungen von Neonazis lose zusammengehalten werden. Doch die Hoffnung neonazistischer Strategen, die nach außen hin autonomen Kameradschaften könnten informell durch einen kleinen Führungskreis angeleitet und miteinander vernetzt werden, hat sich allenfalls ansatzweise erfüllt.

In Berlin und Brandenburg war dem Verein "Die Nationalen e.V."

In Berlin und Brandenburg war dem Verein "Die Nationalen e.V."

eine solche Binde- und Schlüsselfunktion gegenüber "unabhängigen Kameradschaften" zgedacht. Mit der am 10. Oktober 1997 erklärten Selbstauflösung des Vereins ist dieses Projekt hinfällig geworden. Übrig geblieben sind Koordinierungstreffen "unabhängiger Kameradschaften" aus Berlin und Brandenburg.

Mit ihrer Vernetzungsstrategie kamen die Neonazis am ehesten in Norddeutschland zum Zuge: mit den "Freien Nationalisten" um den Hamburger Thomas WULFF, den ehemaligen Vorsitzenden der verbotenen "Nationalen Liste". Das Konzept der "Freien Nationalisten" wird in der neuen – 1998 in drei Ausgaben erschienenen – neonazistischen Publikation "Zentralorgan" propagiert. Das von den "Freien Nationalisten" dominierte "Bündnis Rechts für Lübeck", in dem auch Funktionsträger der NPD und anderer rechtsextremistischer Organisationen mitwirkten, trat zur Kommunalwahl in Lübeck am 22. März an und erreichte 3,6 Prozent der Stimmen. Durch zwei Aufmärsche von Neonazis in Lübeck im Januar und März hatte das Wahlbündnis größere Aufmerksamkeit erregt.

Um unmittelbar über den kleinen Kreis ihrer eigentlichen Anhänger hinaus Anerkennung zu finden, sind die Neonazis auf das Entgegenkommen anderer rechtsextremistischer Gruppierungen oder Parteien angewiesen. Da diese ihre jeweils eigenen Interessen verfolgen, kommt es immer wieder zu Konflikten. Die Aktivisten der "Freien Nationalisten" erfuhren dies, als ihnen bei größeren NPD-Veranstaltungen ein Rederecht teils eingeräumt, teils verweigert wurde.

Die Erfolge der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) – etwa bei der Mitgliederwerbung oder bei größeren Kundgebungen mit mehreren tausend Teilnehmern aus ganz Deutschland – haben diese Partei auch für Neonazis akzeptabel gemacht, so dass in neonazistischen Kreisen für den Eintritt in die NPD geworben wird. Der ehemalige Vorsitzende des Vereins "Die Nationalen e.V.", Frank SCHWERDT, hat zum Beispiel in Guben rechtsextremistische Jugendliche, die mit der NPD sympathisieren, zu regelmäßigen Treffen animiert. Darüber hinaus gewann SCHWERDT in Guben einen breiteren Interessentenkreis für Vortragsveranstaltungen zur NPD. Sein Ziel, eine größere Anzahl Jugendlicher zum Eintritt in die NPD zu bewegen, konnte er aber nicht erreichen.

Weitere Kameradschaften, die mit der NPD sympathisieren oder aus denen Personen in die NPD eingetreten sind, agieren z. B. in der Prignitz, im Barnim und in Eisenhüttenstadt; andere Kameradschaften sind von der NPD nahezu aufgesogen worden.

*Werbung für
die NPD*

Der Kern der Kameradschaften in Brandenburg besteht zumeist aus nicht mehr als je acht bis zehn Personen; hinzu kommt ein diffuses, stark fluktuierendes Umfeld. Viele Kameradschaften sind instabil, zerfallen und bilden sich neu. Manche Kameradschaften, wie die in Fürstenwalde und der Stadt Brandenburg, sind kaum noch aktiv. Hingegen haben z. B. die Kameradschaften Premnitz und Prignitz erst durch Aktivitäten im Jahr 1998 auf sich aufmerksam gemacht. Insgesamt sind den neonazistischen Kameradschaften in Brandenburg 120 Personen zuzurechnen.

Unter dem Aktionsbegriff “Anti-Antifa” sammeln Neonazis Daten über den politischen Gegner, aber auch von Vertretern der Staatsgewalt, Journalisten und Politikern. Die “Anti-Antifa”-Kampagne erreichte Anfang der neunziger Jahre einen Höhepunkt (z. B. durch die Veröffentlichung der Publikation “Der Einblick” im November 1993). In den letzten Jahren hat sie an Kraft verloren.

In Brandenburg sind 1998 nur vereinzelt “Anti-Antifa”-Aktivitäten bekannt geworden.

Im April tauchten in Frankfurt (Oder) Exemplare eines “Frankfurter Frontberichters” auf. Die im Untertitel als “Die Zeitschrift der Anti-Antifa für Frankfurt a. d. Oder und Umgebung” bezeichnete Schrift hat nach eigenen Angaben eine Auflage von 60 Stück. Es ist das einzige Mal, dass eine “Anti-Antifa Frankfurt (Oder)” in dieser Weise an die Öffentlichkeit trat. Wenngleich einzelne Personen aus Frankfurt sich schon in der Vergangenheit im Sinne der “Anti-Antifa” betätigt hatten, war doch ein beständiger Zusammenhang zwischen ihnen bisher nicht erkennbar. Die Urheber des Pamphlets konnten noch nicht ermittelt werden.

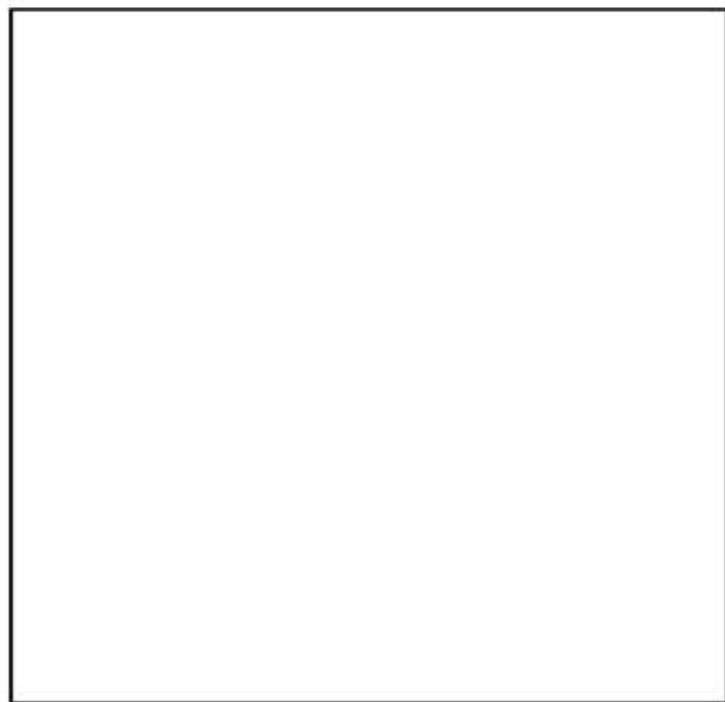
Der erste Artikel des Hefes gibt das Ziel vor: *“WIR WOLLEN DAS VOLK IM VOLK GEWINNEN!!”* Die “Mobilen Einsatztrupps gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit” (MEGA) der Polizei sollten am Zusammenhalt und der Verschwiegenheit der Kameraden “verhungern”. Das Heft enthält Namen, Anschriften und Kfz-Kennzeichen von politischen Gegnern und Angehörigen der Sicherheitsbehörden und dazu die Aufforderung: *“Kameraden, laßt euch was einfallen”*.

Bislang ist nicht bekannt geworden, dass nach der Veröffentlichung von Personendaten in “Anti-Antifa”-Schriften Gewalttaten gegen die genannten Personen verübt wurden, zumal da sich diese Publikationen in der Regel auch verbal von Gewalt distanzieren; so auch in diesem Falle.

Durchaus unüblich für "Anti-Antifa"-Verlautbarungen ist deshalb der direkte Aufruf zu Gewalttaten in einem mit "Anti-Antifa-Aktion Potsdam" unterzeichneten Schreiben, das seit Oktober mehreren Personen in Potsdam zugestellt wurde. Darin erklärt *"die Anti-Antifa-Aktion Potsdam denen den Krieg, die diese Stadt in Chaos und Dreck versinken lassen wollen"*, und fordert auf: *"Bildet Gruppen und Zellen, erkennt den Feind und zerschlagt ihn, wo ihr ihn trefft!"* Schreiben mit ähnlich aggressiven Aufforderungen tauchten um die Jahreswende 1998/1999 in Berlin auf. Die Herkunft und die Echtheit dieser Texte sind bislang ungeklärt.

Gemeinschaftliche Großaktionen haben für die Neonazis eine wichtige identitätsstiftende Funktion; außerdem verhelfen sie zu einer Aufmerksamkeit der Medien, die weit größer ist, als sie den Neonazis ihrer tatsächlichen Rolle nach zukäme. Deshalb versuchen sie immer wieder, divergierende Auffassungen und persönliche Rivalitäten zu überwinden, um bei Aktionen eine größere Zahl von Anhängern zusammenzubringen. Eine herausragende Bedeutung haben dabei die jährlichen "Rudolf-Heß-Aktionswochen".

"Rudolf-Heß-Aktionswoche"



*"Heß-Gedenken"
auf einem
CD-Cover*

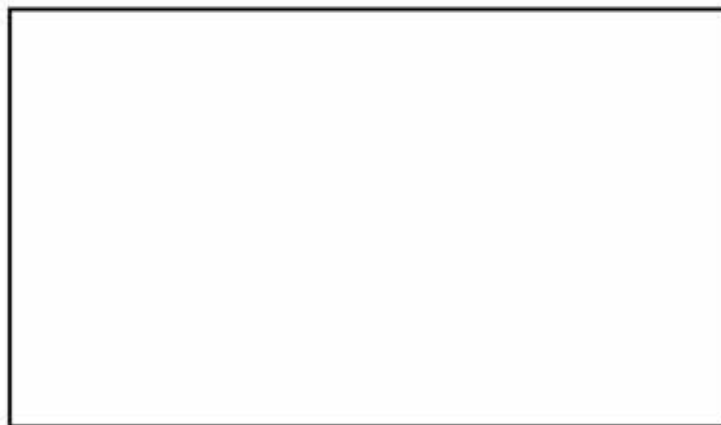
Nachdem es der Neonaziszene bereits im August 1997 trotz großer Anstrengungen nicht gelungen war, zum 10. Todestag von Rudolf Heß einen medienwirksamen zentralen “Rudolf-Heß-Marsch” zu veranstalten, blieben 1998 selbst bescheidenere Versuche einer “Ehrung” dieses Kriegsverbrechers erfolglos.

Die wirksame Unterbindung eines zentralen Marsches 1997 durch die Sicherheitsbehörden und die Unwägbarkeiten, die mit der konspirativen Planung einer solchen Veranstaltung verbunden sind, schreckten 1998 nicht wenige potentielle Teilnehmer von vornherein ab.

Am 15. August wollte das “Aktionskomitee Rudolf Heß” gleichwohl eine zentrale Gedenkveranstaltung durchführen. Nach mehreren misslungenen Anläufen wurden schließlich am Ausweichort Marsberg (Nordrhein-Westfalen) 35 Neonazis verhaftet. Auch die Versuche, anderswo kleinere Aufmärsche oder Kundgebungen zu veranstalten, wurden von der Polizei unterbunden.

Am 16. August wurde in Lehnin eine Gruppe von etwa 20 schwarz gekleideten Jugendlichen mit Plakaten “Mord – nach 46 Jahren Gefängnis” beobachtet (solche Plakate waren bereits am 11. August auf dem Gelände der Schule in Lehnin festgestellt worden). Als die Polizei am Ort eintraf, war der schweigende Aufzug bereits beendet. Transparente, Plakate und Aufkleber zum Heß-Gedenken tauchten auch an anderen Orten in Brandenburg auf.

Manche Neonazis wichen zum “Heß-Gedenken” nach Dänemark aus. Dort brachte die “Dänische Nationalsozialistische Bewegung”



am 15. August einen Heß-Aufmarsch auf die Beine, an dem sich 140 Personen, darunter aus Deutschland, den Niederlanden, Schweden und Norwegen, beteiligten. Der Bundesgrenzschutz hatte vorher bereits etwa 110 Personen daran gehindert, nach Dänemark auszureisen.

Grenzüberschreitende Aktivitäten

Über die Teilnahme am Rudolf-Heß-Marsch in Dänemark hinaus beteiligten sich deutsche Neonazis erneut – wenn auch in geringerer Zahl als früher – an Treffen von Rechtsextremisten im Ausland.

So führen einige ins belgische Diksmuide zur "Ijzerbedevaart", mit der flämische Nationalisten seit 1927 der im 1. Weltkrieg gefallenen Landsleute gedenken. Während Mitte der 80er Jahre noch 50.000 Personen an der Veranstaltung teilnahmen, ging die Teilnehmerzahl inzwischen stark zurück, 1998 auf 7.000 Personen. Auch die Zahl deutscher Rechtsextremisten, die das "Kameradschaftstreffen" im Vorfeld der "Ijzerbedevaart" besuchten, schrumpfte 1998 auf ca. 50.

Seitdem der US-Amerikaner Gary Rex Lauck, der Führer der "Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation" (NSDAP/AO), wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass in Deutschland einsitzt, tauchen das von ihm initiierte Blatt "NS-Kampfruf" und NSDAP/AO-Aufkleber seltener auf.

"NS-Kampfruf"



Vom "NS-Kampftruf" erschienen 1998 zwei Ausgaben, auch mit Beiträgen aus Deutschland. Die in den USA erstellten Pamphlete betreiben weiterhin Hetze übersteigerter Art gegen die Bundesrepublik Deutschland und verherrlichen offen den Nationalsozialismus. So wird in einem Beitrag Adolf Hitler als der *"positivste und konstruktivste Führer der menschlichen Geschichte"* ("NS-Kampftruf", Nr. 121, S. 3) gerühmt.

Der aggressiv-kämpferische Charakter des "NS-Kampftrufs" wird zum Beispiel daran deutlich, dass in einem Artikel die Bundeswehr zwar als *"eine Art Besatzungsgeburt, eine Art westliche Söldnerarmee"* bezeichnet wird, gleichzeitig aber Gründe genannt werden, in der Bundeswehr zu dienen: Zweckmäßig seien *"die Ausbildung an Waffen und Sprengstoffen und die Aneignung von militärisch notwendigen Grundvoraussetzungen, die im Falle einer Auseinandersetzung für uns lebensnotwendig sein werden. Nirgendwo kann man legaler an Waffen ausgebildet werden, als in der Bundeswehr"* (ebenda, S. 10).

Der Einfluss des "NS-Kampftrufs" auf die ideologische Orientierung deutscher Neonazis hat jedoch stark abgenommen.

Parteien und ihre Nebenorganisationen

"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Gründungsjahr:	1964
Sitz:	Stuttgart
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	"Junge Nationaldemokraten" (JN)
Mitglieder bundesweit :	6.000
Brandenburg:	150
für Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:	"Deutsche Stimme" "Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg"

Die NPD hat 1998 wiederum zahlreiche neue Anhänger gewonnen. Insgesamt ist ihr Mitgliederbestand auf 6.000 Personen angewachsen. Den Großteil der Neuzugänge hat sie in Ostdeutschland zu verzeichnen. Auch in Brandenburg hat die NPD zahlenmäßig zugelegt. Hier gehören der Partei nunmehr rund 150 Mitglieder an. Sie sind im Bezirksverband Brandenburg innerhalb des gemeinsamen Landesverbandes Berlin-Brandenburg organisiert. Als dessen Teilgliederungen wurden vier Kreisverbände und ein Stadtverband bestätigt.

Auf dem zweiten Bezirksparteitag am 25. Oktober in Oranienburg löste Jörg HÄHNEL den bisherigen Bezirksverbandsvorsitzenden Thilo KABUS ab.

Folgende öffentlichkeitswirksame Aktionen der NPD in Brandenburg sind erwähnenswert:

Am 7. April führten mehrere NPD-Mitglieder in Frankfurt (Oder) eine Baumpflanzaktion durch. Im November trat eine Gruppe von fünf Aktivisten der NPD in einem Seniorenheim in Frankfurt (Oder) auf, um "gelebte Volksgemeinschaft" zu praktizieren und "die Senioren mit deutschem Liedgut zu erfreuen" ("Deutsche Stimme", Ausgabe 12/98, S. 7).



*Propaganda-
material*

Der Kreisverband Barnim-Uckermark veranstaltete am 25. September in Schwedt einen Schweigemarsch unter dem Motto: "Nationale Alternative: NPD", an dem über 300 Personen teilnahmen. Unterstützt wurde der Aufmarsch von weiteren rechtsextremistischen Gruppen aus der Region.

Die Strategie des auf dem Bundesparteitag am 10./11. Januar in Stavenhagen wiedergewählten Bundesvorsitzenden Udo VOIGT ist es, die Aktionsbasis für den *"Kampf der nationalen außerparlamentarischen Opposition (NAPO) um die Straße"* durch die Öffnung der Partei für rechtsextremistische Skinheads und Neonazis zu erweitern. Dementsprechend wurden mehrere bekannte Neonazis, u.a. der ehemalige Vorsitzende des aufgelösten Vereins "Die Nationalen e.V.", Frank SCHWERDT, in den Bundesvorstand der NPD gewählt. Darüber hinaus arbeitet die NPD aktionsbezogen eng mit nicht parteigebundenen Kräften, sogenannten "Freien Nationalisten" im "Nationalen Widerstand", zusammen.

So war der Anteil von gewaltbereiten Skinheads und Neonazis auf Demonstrationen, Kongressen und anderen Veranstaltungen, die von der NPD initiiert wurden, sehr hoch. Immer wieder kam es am Rande solcher Veranstaltungen zu Zusammenstößen zwischen Rechts- und Linksextremisten sowie zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Die Erwartung der NPD, dass sie für Großveranstaltungen immer größere Menschenmengen werde mobilisieren können, hat sich indessen nicht erfüllt. Gleichwohl sind ihren Aufrufen mehrfach Tausende von Rechtsextremisten gefolgt:

Am 24. Januar demonstrierten in Dresden rund 2.700 Personen gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944". Auf dem Bundeswahlkongress am 7. Februar in Passau versammelten sich etwa 5.000 Personen. Zur Kundgebung am 1. Mai vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig kamen über 4.000 Anhänger der NPD. Am 19. September nahmen über 3.000 Personen an einer Wahlkampfveranstaltung der NPD in Rostock teil, auf der u. a. der Rechtsterrorist Manfred ROEDER als NPD-Kandidat für die Bundestagswahl auftrat.

Auch mit ihren Erwartungen an das Wahljahr 1998 hat sich die NPD getäuscht. Bei der Bundestagswahl am 27. September erzielte sie insgesamt nur 0,3 Prozent der Wählerstimmen; in Brandenburg traten fünf Kandidaten auf einer Landesliste an und kamen auf 0,8 Prozent. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ge-

lang es der NPD mit 1,1 Prozent der Stimmen, in den Genuss der staatlichen Parteienförderung zu kommen. Zu den Kommunalwahlen in Brandenburg trat die NPD lediglich in Frankfurt (Oder) mit zwei Kandidaten sowie in Fürstenwalde mit drei Bewerbern an. In Frankfurt (Oder) gewann sie mit 1,75 Prozent ein Mandat, in Fürstenwalde mit 5,2 Prozent zwei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. Andernorts gelang es der NPD nicht, die erforderliche Anzahl an Unterstützerunterschriften beizubringen. Es mangelte am Einsatzwillen der Mitglieder, an geeigneten Kandidaten und am Geld.

Der starke Mitgliederzustrom zu den ostdeutschen Landesverbänden der NPD hat eine ideologische Schwerpunktverlagerung der Partei nach sich gezogen. Die sozialistisch-antikapitalistische Komponente der NPD wird stärker betont. Die Frage nach einem gerechten Wirtschaftssystem wird zum Dreh- und Angelpunkt nationaler Politik erklärt. Dabei verbindet die NPD sozialistische Elemente mit völkischem Nationalismus. Das internationale Großkapital sei im Zuge des freien Welthandels und der Globalisierung dabei, unter Einebnung der nationalen Strukturen und der Auflösung der Völker, die Weltherrschaft zu erlangen. Dem müsse ein deutscher, volksbezogener Sozialismus entgegengesetzt werden. (vgl. "Deutsche Stimme", Ausgabe 7/98). Insbesondere der Parteivorsitzende VOIGT versucht den Menschen in "Mitteldeutschland" – die NPD erkennt die Oder-Neiße-Grenze der Bundesrepublik Deutschland nicht an – deutlich zu machen, dass die Nationalisten in der Vertretung sozialer Lebensinteressen des deutschen Volkes die Nachfolge der Kommunisten angetreten haben (vgl. ebenda). Die DDR sei, so VOIGT, "im Vergleich mit den deutschen Nachkriegsgebilden Österreich und BRD das deutschere Deutschland gewesen" ("Deutsche Stimme", Ausgabe 11/98).

Am 23. Mai hat sich dementsprechend ein Arbeitskreis "Sozialisten in der NPD" gegründet.

Allerdings wird in der NPD heftig über eine ideologische Umorientierung gestritten: Viele lehnen einen nationalbolschewistischen Kurs entschieden ab.

Weithin unstrittig in der Partei ist, dass die NPD sich in ihrer Agitation auf sozial- und wirtschaftspolitische Themen konzentrieren sollte. Die NPD propagiert insbesondere die "nationalistische Präfe-

*"Sozialisten
in der NPD"*

*"Aktions-
gemeinschaft
nationaler
Sozialisten
in und
außerhalb
der NPD"*

renz“ bei der Schaffung von Arbeitsplätzen (*“Arbeit nur für Deutsche“*) und eine *“raumorientierte Volkswirtschaft“*, die sich von der Globalisierung der Märkte abkoppelt.

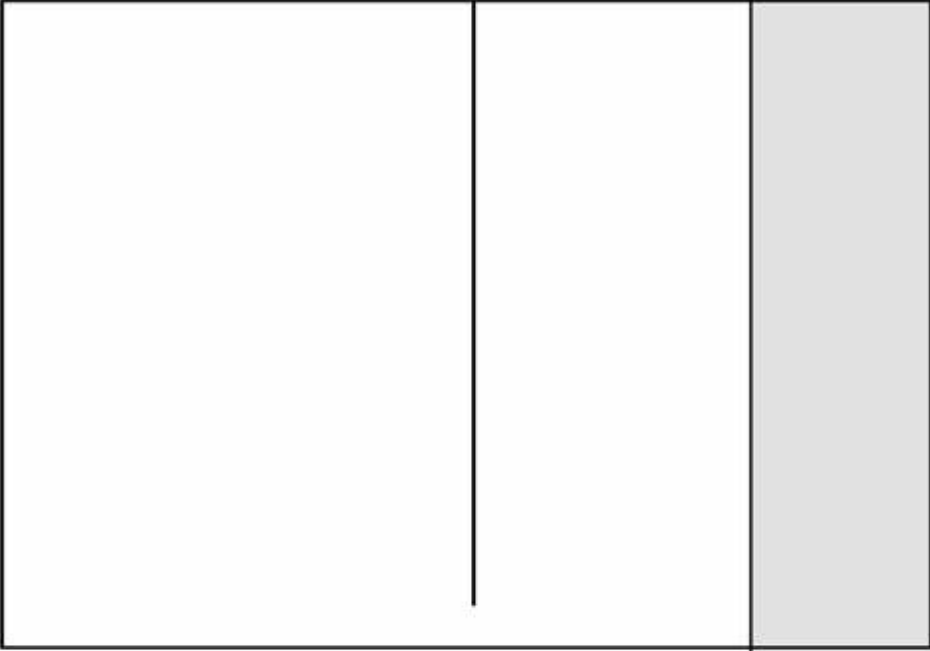
Die Partei hat sich freilich nicht ganz von vergangenheitsbezogener Propaganda verabschiedet. Für eine noch stärkere neonazistische Beeinflussung der NPD engagiert sich die *“Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten in und außerhalb der NPD“* (AGnS).

Der NPD-Bundesvorstand unterhält einen eigenen Verlag *“Deutsche Stimme – Verlagsgesellschaft mbH“*. Er gibt nicht nur die Monatszeitung *“Deutsche Stimme“* (DS) heraus, sondern betreibt auch einen umfassenden Versandhandel mit Büchern, Videos, Tonträgern, bedruckten Kleidungsstücken usw.

Die NPD arbeitet eng mit ihrer Jugendorganisation, den *“Jungen Nationaldemokraten“* (JN), zusammen. Welche Rolle einzelne NPD-Funktionäre den JN zudenken, wird aus einer Äußerung gegenüber dem ARD-Magazin *“Report“* am 17. März ersichtlich: *“Ich finde, man sollte zweischienig fahren. Einmal den normalen Weg als Wahlpartei und dann die JN, die die Leute festbindet, die Kader herantreibt und dass diese Leute irgendwann das Volk soweit bewegen können, dass es hier zum Umsturz kommt. Egal welcher Form. (...) Zur Not auch mit Gewalt.“*

“Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Gründungsjahr:	1969
Sitz:	Bochum
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit :	400
Brandenburg:	Einzelmitglieder
für Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:	<i>“Der Aktivist“</i> Dem Landesverband Berlin-



Brandenburg steht in der NPD-Zeitschrift "Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg" eine Seite, der "Denkzettel", zur Verfügung.

Die JN bilden die Nahtstelle zwischen NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Gruppierungen. Immer wieder kommt es jedoch zu Auseinandersetzungen um die Führungsrolle im "Nationalen Widerstand" zwischen NPD und JN einerseits und Neonazis andererseits. Deutlich sichtbar wurde dieser Konflikt während der von den JN angemeldeten Demonstration am 5. Dezember in Berlin, die unter dem Motto "Freiheit für Frank SCHWERDT" stand. Unter den etwa 350 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Neonazis. Zu offenem Streit zwischen den beiden Gruppierungen kam es, als Neonazis ein Transparent entfalteten, das auch Freiheit für den Neonazi und Polizistenmörder Kay DIESNER forderte.

Die JN verstehen sich selber als "nationale Gesinnungs- und Kampf-gemeinschaft", die nicht Bestandteil des Systems sein will, sondern

das System bekämpft. Als nationalrevolutionäre Kaderorganisation dient die JN ihrer Mutterpartei als Personalreserve für Führungsaufgaben. Eine Reihe von JN-Funktionären ist in den Bundesvorstand der NPD gewählt worden.

Zugunsten einer schnellen und massiven Mitgliederrekrutierung sowie des aktionistischen "Kampfes um die Straße" verzichtet die NPD gegenwärtig oftmals darauf, ihre Neuzugänge von ihrer Jugendorganisation schulen und disziplinieren zu lassen. Daher hat die JN tendenziell an Bedeutung für die NPD verloren.

Am 24. Oktober nahm eine achtköpfige Delegation der JN am "5. Europäischen Kongreß der Jugend" in Thessaloniki teil. Zu dem Kongress, der alljährlich stattfindet, treffen sich Vertreter rechtsextremistischer Gruppierungen und Jugendorganisationen aus verschiedenen Ländern Europas. 1998 kamen etwa 150 Personen zusammen.

Auch 1998 haben die JN offiziell nicht mehr an "Rudolf-Heß-Aktionen" mitgewirkt, es nahmen lediglich vereinzelt Mitglieder und Funktionäre der JN an lokalen Aktionen teil.

Der JN-Landesverband Berlin-Brandenburg ist weitgehend inaktiv, seitdem JN-Funktionäre Posten in der NPD übernommen haben und sie in der Jugendorganisation nicht adäquat ersetzt werden konnten. Zwar versucht Jörg HÄHNEL, der führende JN-Aktivist in Brandenburg, zusammen mit seinen Anhängern nach wie vor, durch demonstrative und provokative Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen, doch stellt er sie nunmehr unter das Banner der NPD.

"Deutsche Volksunion" (DVU)

Gründungsjahr:	1987
Sitz:	München
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder³	bundesweit: 18.000
	Brandenburg: 200
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	"Deutsche Wochenzeitung / Deutscher Anzeiger"

³ Die Angaben der DVU selbst weichen z.T. von diesen Zahlen ab.

(DWZ/DA),
"Deutsche National-Zeitung"
(DNZ)

Die DVU wird von ihrem Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY zentralistisch und autoritär geführt. Er bestimmt die politischen Inhalte und die Aktivitäten der Partei, nimmt Einfluss auf Personalentscheidungen auch auf regionaler Ebene und hält die Partei finanziell in seiner Abhängigkeit, was ihm auf Grund seiner einträglichen Tätigkeit als Verleger leicht möglich ist.

Im Jahr 1998 konzentrierte sich die DVU darauf, bei Wahlen – vor allem mit groben propagandistischen Mitteln und hohem finanziellen Aufwand – zu Erfolgen zu kommen. Organisatorisch bereitete sie sich auf die Bundestagswahl u.a. dadurch vor, dass im März 1998 der gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg in je einen eigenen Verband für das Land Brandenburg und für das Land Berlin aufgeteilt wurde.

Bei den Landtagswahlen am 26. April in Sachsen-Anhalt erreichte die Partei einen Stimmenanteil von 12,9 Prozent. Sie kam zu diesem Ergebnis, ohne dass sie über arbeitsfähige Parteistrukturen im Land verfügt hätte. Mit einem aggressiven Wahlkampf ist es ihr offenbar gelungen, sozialen Protest und Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Lage aufzusaugen und in beträchtlichem Maße frühere Nichtwähler zu mobilisieren.

Dieser überraschende Erfolg hat die Partei beflügelt. In manchen ostdeutschen Bundesländern stieg die Mitgliederzahl sprunghaft an. In Brandenburg lag sie Ende 1998 bei etwa 200 Mitgliedern, während 1997 hier nur rund 40 DVU-Mitglieder gezählt wurden. Die Mitgliedschaft in der DVU beschränkt sich jedoch zumeist darauf, dass man die von FREY verlegten Zeitungen "Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger" oder "Deutsche National-Zeitung" abonniert und gelegentlich Wahlkampfauftritte des Parteivorsitzenden – für die Busreisen organisiert werden – besucht. In Brandenburg entfalten nur die drei Kreisverbände im Süden des Landes ansatzweise ein Parteileben.

Zur Bundestagswahl am 27. September trat die DVU in allen Bundesländern an. Außerdem kandidierte sie zur am selben Tag stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, von der sie sich einen weiteren durchschlagenden Erfolg versprach. Doch we-

der dort noch in einem anderen Bundesland kam sie auch nur in die Nähe der Fünf-Prozent-Hürde. Das war ein deutlicher Dämpfer für die Partei. Allerdings war ihr finanzieller Einsatz auch verhältnismäßig geringer als beim Wahlkampf im April in Sachsen-Anhalt. Das Image einer reinen Protestpartei ohne feste Organisationsstrukturen und vorzeigbare Kandidaten wirkte sich ebenfalls negativ aus, da vielen Protestwählern der wahre Charakter der DVU wohl erst nach der Wahl in Sachsen-Anhalt zum Bewusstsein kam.

In Brandenburg führte die Partei keinen Schwerpunktwahlkampf, ihr Propagandaeinsatz hielt sich in Grenzen. Sie erreichte hier 2,7 Prozent der Stimmen.

Zur brandenburgischen Kommunalwahl am 27. September trat sie überhaupt nicht an; die DVU beteiligt sich nie an Kommunalwahlen. Dem steht schon der relativ geringe Organisationsgrad der DVU entgegen. Auch müsste FREY befürchten, dass die Parteibasis, wenn sie sich im kommunalpolitischen Meinungsbildungsprozess engagierte, stärker eigene Interessen in die Parteiarbeit einbringen könnte. Dadurch bekäme sie mehr Eigenständigkeit, was der autoritären Führung der Partei durch FREY zuwiderliefe.

Der immer wieder auflebende Konflikt um die unumschränkte Dominanz des Bundesvorsitzenden Dr. FREY über die Partei war durch



den Wahlkampf überdeckt worden. Danach brach er in verschiedenen Landesverbänden wieder auf.

Dass die DVU auf Dauer eine Allianz mit anderen rechtsextremistischen Parteien schliesse, ist wegen des Führungsanspruchs ihres Vorsitzenden unwahrscheinlich. Zu punktuellen Absprachen findet sie sich aber bereit. Im November 1998 fand zwischen Dr. FREY und dem Bundesvorsitzenden der Partei "Die Republikaner" Dr.



*Propaganda-
material
der VR*

SCHLIERER ein Gespräch statt, bei dem man sich über die Teilnahme jeweils nur einer der beiden Parteien an der Wahl zur Bremer Bürgerschaft und der Landtagswahl in Hessen einigte (s. dazu S. 57 f.).

Die Ideologie der DVU ist weniger ihrem Parteiprogramm zu entnehmen, denn es ist knapp und vage. Weit deutlicher tritt sie in den von Dr. FREY herausgegebenen Publikationen ans Licht. Die Wochenzeitungen "Deutsche National-Zeitung" (DNZ) und "Deutsche Wochen-zeitung/Deutscher Anzeiger" (DWZ/DA) können als Sprachrohr der Partei angesehen werden. Sie sind die auflagenstärk-

sten rechtsextremistischen Publikationen in Deutschland.

Beide Zeitungen pflegen die traditionellen rechtsextremistischen Feindbilder. So werden in tendenziös-aggressiven Artikeln die in Deutschland lebenden Ausländer als Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland und für den Fortbestand des deutschen Volkes dargestellt. Andere Beiträge zielen darauf ab, das Bild von der deutschen Geschichte zu revidieren. Die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes werden permanent verharmlost und gegen von anderen Völkern begangenes Unrecht aufgerechnet. Zugleich belegen die zahlreichen, von Feindseligkeit geprägten Artikel zu den Themen "Juden" und "Israel" den kaum verhohlenen Antisemitismus der Partei.

"Vereinigte Rechte" (VR)

Die "Vereinigte Rechte" (VR) mit Sitz in Stuttgart wurde am 11. Oktober 1997 in Herrieden (Bayern) gegründet. Sie steht in der Kontinuität der "Runde Tische"-Kampagne, die bis 1997 von der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) betrieben wurde. Diese Kampagne war an dem Abgrenzungsbeschluss der "Republikaner" und der mangelnden Kooperationsbereitschaft der anderen rechtsextremistischen Parteien gescheitert.

Der Vorstand der VR setzt sich überwiegend aus Rechtsextremisten zusammen, die ihre politische Karrieren in anderen rechtsextremistischen Parteien begonnen haben.

Die VR will – so das Parteiprogramm – dem "sinnlosen Gegeneinander der deutschen Rechtsparteien und dem lächerlichen Ausgrenzen untereinander möglichst bald ein Ende (...) setzen". Sie

*VR-Werbung
in der "Lausitzer
Rundschau" vom
23. März 1998*



fordert "Die Republikaner", die DVU und die NPD dazu auf, "*Schluß mit der Eigenbrödelei*" zu machen, denn ihre "*Programme sind identisch und bringen das gleiche Bestreben, zum Wohle des deutschen Volkes, zum Ausdruck*".

Die VR versteht sich als eine bundesweite Wahlplattform aller rechts-extremistischen Parteien. Sie will erreichen, dass die Vorsitzenden sämtlicher "national-konservativer Parteien" sich verpflichten, an Wahlen in Deutschland nur auf der Liste der Wahlpartei "Vereinigte Rechte" teilzunehmen. Vorübergehend will sie aber noch als Konkurrenz zu diesen Parteien auftreten, um "*durch den Wählerwillen die deutschen Rechtsparteien zu zwingen, den Zusammenschluß zu suchen*."

Das Programm der VR ist geprägt von überzogenem Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit und orientiert sich an einem völkisch-kollektivistischen Gesellschaftsmodell. Es richtet sich gegen die Völkerverständigung und enthält die revanchistische Forderung nach einem Deutschland in den Grenzen von 1937. Dementsprechend wird die Wiedervereinigung als Teilwiedervereinigung bezeichnet.

Die VR ist bisher nur in einigen Bundesländern mit Landesverbänden vertreten; in Brandenburg ist ein Landesverband im Aufbau. Die VR wirbt in Brandenburg auch durch Annoncen in Tageszeitungen um Mitglieder. Die Partei plant, am 5. September 1999 zur Landtagswahl in Brandenburg anzutreten.

Die VR hatte für den 6./7. November im Landkreis Elbe-Elster einen Einheitskongress aller national-konservativen Parteien vorbereitet. In Vorbereitung der Landtagswahlen 1999 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen wollte sich die VR hier als übergreifende Wahlpartei konstituieren. Doch offensichtlich stoßen ihre Vorstellungen bei den anderen rechtsextremistischen Parteien auf keinerlei Resonanz: Der "Kongress" wurde nur von einigen wenigen Anhängern der VR selbst besucht. Bisher ist die VR eine Splittergruppe geblieben.

"Die Republikaner" (REP)

Gründungsjahr: 1983
Sitz: Berlin



in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	15.000
Brandenburg:	330
Unterorganisationen:	“Republikanische Jugend” (RJ), “Republikanischer Bund der Frauen” (RBF), “Republikanischer Hochschulverband” (RHV), “Republikanische Mittelstandsvereinigung” (RMV), “Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten” (RepBB)
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Der Neue Republikaner”

Nach wie vor bestehen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass in der Partei "Die Republikaner" rechtsextremistische Bestrebungen verfolgt werden, auch wenn der Bundesvorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER bemüht ist, seiner Partei ein rechtskonservatives Erscheinungsbild zu geben. Denn weiterhin verhehlen einflussreiche Gruppen und Funktionäre nicht, dass sie wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnen.

Sie bekunden Fremdenfeindlichkeit, relativieren die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, lehnen das Demokratieprinzip ab und arbeiten mit anderen Rechtsextremisten zusammen.

"Die Republikaner" schüren Ängste vor Überfremdung und beschwören eine vermeintlich drohende Ersetzung des deutschen Volkes durch eine "multikulturelle Mischbevölkerung". Durch die demagogische Gleichsetzung von "multikulturell" und "multikriminell" stempeln sie jeden Ausländer zum potentiellen Gesetzesbrecher. Gelegentlich trägt die fremdenfeindliche Agitation der REP sogar rassistische Züge. So werden in einem 1998 vom Kreisverband Altenburger Land verbreiteten Flugblatt, das gegen die Errichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Extremismus in Thüringen polemisiert, Ausländer und Asylanten mit Tieren gleichgesetzt.

Charakteristisch für die REP ist die Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes und die Relativierung seiner Verbrechen. Hierzu nutzen sie auch die öffentliche Auseinandersetzung um die Wanderausstellung "Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". So warf der seinerzeit geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende Christian KÄS auf seiner Rede während einer Protestkundgebung der "Republikanischen Jugend" gegen diese Ausstellung am 6. Juni 1998 in Kassel den Initiatoren vor, in übelster Weise durch Verfälschung und Lügen das Andenken einer ganzen Nation zu beschmutzen. Die Instrumentalisierung der Wehrmacht für die verbrecherischen Ziele des Naziregimes wurde damit schlichtweg ausgeblendet.

Die REP agitieren fortgesetzt gegen die angebliche "Umerziehung" des deutschen Volkes durch die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In teilweise verunglimpfender Weise attackieren sie auch Institutionen und Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie. Der demokratische Rechtsstaat soll insgesamt als untauglich, korrupt und gegen die Interessen des Volkes gerichtet erscheinen und wird als nicht mehr reformierbar dargestellt.

Die ständige Verwendung des Begriffs "Umerziehung" für die Wiedereinführung der Demokratie in Deutschland unter Einfluss der Westalliierten nach 1945 sowie die abwertenden Äußerungen über

*Publikation
der REP*

*Wahl-
ergebnisse*

demokratische Parteien und deren Politiker in ihrer Gesamtheit sind nach dem Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26. Juni 1997 mit dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes unvereinbar. Der Vorwurf einer aufgezwungenen und somit illegitimen Verfassung stellt die Rechtmäßigkeit der freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland in Frage.

Ungeachtet dieser Tatsachen gehen "Die Republikaner" auf dem Klagewege gegen ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz vor.

Auf dem Bundesparteitag der "Republikaner" am 21./22. November in Velden-Hinterkirchen (Bayern) wurde der bisherige Parteivorsitzende Dr. Rolf SCHLIERER mit 81 Prozent der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Der einzige Gegenkandidat, der geschäftsführende Stellvertreter des Parteivorsitzenden Christian KÄS, zog seine Kandidatur kurz vor der Wahl zurück. Er wurde dann mit einer beachtlichen Stimmenzahl zu einem der fünf Stellvertreter SCHLIERERS gewählt. KÄS plädiert seit geraumer Zeit offen für eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen.

Früher hatte gerade SCHLIERER einen Kurs der Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen vertreten. Diese Strategie war insbesondere auch in den ostdeutschen Landesverbänden umstritten, da diese einer Zusammenarbeit mit anderen

rechtsextremistischen Gruppierungen oft positiv gegenüberstehen. So versandte der damalige Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt im April ein mit *“Schlierer jetzt reicht es!”* betitelttes Rundschreiben an alle Landesgeschäftsstellen. Darin erklärte er, die REP in Sachsen-Anhalt würden *“mit ganzer Kraft und ganzem Herzen die DVU und ihre vom Volk frei gewählten Abgeordneten”* unterstützen und fügte hinzu: *“Sollte uns Dr. FREY die Hand entgegenstrecken, wir werden sie nicht ausschlagen.”*

Doch hat SCHLIERER selbst inzwischen seine Linie aufgegeben. Noch vor dem REP-Parteitag, bereits am 17. November, war er mit dem Bundesvorsitzenden der DVU, Dr. FREY, zusammengetroffen. Laut einer Pressemitteilung der REP habe man vereinbart, eine unnötige Konkurrenz zwischen REP und DVU bei künftigen Wahlen zu vermeiden, um dadurch *“nationalen Interessen in der deutschen Politik zu größerem Einfluß zu verhelfen”*.

Die Partei hat bisher an allen Wahlen im Land Brandenburg teilgenommen, so auch an den Bundestags- und den Kommunalwahlen am 27. September. Bei der Bundestagswahl erreichte sie insgesamt 1,8 Prozent der Stimmen (1994: 1,9 Prozent). Die REP blieben mit diesem Ergebnis vor der DVU und der NPD stärkste Partei im rechtsextremistischen Parteienspektrum. Dennoch war das Ergebnis für sie enttäuschend. In Brandenburg kamen die REP mit 1,7 Prozent (1994: 1,1 Prozent) auf ein geringeres Stimmenergebnis als die DVU.

Zur Kommunalwahl in Brandenburg traten REP-Kandidaten in verschiedenen Kreisen, Städten und Gemeinden an. Sie zogen aber nur mit insgesamt vier Mandaten in den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming sowie in die Stadtverordnetenversammlungen von Eisenhüttenstadt und Baruth/Mark ein.

Die Parteiarbeit im brandenburgischen REP-Landesverband lag auch 1998 weitgehend brach, da sich nur wenige der etwa 330 Mitglieder daran beteiligten.

“Die Republikaner” pflegten weiterhin ihre Verbindungen zum französischen “Front National”, vor allem durch persönliche Kontakte zwischen SCHLIERER und dem – seinerzeit noch unumstrittenen Vorsitzenden dieser rechtsextremistischen Partei, LE PEN.

Vereine und Weltanschauungsgemeinschaften

“Deutsche Liga für Volk und Heimat” (DLVH)

Gründungsjahr als Partei:	1991
Neugründung als Verein:	1996
Sitz:	Coburg
Sitz des Landesverbandes:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1992
Mitglieder bundesweit:	500
Brandenburg:	70
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	<p>“Nation und Europa - Deutsche Monatshefte”, “Europa vorn” (bei der DLVH nahestehend)</p>

*“Nationale
Bürgerinitiative
Uckermark”*

*“Berliner Kultur-
gemeinschaft
Preußen e. V.”*

Die DLVH war 1991 als Sammlungsbewegung “aller nationalen Kräfte” gegründet worden. Da sie aber, entgegen ihrer erklärten Absicht, tatsächlich zur weiteren Zerklüftung des rechtsextremistischen Lagers beitrug, gab sie 1996 ihren Parteienstatus auf und gründete sich als Verein neu. Doch auch in dieser Organisationsform, die sie aus dem Konkurrenzkampf rechtsextremistischer Wahlparteien herausnimmt, hat die DLVH die von ihr angestrebte Bedeutung innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums nicht erreicht.

Die derzeitige Situation der DLVH ist von Resignation und Orientierungslosigkeit geprägt. Denn ihr Erscheinungsbild ist so dürftig, dass ihr einstiger Anspruch, “die Rechten” einigen zu wollen, sogar ihr selbst nicht mehr glaubhaft erscheint. Aber auch ihre Bemühungen, wenigstens als Hilfsinstrument für ein breites rechtsextremistisches Bündnis zu fungieren, blieben 1998 ohne durchgreifenden Erfolg.

Der Einfluss der DLVH beruht weiterhin vor allem auf ihrer Nähe zu den Zeitschriften “Nation & Europa” und “Europa vorn”, deren Leserkreis weit über die DLVH hinausreicht. Ein früherer DLVH-Bundesvorstandsprecher fungiert als Herausgeber von “Nation &

Europa", des wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorgans.

Die DLVH brachte auch 1998 öffentlich ihre Verärgerung über die Zersplitterung der "Rechtsparteien" zum Ausdruck. Sie rief dazu auf, nunmehr die Kräfte für das Superwahljahr 1999 zu bündeln. Die Wahlabsprache zwischen den Parteivorsitzenden der "Republikaner" und der DVU (s. dazu S. 51 f) begrüßte sie als Einschwenken auf den Kurs, für den die DLVH schon seit Jahren geworben habe. Ohne Kooperation könne es keine dauerhaften und tragfähigen Wahlerfolge geben.

Am 25. Oktober 1998 fand in Malsfeld (Hessen) die 2. ordentliche Mitgliederversammlung der DLVH statt. Die Resonanz bei den Mitgliedern war sehr gering, es waren kaum 40 Personen erschienen.

Der gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg verfügt zur Zeit etwa über 100 Mitglieder, von denen ca. 70 im Land Brandenburg leben. Schwerpunkte liegen im Barnim und in der Uckermark. Gerade hier, aber auch in anderen Regionen des Landes Brandenburg konzentriert sich die DLVH auf die Jugendarbeit. Sie lädt zu mehr oder weniger regelmäßigen Gesprächsrunden und sogenannten "Stammtischen" ein. Diese Veranstaltungen nutzt sie vor allem auch zur Mitgliederwerbung. Damit blieb sie 1998 nicht ohne Erfolg.

An dem von der NPD veranstalteten Schweigemarsch am 25. September in Schwedt (s. dazu S. 45) beteiligte sich die DLVH gemeinsam mit der seit 1998 im Raum Schwedt aktiven "Nationalen Bürgerinitiative Uckermark".

Zu den Bundestags- und Kommunalwahlen am 27. September gab der DLVH-Landesverband Berlin-Brandenburg keine Wahlempfehlung ab.

Die "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V." (BKP) hat als Sammelbecken von Rechtsextremisten für die Region eine gewisse Bedeutung. Sie konzentriert sich darauf, Vortragsveranstaltungen mit szenebekanntem Rednern zu organisieren. Bis einschließlich 1996 meldete sie für den Volkstrauertag in Halbe "Heldengedenkfeiern" an, die seit 1992 regelmäßig verboten wurden. In Brandenburg beschränkten sich die Aktivitäten der BKP im Jahr 1998 auf die "Reichsgründungsfeier" am 17. Januar in Eiche (Landkreis Barnim), an der ca. 170 Personen teilnahmen.

Mailbox-Netze

Agitation und Kommunikation, neue Medien

Da wegen staatlicher Repressionsmaßnahmen (z. B. Organisationsverbote) insbesondere Neonazis nicht mehr auf die herkömmlichen Organisationsformen setzen können, versuchen sie, die ihnen nunmehr versperrten Kommunikationswege durch eine informelle Vernetzung zu ersetzen. Daher nutzen sie seit einiger Zeit verstärkt moderne Kommunikationsmedien wie Mailboxen, Internet und Info-Telefone. Aber auch andere rechtsextremistische Organisationen bedienen sich der Möglichkeit, z. B. über das Internet Informationen zu verbreiten und für sich zu werben.

Gegenüber dem Internet haben Mailbox-Netze an Bedeutung verloren. Sie erreichen nur einen begrenzten, dafür aber überschaubaren Nutzerkreis. Wegen der wenig ansprechenden Optik der textorientierten Mailboxen werden zumindest Propaganda- und Werbeaktivitäten in das Internet verlagert. Jedoch bieten Mailboxen gegenüber dem Internet den Vorteil, dass die Nachrichten mittels spezieller Software über Telefonleitung abgerufen und offline bearbeitet werden können. Die zeit- und kostenaufwendige online-Suche – wie im Internet – entfällt damit. Deshalb werden Rechtsextremisten auch künftig Mailboxen als ein ergänzendes Medium zum Internet nutzen.

Deutsche Neonazis kommunizieren gegenwärtig über das "Thule-Netz" und das "Nordland-Netz" miteinander. Zur Zeit sind in beide Netze nur sehr wenig Boxen eingebunden. Exekutivmaßnahmen und interne Zwistigkeiten – das "Nordland-Netz" hat sich ursprünglich vom "Thule"-Netz abgespalten – haben diese Netze nachhaltig geschwächt. Es existieren allerdings Schnittstellen, über die Nachrichten zwischen den beiden Mailboxnetzen ausgetauscht werden können.

Die "Berlin-Brandenburger. Zeitung der nationalen Erneuerung" (BBZ), die beide Netze nutzt, fordert im "Interesse des gesamten nationalen Medienverbundes" eine Wiedervereinigung beider Mailbox-Verbundsysteme. So soll im Rahmen einer zukünftigen "Arbeitsteilung" das "Nordland-Netz" als "geschlossene Denkfabrik" fungieren, während das "Thule-Netz" als "öffentliches Bürger-Netz" mit Internet-Anschluss allen "national Denkenden" offenstehen möge.

Inhaltlich befasst sich das "Nordland-Netz" hauptsächlich mit Er-

eignissen und Gruppierungen in Norddeutschland. Das "Thule-Netz" dagegen behandelt Themen aus allen Teilen Deutschlands. Schwerpunkte waren z. B. die Veranstaltung der NPD am 7. Februar in Passau und der Erfolg der "Deutschen Volksunion" (DVU) bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.

Das "Thule-Netz" ist seit Juni 1996 mit einer eigenen Domain im Internet vertreten.

Seit Mai 1998 ist auch das "Nordland-Netz" mit einer eigenen Homepage, als Unterseite auf der Domain des "Nationalen Widerstandes", im Internet anzutreffen.

Das Internet ist aber weit darüber hinaus für den nationalen und internationalen Informationsaustausch unter extremistischen Gruppierungen bereits unverzichtbar geworden. Sie erschließen sich im "anarchistisch" strukturierten Internet Freiräume, die nicht mehr allein mit nationalen Rechtsnormen begrenzt werden können. So vermeiden sie es, in der Bundesrepublik Deutschland strafrechtlich relevante Aussagen auf ihren Webseiten zu publizieren und nutzen dafür – auch anonym – ausländische Server. Daneben ist für sie aber auch die Möglichkeit einer verschlüsselten Informationsübermittlung im Internet von Interesse.

Auch 1998 wurden mehrere neue Internet-Homepages von deutschen Rechtsextremisten eingerichtet. Sowohl größere, bundesweit verbreitete Organisationen wie REP, NPD oder JN als auch kleinste Gruppierungen, Kameradschaften und Einzelpersonen melden sich hier zu Wort. Rechtsextremistische Parteien sind z. T. bis hinab auf Orts- und Kreisverbandsebene vertreten.

Das Angebot der NPD im Internet wurde kontinuierlich verbessert und ist heute das umfassendste einer rechtsextremistischen deutschen Partei. Die NPD tritt über eine eigene Internetdomain NPD.net als Internetprovider auf, d. h. sie bietet einen eigenen Zugangsservice in das Internet an. Die Nutzer erhalten nach vorheriger Anmeldung mittels automatisierter Zusendung Informationen aus der Szene und Hinweise zu wichtigen Terminen. Überdies können sich die Teilnehmer in zwei Online-Chatbereichen an Diskussionen beteiligen.

Die Webseite verfügt über mehrere Diskussionsforen sowie ein eigenes Textarchiv, über das alle bislang von der NPD online veröffentlichten Texte zugänglich sind. Über die Linkliste sind alle Online-Angebote von Teil- und Untergruppierungen der NPD sowie

*"Nationale
Info-Telefone"*

ihrer Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) zugänglich.

Im September 1998 enthielt die Homepage der NPD auch Wahlwerbespots als Videosequenz.

Auch "Die Republikaner" (REP) steigerten ihre Aktivitäten im Internet erheblich. So wurden von zahlreichen Parteigliederungen und Funktionären eigene Homepages eingerichtet. Die optische und technische Gestaltung der Homepages wurde verbessert. Entsprechend dem von der Parteiführung verfolgten Abgrenzungskurs gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen verzichteten die REP auf Links zu anderen rechtsextremistischen Homepages. Auf diesen existieren allerdings Links zu den Internet-Seiten der REP, z. B. auf der Homepage des "Thule-Netzes"

Die "Deutsche Volksunion" (DVU) ist seit September 1997 mit einer eigenen Domain im Internet vertreten und betätigt sich darüber

hinaus – wie bereits die NPD – als Provider.

Seit Herbst 1997 hat die BBZ parallel zur Printausgabe eine Homepage im Internet eingerichtet. Herausgeber ist Frank SCHWERDT, leitender Redakteur Hans Christian WENDT. Beide büßten 1998 Haftstrafen ab. An ihre Stelle traten Personen aus ihrem Umfeld, denen es gelang, eine – wenn auch nur spärliche – Aktualisierung der Internet-Ausgabe von "BBZ.Aktuell" sicherzustellen.

Die rechtsextremistische Musikszene hat das Internet ebenfalls für sich entdeckt. So bietet Frank RENNICKE im Internet eine eigene Homepage an. Der Liedermacher RENNICKE, der mit seinen Liedtexten fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen verbreitet, stellt sich dort als "*nationaler Barde*", "*Systemverfolgter*" und "*volkstreuer Liedermacher*" vor.

Strafrechtlich zu ahndende Texte deutscher Skinheadbands werden in der Regel von ausländischen Providern in das Netz eingespeist

und unterliegen somit nicht dem Zugriff deutscher Behörden.

„Nationale Info-Telefone“ (NIT) berichten über politische Ereignisse und Entwicklungen aus rechtsextremistischer Sicht und übernehmen oftmals gängige rechtsextremistische Argumentationen. Sie werden aber auch zur Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene für bestimmte Anlässe genutzt. Auf der technischen Basis eines Anrufbeantworters werden in der Regel wöchentlich ein- bis zweimal aktuelle Ansagetexte durchgegeben. Zu besonderen Anlässen, wie zu „Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen“, erfolgen meist Sondersendungen. Einige NIT-Ansagetexte werden auch in das Internet sowie in die Mailbox-Systeme eingestellt.

Da einige NITs – meist wegen finanzieller Probleme – ihren Betrieb für eine bestimmte Zeit oder aber gänzlich einstellen müssen, verändert sich die Anzahl der aktiven Info-Telefone häufig. 1998 waren wieder NITs wie „Schleswig-Holstein“, „Rheinland“, „Mitteldeutschland“ und das „Info-Telefon der Jungen Nationaldemokraten“ aktiv. Im Mai hat das „NIT Mecklenburg-Vorpommern“ seinen Betrieb aufgenommen.

Im Dezember beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Beleidigung die gesamte Technik des „NIT Rheinland“ und legte es damit vorübergehend still. Exekutivmaßnahmen wie diese sind relativ selten möglich, denn die NIT-Betreiber versuchen, ihre Ansagetexte im allgemeinen so zu formulieren, dass rechtsextremistische Positionen zwar eindeutig erkennbar sind, jedoch keine Straftatbestände erfüllt werden.

1997 wurde das „NIT Preußen“ in Berlin in Betrieb genommen. Verantwortlich ist Mike PENKERT, ehemals Vorstandsmitglied der „Nationalen“ und weiterhin Mitarbeiter der BBZ.

Das „NIT Preußen“ wollte von Anbeginn auch das Umland von Berlin abdecken. Eine im „Nordland-Netz“ von der BBZ-Redaktion verbreitete Meldung kündigte an, das „NIT Preußen“ werde sich in seiner „Berichterstattung von den anderen Einrichtungen vor allem dadurch unterscheiden, dass es gezielt Nachrichten über regionale Projekte und Aktivitäten von Gruppen bringt, die von parteinahen NITs nicht gebracht werden“. Seit Anfang 1999 ist das „NIT Preußen“ über eine Rufnummer im Land Brandenburg zu erreichen.

1998 wurde das Sendeverbot gegen die von Mike PENKERT geleitete Radiosendung „Radio Germania“ im „Offenen Kanal Berlin“ (OKB) aufgehoben. So ging „Radio Germania“ am 12. Mai erstmals wieder auf Sendung.

Die ca. einstündige Sendung, für die PENKERT auch im „NIT Preußen“ geworben hatte, entsprach in der inhaltlichen Gestaltung dem bekannten Muster: Ansagetext und Musik rechtsextremistisch orientierter Sänger und Skinheadbands. Daneben wurden Textbeiträge

im Stil der NIT-Meldungen verlesen.

Weitere Sendungen des "Radio Germania" im OKB folgten in späteren Monaten. Seit dem 13. Juli verfügt "Radio Germania" über eine eigene Homepage im Internet, die per Link in die Homepage der BBZ eingebunden ist.

Ausblick

Trotz des erfreulichen Rückganges der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten 1998 ist nicht ausgemacht, dass dieser Trend auch künftig anhält. Das Potential gewaltbereiter Rechtsextremisten, die sich großenteils in gewaltbejahenden Jugendcliquen zusammensuchen, ist konstant geblieben. Und auch der Abbau der latenten, Gewalt begünstigenden Fremdenfeindlichkeit wird vermutlich ein langwieriger Lernprozess werden. Hierzu leistet das Handlungskonzept der Landesregierung "Tolerantes Brandenburg" einen wichtigen Beitrag.

Rechtsextremistisch orientierte Jugendcliquen sind in der Regel instabil. Im Leben ihrer Mitglieder stellen sie oft nur eine jugendliche Episode dar. Das konsequente Vorgehen des Staates zwingt manch einen zum Umdenken und Ausstieg. Dennoch entstehen solche Cliquen immer wieder neu, denn sie haben bislang wenig an Anziehungskraft für die Jüngeren verloren.

Dem Drohpotential gewalttätiger Skinheads in Jugendclubs und auf öffentlichen Plätzen muss weiterhin durch kommunale Präventionsarbeit und mit polizeilicher Intervention entgegengewirkt werden. Auch künftig wird es nirgendwo in Brandenburg geduldet werden, dass Jugendcliquen im Sinne des strategisch-ideologischen Konzepts "national befreiter Zonen" eine "Gegenmacht" zum staatlichen Gewaltmonopol aufbauen.

Da der Markt für die rechtsextremistisch gefärbte Skinheadsubkultur weiterhin vorhanden ist, wird weiterhin mit konspirativ vorbereiteten Konzerten, mit einem Schwarzmarkthandel von indizierten Tonträgern, Publikationen und Propagandamitteln zu rechnen sein. Mit gezielt vorbereiteten Exekutivmaßnahmen und Beschlagnahmen wird jedoch den Geschäftemachern das Handwerk gelegt.

Den Neonazis dürfte es auch in Zukunft kaum gelingen, mittels eines flexiblen Netzes lokaler Kameradschaften die Auswirkungen von Organisationsverboten zu konterkarieren. Die Annäherung von Neonazis und NPD bleibt von Konflikten überschattet. Der Kampf der NPD um die Straße mit Demonstrationen, die auch gewaltbereite Neonazis und Skinheads anziehen, verträgt sich nicht mit dem Anspruch der Partei, durch seriöses Auftreten Vertrauen beim Wähler aufzubauen. Außerdem wird sich der Streit um die weltanschauliche Ausrichtung der NPD – wieviel Gewicht ihr ostdeutscher und sozialistischer Flügel haben soll – weiter zuspitzen. Die Wahlchancen der NPD bleiben trotz des zunehmenden Mitglieder gering.

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen

(z. T. geschätzt)

Bundesrepublik Deutschland

Brandenburg

1997

1998

1997

1998

militante Angehörige rechtsextremistischer Cliques *	7.600	8.200	550	550
HNG	350	450	10	15
unorganisierte Neonazis	keine Angaben		120	120
NPD	4.300	6.000	60	150
JN	350**	400**	Einzelpersonen	
DVU	15.000	18.000	40	200
REP***	15.000	15.000	330	330
DLVH	700	500	60	70

* Die Zahl der Angehörigen dieser Cliques wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- bezahlbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

** Mitgezählt sind auch JN-Anwärter, d. h. solche Personen, die erst nach einer "Bewährungszeit" aufgenommen werden.

*** Es kann nicht unterstellt werden, dass jedes einzelne Mitglied der REP rechtsextremistische Ziele verfolgt und unterstützt.

Rechtsextremistisch motivierte Straftaten
im Land Brandenburg

	1996	1997	1998
vollendete Tötungsdelikte	0	1	0
versuchte Tötungsdelikte	2	3	3
Körperverletzung	52	83	48
Brandstiftung	3	0	3
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch	15	10	6
Sachbeschädigung	26	38	11
Volksverhetzung, Gewaltdarstellung, Aufsta- chelung zum Rassenhass	53	47	43
Propagandadelikte	292	344	165
sonstige	36	44	30
gesamt	479	570	309
davon fremdenfeindlich	115	153	94
antisemitisch	35	32	31
Gewaltstraftaten*	96	98	59

Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des LKA; die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

* Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung und Störungen der Totenruhe sind hier – insoweit abweichend von der LKA-Statistik – in keinem Falle als Gewaltstraftaten mitgezählt.

2. LINKSEXTREMISMUS

Aktuelle Entwicklung

Linksextremistisch motivierte Straftaten haben in Brandenburg wie auch bundesweit abgenommen. Insbesondere die Zahl der Gewaltdelikte ging zurück. Verantwortlich für diese Delikte sind zumeist Autonome. Sie betrachten nach wie vor Gewalt als legitimes Mittel oder gar als Gebot der "politischen" Auseinandersetzung; fanden 1998 jedoch weniger Anlässe Gewalt auszuüben.

Im Vergleich zu den Vorjahren blieb die Zahl der Autonomen etwa gleich.

Ihre Aktionsthemen wählen die Autonomen oftmals abhängig von aktuellen politischen Entwicklungen; dabei orientieren sie sich auch an der "Vermittelbarkeit" innerhalb der Szene und darüber hinaus im linken politischen Spektrum. Häufig werden Anliegen von Protestbewegungen aufgegriffen, um dadurch eine breitere Akzeptanz zu erreichen. Nicht wenige Autonome nämlich stellen gerade in jüngster Zeit fest, dass die "autonome Bewegung", gemessen an ihrem politischen Gewicht, relativ schwach und bedeutungslos ist.

Deshalb ist die autonome Szene immer wieder bemüht, anlassbezogen Bündnisse mit linksextremistischen Parteien, aber auch demokratischen Gruppierungen einzugehen. Die Mitwirkung bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Veranstaltungen, die überwiegend von demokratischen Kräften getragen werden, ist aus linksextremistischer Sicht ebenfalls geeignet, zu einem allmählich fortschreitenden politischen Bewusstseinswandel beizutragen. Zum anderen suchen Autonome auch nur punktuelle Vereinbarungen, beispielsweise bei Demonstrationen gegen rechtsextremistische Aktivitäten.

Breit angelegte Bündnisse dienen aber häufig nur als Plattform für Gewalttaten. Autonome brechen ihre Zusage, nur friedlich agieren zu wollen, sobald es ihnen zweckmäßig erscheint.

Die konkreten Aktionsformen reichen von publizistischen Aktivitäten über Demonstrationen bis hin zu Anschlägen.

Die zum Teil militanten Protestaktionen zum "Tag X3" vom März 1997 in Gorleben werteten die Autonomen als Erfolg. Unter der

Autonome

Parole "NiX mehr" nahmen sie dann in einer Nachfolgekampagne die Atomwirtschaft insgesamt ins Visier. Der Widerstand solle nicht allein auf die Zwischenlager beschränkt bleiben, sondern auf die Castor-Transporte zu den Wiederaufbereitungsanlagen und auf die Uran-Transporte ausgedehnt werden.

Da in der Szene realistischere Weise damit gerechnet wurde, dass das Protestpotential in Ahaus deutlich geringer sei als in Gorleben, standen eine Dezentralisierung der Aktionen und eine stärkere Einbindung möglichst großer Teile der Bevölkerung zur Debatte. Örtliche Schwerpunktaktionen entlang der gesamten Transportstrecke sollten das Manko ausgleichen, dass in Ahaus keine ähnliche "Widerstandskultur" wie im Wendland etabliert werden konnte.

Die Summe der tatsächlichen Sabotageaktionen in Ahaus reichte jedoch nicht an die bei vergleichbaren früheren Transporten heran. Die von den militanten Atomkraftgegnern erhoffte "Massenmobilisierung" scheiterte aufgrund der kurzfristigen Vorverlegung des Transportes.

*Atomkraft-
gegner*

*Hinweise zur
"Behinderung
von Bahn-
transporten
aller Art" in der
Internet-
Einstellung
der links-
extremistischen
Zeitschrift
"radikal"*

Teile der autonomen Szene diskutieren über neue Aktionsformen, auch gegenüber Rechtsextremisten.

Um öffentlich gegen rechtsextremistische Kundgebungen zu demonstrieren, nahmen Autonome bisher hauptsächlich mit sogenannten "schwarzen Blöcken" an größeren Demonstrationen teil, aus deren Anonymität heraus sie Straftaten begingen. Die Bemühungen, durch Bündnisse mit nichtextremistischen Organisationen und Parteien die Basis des Protestes zu verbreitern und für sich zu nutzen, hatten aber häufig nicht den gewünschten Erfolg. Oft wurden die autonomen Gruppen auf Grund ihrer eigenen mangelnden Mobilisierungsfähigkeit bei Bündisdemonstrationen konzeptionell und personell an den Rand gedrängt. Eine von den Autonomen angestrebte "direkte" Konfrontation mit dem politischen Gegner war somit nur schwer möglich. Außerdem lehnen Teile der Szene die sogenannten "Latschdemos" massiv ab.

Als Ausweg aus diesem Dilemma werden neue Konzepte vorgeschlagen: Am Ort der Demonstration des politischen Gegners sollten sich die Autonomen in Teilgruppen organisieren und versuchen, den Aufzug zu be- bzw. verhindern oder sogar anzugreifen. Militantes Vorgehen dürfe aber nicht nur auf den Ort des Aufmarsches beschränkt bleiben; sondern müsse durch Angriffe auf die vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsextremisten an ihren Wohnorten unterstützt werden. Beabsichtigt sei mit diesen Aktionen, *"den Preis für die Teilnahme an einem Naziaufmarsch soweit als machbar nach oben zu treiben"* ("INTERIM" Nr. 467 vom 14.01.1999).

Die Grenzen zwischen Gruppierungen aus der autonomen Szene, die sich terroristischer Mittel bedienen, und terroristischen Vereinigungen im strengen Sinne sind fließend. Aus autonomen Zusammenhängen formieren sich immer wieder auch Aktionsgruppen, die aus der "Legalität" heraus militant "intervenieren" (sog. "Feierabendterroristen"). Durch Anschläge solcher autonomer Gruppierungen, die sich ständig wechselnde Aktionsnamen geben oder anonym bleiben, sind 1998 erneut Schäden in Millionenhöhe entstanden.

Im März 1998 hat die "Rote Armee Fraktion" (RAF) durch ein achtseitiges, von den Sicherheitsbehörden als authentisch eingeschätztes, Schreiben ihre Auflösung bekannt gegeben. Diese – seit langem erwartete, überfällige – Erklärung der RAF bildet eine Zäsur in der Geschichte des deutschen Linksterrorismus.

Die anonymen Verfasser schreiben unter anderem: *"Vor fast 28 Jahren am 14. Mai 1970 entstand in einer Befreiungsaktion die RAF. Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der*

RAF ist nun Geschichte. (...) Das Ende des Projekts zeigt, daß wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. (...) Die RAF konnte keinen Weg zur Befreiung aufzeigen. Aber sie hat mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen, daß es den Gedanken an Befreiung heute gibt. Die Systemfrage zu stellen, war und ist legitim.“ Die bekannte Forderung, dass alle inhaftierten terroristischen Straftäter aus der RAF unverzüglich in die Freiheit zu entlassen seien, wird wiederholt. Das Schreiben endet mit der Auflistung von 25 – zum Teil durch Selbst- oder Fememord – umgekommenen Terroristen und dem Schlusswort: *“Die Revolution sagt: ich war – ich bin – ich werde sein”*.

In der linksextremistischen Szene überwiegt die Auffassung, dass die RAF – wie sie nun selber einräume – letztlich habe scheitern müssen. Denn sie sei unfähig gewesen, berechtigte Kritik aus dem mit ihren Zielen sympathisierenden politischen Spektrum aufzunehmen und entsprechend ihre Strategie und sich selbst zu verändern.

Gleichwohl gibt es auch heute noch Gruppen, die, zumindest theoretisch, den bewaffneten Kampf in Anlehnung an die RAF befürworten. Sie werden dem *“Antiimperialistischen Widerstand”* zugerechnet. Einige Personen aus diesem Spektrum haben eine militärische Ausbildung bei der *“Arbeiterpartei Kurdistans”* (PKK) im Kurdengebiet gesucht.

“Antiimperialistische Zelle”

Die *“Antiimperialistische Zelle”* (AIZ) wollte den bewaffneten Kampf, von dem sich die RAF schon vor Jahren zurückgezogen hatte, fortsetzen. Seit der Verhaftung der beiden Hauptverdächtigen im Jahre 1996, von denen einer inzwischen ein Teilgeständnis ablegte, verübte die AIZ keine Anschläge mehr.

Die kommunistischen Parteien und Vereinigungen haben die Krise, die durch das Ende des *“real existierenden Sozialismus”* und die ihm folgende ideologische Verunsicherung ausgelöst worden war, nach und nach überwunden und eine gewisse Konsolidierung erreicht, allerdings auf einem sehr niedrigen personellen und organisatorischen Niveau. Noch sind sie überwiegend mit sich selbst beschäftigt.

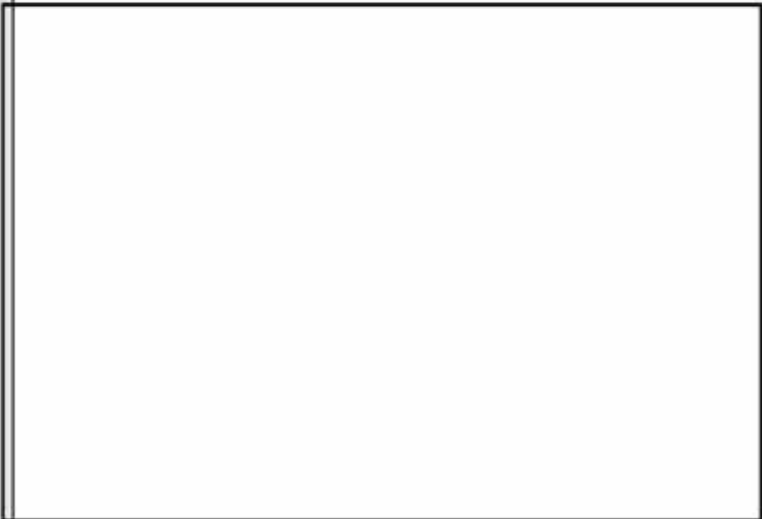
Da ihre eigene Aktionsfähigkeit beschränkt ist, wächst zwangsläufig die Bereitschaft zur Kooperation miteinander, die aber immer wieder an mangelnder Bündnisfähigkeit zerbricht und oft nur temporär oder aus aktuellen Anlässen zustande kommt. Daneben gibt es auch das Bestreben insbesondere orthodox-kommunistisch aus-

gerichteter Gruppen, sich einflussreicheren Organisationen anzuschließen, um nicht völlig unterzugehen. Breite linke "Bündnisse" entsprechend der kommunistischen Volksfront-Strategie bleiben weiterhin Wunschdenken.

Trotzkistische und anarchistische Organisationen spielen im links-extremistischen Spektrum der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor eine Außenseiterrolle.

An den Bundestagswahlen beteiligten sich linksextremistische Parteien nur in sehr eingeschränktem Maße. Mit einzelnen Landeslisten traten lediglich die "Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands" (MLPD) und, erstmals, die "Partei für Soziale Gleichheit" (PSG) an. Beide Parteien erzielten mit wenigen tausend Stimmen jeweils nur 0,0 Prozent. Die "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) bot in wenigen Wahlkreisen Direktkandidaten auf.

Die Anzahl linksextremistischer Angebote im Internet ist rapide an-



gestiegen. Fast alle linksextremistischen Parteien und zahlreiche autonome und anarchistische Gruppierungen sind mit eigenen Homepages vertreten, darunter auch erstmalig eine autonome Gruppe sowie eine Parteigliederung aus Brandenburg. Das Internet wird zur Selbstdarstellung, zur Verbreitung von Schriften und für sonstige Propagandazwecke sowie zur internen, auch konspirativen, Kom-

munikation genutzt. Damit verlieren die von Linksextremisten betriebenen oder genutzten Mailboxsysteme relativ an Bedeutung. Ihnen gegenüber bietet das Internet deutliche Vorteile: Auf technisch einfache, schnelle und preiswerte Art können Informationen an ein potentiell millionenfaches Publikum weitergeleitet werden.

Autonome

Lagebild

Autonome im Sinne der Verfassungsschutzbehörden sind nur solche Gruppen und Personen, die auf Grund ihrer ideologischen Orientierung an gewalttätigen Aktionen mitgewirkt oder diese vorbereitet haben oder Gewalt befürworten. Diese Eingrenzung ist erforderlich angesichts der Vielzahl heterogener "alternativer" und "selbstbestimmter" Gruppen und Zirkel, die sich selbst als "autonom" bezeichnen, aber keineswegs alle Gewalt üben oder gutheißen. Autonome bilden den Kern der linksextremistisch orientierten oder beeinflussten Jugendszene.

Die Gewalt von Autonomen zielt in erster Linie gegen Sachen. Von Teilen der autonomen Szene wird Gewalt gegenüber Personen jedoch nicht ausgeschlossen. Vielmehr werden militante Aktionen insbesondere im Rahmen der sogenannten "antifaschistischen Selbsthilfe" als legitimes Mittel im "revolutionären, antifaschistischen" Kampf angesehen.

Das staatliche Gewaltmonopol lehnen Autonome strikt ab. Der Kampf gegen die – von ihnen als "Schweinesystem" bezeichnete – staatliche Ordnung eint ihr breitgefächertes Protestpotential.

Charakteristisch für die Gesinnung der Autonomen ist darüber hinaus die Ablehnung staatlicher und gesellschaftlicher Normen. Sie streben ein freies, selbstbestimmtes Leben innerhalb "herrschaftsfreier" Räume ("Nischen") an.

Von ihrem Selbstverständnis her prinzipiell hierarchiefeindlich, lehnen Autonome daher feste Organisationsstrukturen ab. Eine wachsende Minderheit innerhalb der Szene kritisiert die "Unverbindlichkeit" der autonomen Strukturen sowie deren Fixierung auf – durch aktuelle Anlässe vorgegebene – Kampagnen. Die seit Beginn der 90er Jahre zu verzeichnenden Organisationsbemühungen haben sich verfestigt.

In der militanten "Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO) haben sich Gruppen zusammengeschlossen, die bestrebt sind, insbesondere über die Thematik "Antifaschismus" festere Strukturen aufzubauen. Entgegen dem "traditionellen" auto-

*"anti-
faschistische
Selbsthilfe"*

AA/BO

75

nomen Selbstverständnis werben die Mitgliedsgruppen der AA/BO auch um neue Anhänger. Weiterhin dient die Mitarbeit in der AA/BO dem Erfahrungsaustausch, der Koordination und der Unterstützung regionaler “Antifa”-Gruppen. In regelmäßigen Abständen finden Delegierten-Treffen statt.

Weniger verbindliche Strukturen streben die im “Bundesweiten Antifa Treffen” (B.A.T.) organisierten autonomen Gruppen an. Auch sie suchen einen überregionalen Informations- und Erfahrungsaustausch sowie eine bessere Koordinierung der Aktivitäten.

Zwischen beiden Organisationsansätzen bestehen weiterhin ideologische Vorbehalte sowie Konkurrenzdenken.

*Einer
der Aufrufe
zur Protest-
demonstration
am 1. Mai in
Leipzig, ...*

Auch einige brandenburgische Gruppen sind bemüht, sich an den überregionalen Netzwerken der AA/BO bzw. des B.A.T. zu beteiligen oder zumindest enge Kontakte zu ihnen zu halten.

Gemeinsam mit ihnen nutzen sie für den Informationsaustausch zunehmend moderne Kommunikationsmittel, insbesondere das

Internet. Dadurch werden die bisherigen Kommunikationsmittel der Autonomen – Szenezeitschriften, wie in Potsdam “buratino” oder in Eberswalde die “Märkische Antifazzeitung”, Aushänge in Infoläden, Plakatierungen u.a. – ergänzt; möglicherweise werden sie künftig mehr und mehr von den neuen Kommunikationsmöglichkeiten abgelöst.

1998 wurden zahlreiche weitere überregionale Aktivitäten von Szeneangehörigen aus Brandenburg festgestellt. Sie nahmen an vielen Veranstaltungen der linksextremistischen Szene im gesamten Bundesgebiet teil, beispielsweise an der Protestdemonstration gegen eine Kundgebung der “Nationaldemokratischen Partei Deutschlands” (NPD) am 1. Mai in Leipzig, in deren Verlauf es zu schweren Ausschreitungen kam, oder an der traditionellen “revolutionären 1. Mai-Demonstration” in Berlin, die wiederum von schweren Ausschreitungen begleitet war.

Mehrheitlich setzt sich die autonome Szene aus Schülern, Auszubildenden oder Studenten zwischen 18 und 28 Jahren zusammen. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie durch Gelegenheitsjobs oder



*... die in
gewalttätige
Ausschreitungen
der Autonomen
mündeten.*

durch den Empfang von “Staatsknete” (öffentliche Sozialleistungen). Die Fluktuation innerhalb der Szene ist relativ hoch, da sich viele schon nach wenigen Jahren desillusioniert zurückziehen.

Autonome Personenzusammenschlüsse gibt es vor allem in den größeren Städten des Landes Brandenburg wie Potsdam, Brandenburg a. d. H., Frankfurt (Oder) und Cottbus.

Aktionsfelder

Die Autonomen sehen wie bisher im sogenannten “antifaschistischen Kampf” ihr Hauptagitations- und -aktionsfeld. Damit sind nicht allein Attacken gegen tatsächliche oder vermeintliche “faschistische” Personen, Institutionen oder Tendenzen gemeint: Der “antifaschistische Kampf” richtet sich auch gegen die bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse; denn der Staat ist nach dem Verständnis der Autonomen eine “faschistische” Struktur, die “faschistische” Einstellungen, Verhaltensmuster und Organisationen hervorbringt bzw. begünstigt. Autonome greifen auch deshalb zur “antifaschistischen Selbsthilfe”, weil sie sich potentiell von rechtsextremistischen Übergriffen oder durch den angeblich “faschistischen” Staat bedroht fühlen.

Dazu äußerte sich in der Potsdamer autonomen Szenezeitschrift “buratino” ein Antifaschist “AUS DEN MILITANTEN AUTONOMEN KREISEN” in einem Interview wie folgt:

“Außerdem ist es notwendig, Zeichen gegen die wachsende Toleranz von Naziaktivitäten innerhalb der Gesellschaft zu setzen. In einem Staat, in dem Parteien, Organisationen und Gruppen menschenverachtende Ideologien propagieren können und brutale Angriffe auf AusländerInnen, Obdachlose usw. machen können, ist es eben notwendig, diese Mißstände nicht nur aufzuzeigen, sondern auch offen anzugreifen.” (“buratino” Nr. 10 vom März 1998).

Vermeintliche “politische Gegner” werden vielfach nur wegen des äußeren Erscheinungsbildes bei beliebigen Gelegenheiten spontan angefallen. Zum Teil gehen militante Autonome beim Angriff auf vermutliche oder tatsächliche Rechtsextremisten aber auch ganz gezielt vor, indem sie im Vorfeld von geplanten Aktionen Treffpunkte rechtsextremistisch orientierter Gruppen und Einzelpersonen abklären, um sie dann anzugreifen.

gendliche, um "Rechte" anzugreifen. Zielgerichtet attackierten sie daraufhin vier Personen und verletzten eine mit einem Baseballschläger am Arm.

Am 4. Dezember wurde ein in Frankfurt (Oder) an einer Bushaltestelle wartender 21-jähriger von "linken" Jugendlichen gefragt, ob er "Rechter oder Skinhead" sei. Dann zerschlugen sie eine leere Bierflasche auf seinem Kopf. Anschließend flüchteten die Angreifer in Autos. Acht Tatverdächtige konnten von einer Polizeistreife gestellt werden. Bei der Kontrolle der Fahrzeuge wurden u. a. ein Baseballschläger mit eingeschlagenen Nägeln und eine Schreckschusspistole sichergestellt.

*Angriffe bei
Wahlveranstaltungen*

Gerade im Vorfeld der Bundestags- und der brandenburgischen Kommunalwahl am 27. September versuchten brandenburgische Linksextremisten, unter dem Motto "*Nichts und keine Stimme für DVU, NPD und REPs!*" den Wahlkampf der rechtsextremistischen Parteien zu stören. Sie griffen Kandidaten dieser Parteien bei Wahlkampfauftritten an, veranstalteten Gegendemonstrationen, zerstörten Wahlplakate und führten eigene Plakataktionen gegen die rechtsextremistischen Parteien durch.

Am 8. August betrieb der NPD-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg einen Informationsstand in Strausberg. Als zwei beteiligte Jugendliche an den in der Nähe geparkten Autos NPD-Werbezettel anbrachten, wurden sie von ca. zehn zum Teil verummten Jugendlichen zu Boden geschlagen, getreten und vermutlich mit einer Eisenstange traktiert. Am Informationsstand der NPD kam es zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen NPD-Anhängern und "Linken", dabei wurde auch Buttersäure vergossen. Die Polizei verhinderte eine weitere Eskalation.

Am 12. September wurde in Potsdam eine Reisegruppe, die mit einem Bus zu einer DVU-Veranstaltung abgeholt wurde, von acht bis zehn verummten Jugendlichen überfallen. Die Angreifer bewarfen den Bus mit Pflastersteinen und durchbohrten die Hinterreifen. Von den Insassen wurde niemand verletzt. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von ca. 25.000 DM.

Am 19. September attackierten in Frankfurt (Oder) vier bis

fünf mutmaßliche Angehörige der linksextremistisch orientierten Szene einen Bundestags- und Kommunalwahlkandidaten der NPD, der mit weiteren ca. 20 Personen im Begriff war, zum NPD-Aufmarsch nach Rostock zu fahren. Die Täter schlugen und traten auf den Geschädigten ein und entwendeten sein Handy.

Auch bei bundesweiten Gegenaktionen anlässlich von Wahlkampfauftritten rechtsextremistischer Parteien waren Linksextremisten aus Brandenburg vertreten. Zu den "klassischen" Gewaltmitteln der autonomen Szene insbesondere im "antifaschistischen Kampf" gehört die "Reifenstecherei". In "INTERIM", Nr. 463 vom 12. November, wurden unter der Überschrift "ANTIFA-PANNENHILFE" Hinweise zum "Plätten" von Reifen an "Fascho"-Fahrzeugen veröffentlicht. Die Hinweise wurden befolgt.

Unbekannte Täter zerstachen Anfang November in Strausberg vier Reifen eines Omnibusses. Außerdem sprühten sie mit schwarzer Farbe "*Wer Nazis transportiert, wird ruiniert*" auf die Karosse.

Autonome gehen auch gegen bestimmte Formen der öffentlich geförderten Jugendarbeit vor. Sie beschuldigen Streetworker und Sozialarbeiter, die sich der sogenannten "akzeptierenden Jugendarbeit" widmen, Rechtsextremismus als jugendliche Unart zu dulden oder gar indirekt zu fördern. Unter dem Slogan "*Schluß mit der akzeptierenden Jugendarbeit mit rassistischen Jugendlichen*" greifen sie sogar zu Gewalt.

Anlässlich einer Antifa-Demonstration unter dem Motto "Grabt der 'Oase' das Wasser ab! Den faschistischen Strukturen in Königs Wusterhausen und anderswo entgegenzutreten!" am 17. Oktober in Königs Wusterhausen kam es zu Ausschreitungen. Nach Angriffen auf Polizeibeamte, von denen sechs leichte Verletzungen erlitten, wurden mehrere Personen in Gewahrsam genommen oder vorläufig festgenommen, darunter vier u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung.

Die Demonstration richtete sich gegen den Jugendclub "Oase" in Königs Wusterhausen, der sich nach Auffassung der Demonstrationsteilnehmer unter stillschweigender Duldung der Stadtverwaltung zu einem Treffpunkt rechtsextremistischer Jugendlicher entwickelt habe.

Autonome versuchen auch, friedliche Demonstrationen in gewalttätige Aktionen umzufunktionieren, um die Polizei zum Einschreiten zu provozieren und damit die Repressionsmechanismen des

“Schweinesystems” zu “entlarven”. Desweiteren gehen sie darauf aus, Jugendliche, die verständlicherweise etwas gegen rechtsextremistische Bestrebungen unternehmen wollen, in autonome Jugend-Antifa-Gruppen einzubinden und damit für linksextremistische Ziele zu vereinnahmen. In Brandenburg sind insbesondere die “Antifa Jugend-Aktion Potsdam”, die “Antifa-Jugend Eberswalde”, die “Antifa Jugend Brandenburg” (in Brandenburg a. d. H.) und die “Antifa Jugend Westhavelland” aktiv.

Alle genannten Gruppen haben enge Kontakte zur Berliner autonomen Szene, insbesondere zur “Antifaschistischen Aktion Berlin” (AAB), einer besonders militanten Mitgliedsgruppe der AA/BO.

Die Berliner Autonomen lassen den Brandenburger Gruppen sowohl ideologische als auch materielle Unterstützung zukommen. So betreibt zum Beispiel die “Antifa Jugend Brandenburg” seit September 1998 ein lokales Infotelefon, das derzeit aus einem Unteremntü beim “Antifa-Infotelefon Berlin” der AAB besteht.

Darüber hinaus hat die “Antifa Jugend Brandenburg” eine eigene Homepage im Internet, über die aktuelle Informationen zu Veranstaltungen der linksextremistischen Szene in Brandenburg aber auch in anderen Regionen Deutschlands abgerufen werden können.

Seit Jahren agitieren Autonome gegen die angeblich rassistische Asyl- und Flüchtlingspolitik Deutschlands, die “rassistischen Sondergesetze” sowie gegen die vermeintlich rassistische Einstellung großer Teile der Bevölkerung. Antirassistische Aktionen richten sich gegen Personen und Institutionen, die an der Gestaltung und Umsetzung der Asylpolitik beteiligt sind, gegen vermeintliche “Profiteure” der “Abschiebemaschinerie” und der Asylbewerberleistungsgesetze sowie gegen Abschiebehaftanstalten und -flughäfen.

In linksextremistischen Publikationen wurden wiederholt die Namen von im Land Brandenburg ansässigen Unternehmen als angebliche “Profiteure” genannt. Solche Auflistungen sind als “Zielvorgabe” für militante Aktionen zu werten. In Brandenburg ist es, im Gegensatz zu anderen Bundesländern und zum Vorjahr, 1998 allerdings zu keinen “antirassistisch” motivierten Gewalttaten gekommen.

Die bundesweite Demonstration am 3. Mai in Berlin unter dem Thema “Gegen neoliberale und rassistische Innenpolitik! Für den Kurzschluss im Herzen der Bestie!” wurde unter maßgeblicher Beteiligung von Potsdamer Linksextremisten organisiert. In einem Mobilisierungsflugblatt “Weg mit dem Prinzip Kant-

*“anti-
rassistische”
Gewalttaten*

*“Kampf
gegen die
Atommafia”*

her! Das System von innen angreifen“ heißt es dazu: *“Doch FaschistInnen und RassistInnen treiben ihr Unwesen nicht nur auf den Straßen (ost)-deutscher Kleinstädte ... Innenpolitisch werden Flüchtlinge und MigranInnen zur Verstärkung bereits vorhandener Rassismen als Sündenböcke mißbraucht.”*

Die Kampagne gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen Atommülltransporte gewann in den letzten Jahren eine herausragende Bedeutung für die Autonomen. Sie begreifen den “Kampf gegen die Atommafia” zugleich als “Kampf gegen das kapitalistische System”. Über das Vehikel “Anti-Castor-Aktionen” versuchen sie, Einfluss innerhalb der Protestbewegungen gegen die bisherige Atomindustriepolitik zu erlangen und diese für ihre Ziele zu instrumentalisieren: Der Widerstand gegen die Nutzung der Kernenergie



*Straftaten
gegen
Einrichtungen
der Deutschen
Bahn*

soll in ein allgemeines Widerstandspotential gegen das “System” transformiert werden.

Am 19./20.März fuhr der erste Castor-Transport in das Brennelementezwischenlager Ahaus. Im Vorfeld und im Verlauf des Transportes wurden zahlreiche Aktionen mit linksextremistischer Beteiligung, insbesondere Straftaten gegen Einrichtungen der Deutschen Bahn AG, registriert.

Mit Blick auf den Castor-Transport nach Ahaus fanden auch in Brandenburg einige themenbezogene Veranstaltungen statt. Plakate und

Flugblätter signalisierten die Bereitschaft, sich auch an unfriedlich angelegten Protestaktionen zu beteiligen und Straftaten billigend in Kauf zu nehmen. In der Potsdamer Szenezeitschrift "buratino" mobilisierte unter dem Pseudonym "klandestin" ein unbekannter Autor zum Widerstand gegen den Castor-Transport nach Ahaus: "*Sorgen wir dafür, daß ihnen nicht nur ein laues Lüftchen entgegenweht, sondern der Sturm der Entrüstung ihnen Tränen in die Augen schießen läßt.*" ("buratino" Nr. 10 vom März 1998)

Mit dem zunächst für das Jahr 1998 geplanten, dann aber verschobenen Transport abgebrannter Brennelemente aus dem stillgelegten Kernkraftwerk (KKW) Rheinsberg in das Zwischenlager Greifswald schien Brandenburg kurzfristig ein Aktionsfeld der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung werden zu können. So wurde auf der bundesweiten "Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung" vom 17. bis 19. April in Erfurt, an der sich auch Linksextremisten beteiligten, beschlossen, die "Atomtransporte" auch zukünftig zu einem Kampagnenschwerpunkt zu machen.

Seit März sollten monatlich in Rheinsberg sogenannte "Atomare Sonntagsspaziergänge" stattfinden. So schloss die in Berlin veranstaltete bundesweite "Anti-Atom-Herbstkonferenz" vom 16. bis 18. Oktober mit einem solchen "Sonntagsspaziergang" ab. Insgesamt war die Resonanz und Intensität der Aktionen in Rheinsberg, verglichen mit den Vorbildaktionen in Gorleben oder Ahaus, sehr verhalten. Dennoch gab es Zwischenfälle.

Anlässlich des "1. Atomaren Sonntagsspazierganges" am 15. März beschädigten unbekannte Täter das Bett des Anschlussgleises zum KKW Rheinsberg, indem sie auf einer Länge von 4 Metern Schottersteine entfernten.

Die Organisatoren der Sonntagsspaziergänge, unter ihnen auch Gruppen, die aus dem autonomen Spektrum stammen, sind bemüht, die klassischen autonomen Themenbereiche "Anti-AKW" und "Antifaschismus" miteinander zu verbinden. Damit will man, wie es in einem Flugblatt heißt, "*die bestehenden Trennungen in der undogmatischen autonomen Linken (...) überwinden*" (zit. nach: "IN-TERIM" Nr. 452 vom 11. Juni 1998).

Erneut wurden Anschläge unabhängig von bestimmten Kampagnedaten oder Aktionsorten verübt, wenn auch seltener als 1997.

*"Atomare
Sonntagsspaziergänge"*

Auf der Bahnstrecke Berlin-Dessau im Bereich Medewitz kam es am 31. März zum wiederholten Male zu einem gefährlichen Eingriff in den Bahnverkehr mittels Hakenkralle. In einem am Tatort aufgefundenen Selbstbeichtigungsschreiben rufen "Autonome Gruppen" unter der Parole "Für einen lebendigen und militanten Widerstand" auf: "Kampf der Atomindustrie auf allen Ebenen!".

Die kurz zuvor in Betrieb genommene Intercity-Express-Hochgeschwindigkeitsstrecke Berlin-Hannover war am 27. September Ziel eines Anschlages. Nahe Wustermark hängten Unbekannte zwei Hakenkrallen in die Oberleitungen. In einem in der "INTERIM" abgedruckten Selbstbeichtigungsschreiben forderten die Täter – sie nannten sich "Autonome Trappen" – die "Stilllegung aller AKW incl. herrschender Klasse!" (Nr. 460 vom 1. Oktober 1998)

Linksextremisten, insbesondere Autonome und Anarchisten, greifen seit etwa 1995 verstärkt das Thema "Gentechnik" auf. Im Gegensatz zu dem von nichtextremistischen Initiativen getragenen Protest bedienen sie sich dieser aktuellen Thematik, um ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu artikulieren und sie zur Begründung für militante Aktionen heranzuziehen.

Seit 1996 richten sich in Brandenburg friedliche Demonstrationen und "Protestspaziergänge", aber auch Anschläge gegen Freilandversuche mit genmanipulierten Pflanzen.

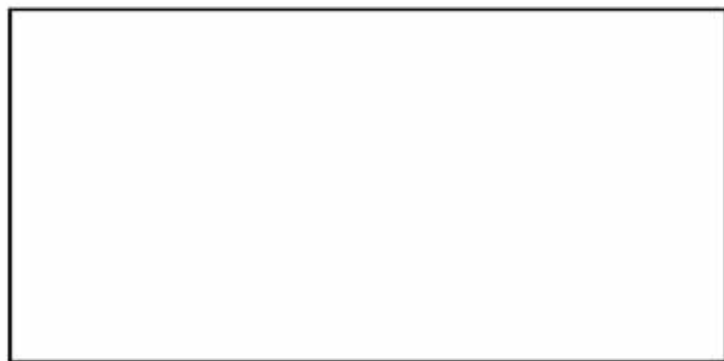
Wiederholt waren Versuchsfelder in Schönfeld Ziel des militanten Protestes. In der Nacht zum 11. Mai zerstörten unbekannte Täter auf einer Fläche von circa 100 Quadratmetern gentechnisch veränderte Rapspflanzen. Ein weiteres Feld konnte im Mai nur unter Polizeischutz bepflanzt werden.

Maßnahmen zur Stadtsanierung und innerstädtischen Strukturverbesserung werden von Autonomen als "Umstrukturierung" abgelehnt. Durch eine solche "Yuppiesierung" und "Milieuzerstörung" würden gesellschaftliche Randgruppen und sozial Schwache aus ihren angestammten Wohngebieten verdrängt. Doch anders als in den Vorjahren, in denen Häuseräumungen den Autonomen im Land Brandenburg Anlass für vielfältige, teilweise militante Aktionen boten, spielte dieses Thema 1998 eine nur untergeordnete Rolle.

Linksextremisten veranstalteten am 24./25. Mai in Leipzig die

“I. Weltfestspiele der HausbesetzerInnen”. Unter dem Motto “*Na klar besetzen wir Häuser!*” riefen sie dazu auf, einen “*Weltrekordversuch für das Guinness-Buch der Rekorde: Die meisten Hausbesetzungen in 24 Stunden*” aufzustellen. Der Einladung nach Leipzig folgten mehrere Brandenburger Linksextremisten.

Die Kampagne gegen die angebliche “Großmachtpolitik” der Bundesrepublik Deutschland kulminiert insbesondere in Aktionen ge-



gen die Feiern zum “Tag der Deutschen Einheit” am 3. Oktober, gegen militärische Veranstaltungen (Gelöbnisse, Vereidigungen, Großer Zapfenstreich, NATO-Tagungen) sowie gegen Veranstaltungen von Vertriebenenverbänden, da diese als Träger einer Expansionspolitik “gen Osten” angesehen werden.

Das Thema “Antimilitarismus” greifen Teile der autonomen Szene in Brandenburg auch sonst auf. Ihrer Ansicht nach dient das militärische Bedrohungspotential dem imperialistischen Staat dazu, seine Repressionsmacht nach innen wie nach außen zu erhalten und durchzusetzen. Mit dem Kampf gegen das Militär verbinden Linksextremisten deshalb den Kampf gegen den Staat und das bestehende Gesellschaftssystem.

Unter Beteiligung von Linksextremisten kommt es bei öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr häufig zu Störversuchen. Begründet werden sie mit der Behauptung, die Bundeswehr versuche, sich im öffentlichen Raum zu etablieren und so den Umbau zu einer in aller Welt einsetzbaren Interventionsarmee für die Bevölkerung akzeptabel zu machen. Dies gelte es zu verhindern.

Am 15. August versuchten Personen, die offensichtlich der autonomen Szene zuzurechnen sind, ein öffentliches Gelöb-

“Antimilitarismus”

nis der Bundeswehr in Wriezen mit Trillerpfeifen und lauten Zwischenrufen zu stören. Außerdem wurde von diesem Personenkreis ein Transparent mit der Aufschrift: *„Gelöbnisse sind keine Deichgrafenfeste stören statt schwören“* mitgeführt.

Parteien und sonstige Organisationen

Marxistisch-leninistische Parteien und ihre Nebenorganisationen

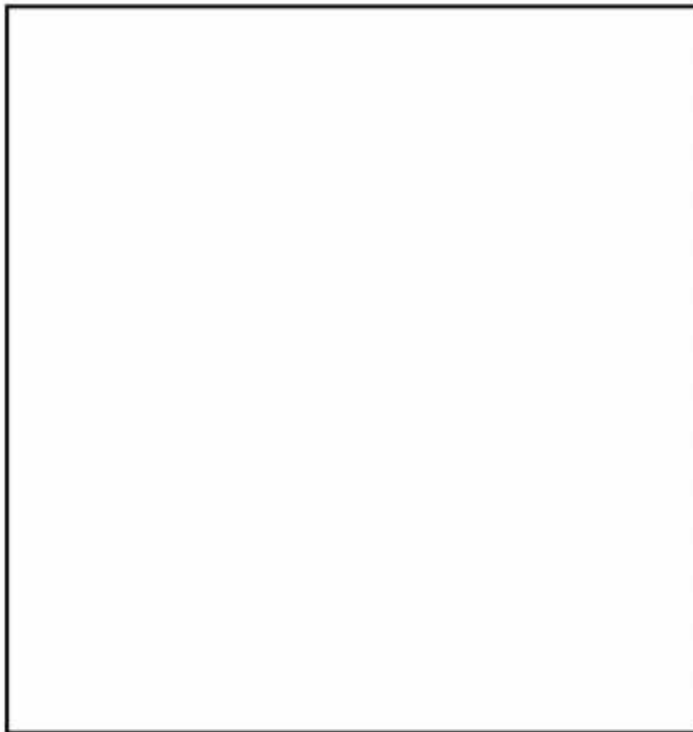
„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Gründungsjahr:	1968
Sitz:	Essen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
Studentenorganisation:	„Assoziation Marxistischer Studierender“ (AMS)
Mitglieder bundesweit:	6.500
Brandenburg:	60
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	„Unsere Zeit“

Brandenburger Publikationen: „Roter Brandenburger“ (DKP Bezirkszeitung Brandenburg)
„Das kleine Blatt“ (Zeitung der DKP Niederlausitz)

Als legale kommunistische Partei konstituierte sich – trotz des Fortbestehens des 1956 vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Verbotes der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) – im Jahre 1968 die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) in der alten Bundesrepublik. Sie hält weiterhin an den Prinzipien des orthodoxen Marxismus-Leninismus fest.

Nach dem Untergang der „Sozialistischen Einheitspartei Deutsch-



lands" (SED) und der "Sozialistischen Einheitspartei Westberlins" (SEW) sieht sich die DKP als die *"einzige unter den drei an Marx, Engels und Lenin orientierten großen Parteien, (...) die als kommunistische Partei des Klassenkampfes und des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus erhalten geblieben ist"* (Diskussionsrede der damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Brunhilde STEINIGER auf dem 14. Parteitag der DKP vom 22. bis 24. Mai in Hannover, zit. nach: "Roter Brandenburger", Nr. 7 vom 25. Juni 1998).

Die beschworene Traditionstreue konnte aber nicht verhindern, dass Kontroversen sowohl über die Bewertung des gescheiterten Sozialismus-Versuchs sowjetischer Prägung in der DDR als auch über Zukunftsstrategien (Bündnispolitik u. a.) in der DKP aufgebracht. Offenbar gibt es hierbei innerhalb der Partei erhebliche Ost-West-Spannungen. Sie kulminierten im Rücktritt der stellvertretenden Parteivorsitzenden STEINIGER im November 1998.

Ihren Schwerpunkt hat die DKP weiterhin in den westdeutschen Bundesländern. Nur etwa vier Prozent ihres Mitgliederbestandes

entfallen, trotz leichter Mitgliedergewinne, auf Ostdeutschland. Ihre finanzielle Krise – die durch den Verlust der Alimentation durch die SED ausgelöst worden war – hat die DKP dagegen noch nicht überwunden.

Die DKP wurde vom Bundeswahlleiter zur Bundestagswahl zugelassen, verzichtete jedoch auf die Aufstellung von Landeslisten und trat lediglich in einzelnen Wahlkreisen mit Direktkandidaten an. Auf dem 14. Parteitag wurde die eigene Anhängerschaft aufgerufen, mit der Zweitstimme die "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) zu wählen, gleichzeitig wurde jedoch die Politik der PDS deutlich kritisiert.

In Brandenburg hat sich die DKP sowohl organisatorisch als auch personell auf einem geringen Niveau stabilisiert. Seit November 1997 besteht eine eigene Bezirksorganisation Brandenburg, die für die monatlich erscheinende Bezirkszeitung "Roter Brandenburger" verantwortlich zeichnet. DKP-Gruppen sind u. a. in Frankfurt (Oder), Potsdam, Strausberg und in der Niederlausitz aktiv. Weiterhin trat die DKP mit öffentlichen Versammlungen und mit Infoständen in Erscheinung.

Über eine Zusammenarbeit mit anderen linksextremistischen Parteien, darunter der KPD, aber auch mit Gewerkschaften, Verbänden sowie durch Mitarbeit in Bündnissen und Initiativen versucht die Partei ihr politisches Gewicht zu erhöhen.

Mit dem 1997 gegründeten Studentenverband "Assoziation Marxistischer Studierender" (AMS) will die DKP die Verjüngung ihres

*"Assoziation
Marxistischer
Studierender"*

*Der SDAJ
im Internet*

Kaders fördern.

Im Land Brandenburg sind, wie in den Vorjahren, keine Aktivitäten der "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ) bekanntgeworden.

"Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD)

Gründungsjahr:	1990
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Mitglieder bundesweit:	200
Brandenburg:	15

für Brandenburg relevante überregionale Publikation: "Die Rote Fahne"

Die KPD ist noch in der DDR von ehemaligen SED-Mitgliedern gegründet worden. Sie wird gelegentlich als KPD/Ost bezeichnet; damit unterscheidet man sie von der als KPD auftretenden Kleinstgruppe in Westdeutschland, die aus der ehemaligen "Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)" hervorgegangen ist. Die KPD agiert auch heute noch fast ausschließlich in den ostdeutschen Bundesländern. In Brandenburg ist sie u. a. in Frankfurt (Oder) und Potsdam präsent.

Die KPD versteht sich als rechtmäßige Nachfolgerin der KPD Liebknechts, Thälmanns und Piecks. Nach eigenem Verständnis lässt sich die Partei in ihrer wissenschaftlich-kommunistischen Politik von der Reinheit und Einheit des Marxismus-Leninismus leiten und hält an ihrer revolutionären Programmatik fest.

Da auch aus Sicht der KPD ein revolutionärer Durchbruch demnächst nicht zu erwarten ist, bemüht sie sich zunächst, die Einheit aller kommunistischen Kräfte in Deutschland zu erreichen. Damit ist sie, wegen schwer überbrückbarer ideologischer Differenzen zwischen den Beteiligten, bisher gescheitert. Zwar bestehen Kontakte zu anderen marxistischen Parteien und Vereinigungen, u. a. zur DKP und zum "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (AB), ein Bündnis ist jedoch nicht zustande gekommen.

Dies liegt nicht zuletzt auch daran, dass die KPD selbst von internen Auseinandersetzungen geschwächt wird und damit ihre Handlungsfähigkeit beeinträchtigt ist.

Die KPD wurde vom Bundeswahlausschuss nicht zur Bundestagswahl zugelassen, da sie nicht die ausreichende Anzahl von Unterstützerunterschriften erreichte.

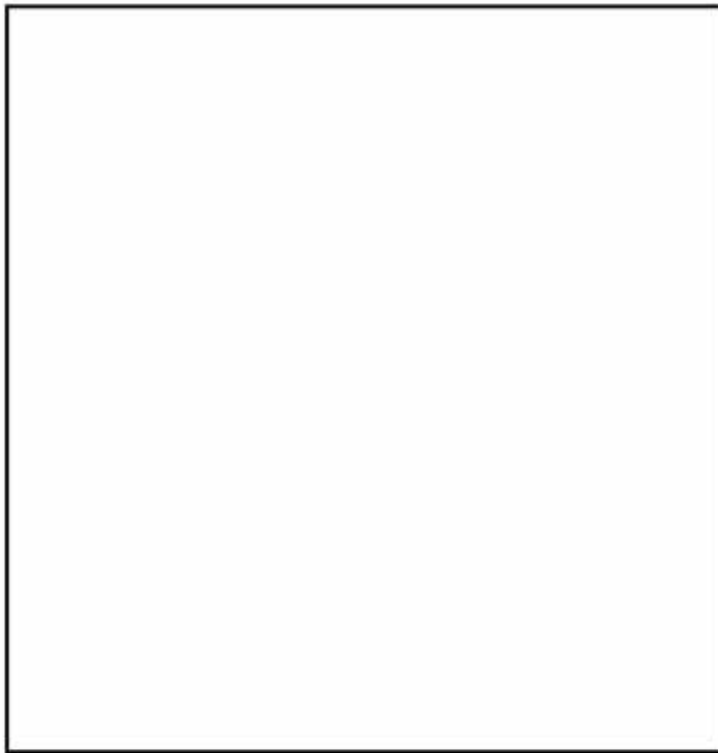
“Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands” (MLPD)

Gründungsjahr:	1982
Sitz:	Essen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	“Rebell”
Frauenorganisation:	“Courage”
Mitglieder bundesweit:	unter 2.500
Brandenburg:	50
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	“Rote Fahne”

Die “Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands” (MLPD) entstand aus dem 1972 gegründeten “Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands” (KABD). Die Partei bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong. Ihre Ziele sind der *“revolutionäre Sturz des Monopolkapitalismus”* und die *“Errichtung der Diktatur des Proletariats”*.

Wegen ihrer ideologischen Ausrichtung ist die MLPD innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitestgehend isoliert. Gleichwohl versucht sie, nach dem “Volksfront”-Konzept der kommunistischen Bündnisstrategie Partner für Aktionen im linksextremistischen Spektrum und darüber hinaus zu finden. Aktionsbündnisse gibt es zumeist nur dort, wo die Partei über ihre Nebenorganisationen auftritt.

Nach wie vor ist die MLPD um den Aufbau der Parteiorganisation in den ostdeutschen Ländern bemüht. MLPD-Gruppen in Westdeutschland haben “Patenschaften” für ostdeutsche Städte übernommen und dort Initiativgruppen ins Leben gerufen, erfahrene MLPD-Kader sind auf Weisung ihrer Parteiführung in ostdeutsche Bundes-



MLPD-Plakate

länder übergesiedelt, so auch nach Brandenburg. Gefestigte Strukturen haben sich daraus noch kaum entwickelt.

Da sich die MLPD als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse versteht, ruft sie ihre Parteimitglieder auf, sich in ihrem Betrieb einer Gewerkschaft anzuschließen und deren Arbeit im Sinne der Parteidoktrin zu beeinflussen.

Die MLPD trat zur Bundestagswahl mit vier Landeslisten und einzelnen Direktkandidaten an. Als Wahlziel bezeichnete der Parteivorsitzende Stefan ENGEL u. a. *“die Durchbrechung der relativen Isolation der MLPD”* sowie *“eine erhebliche mitgliedermäßige und finanzpolitische Stärkung”* (Interview mit der Parteizeitung *“Rote Fahne”*, Nr. 13 vom 27. März). Wie zur Bundestagswahl 1994 erreichte die Partei erneut nur 0,0 Prozent der Stimmen.

Zur Unterstützung des Wahlkampfes in den *“Aufbaugebieten Ostdeutschlands”* fanden sogenannte einwöchige *“Aktionscamps”* statt. Für Anfang August 1998 war eine derartige Aktionswoche auch in Eisenhüttenstadt geplant. In Eisenhüttenstadt trat eine MLPD-Di-

rektkandidatin zur Bundestagswahl an.

Die Jugendorganisation "Rebell" sowie die Frauenorganisation "Courage" konnten in Brandenburg einzelne Mitglieder gewinnen. Die Vorfeldorganisation "Solidarität International" (SI) ist in Brandenburg nicht mit Kontaktadressen bzw. Ortsgruppen vertreten.

"Rote Hilfe e.V." (RH)

Gründungsjahr:	1975
Sitz:	Kiel
In Brandenburg aktiv seit:	1995
Mitglieder bundesweit:	3.000
Brandenburg:	40
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	"Die Rote Hilfe"

Der Verein "Rote Hilfe e.V." (RH) beschreibt sich selbst wie folgt: *"Die Rote Hilfe ist eine parteien- und strömungsunabhängige linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. (...) Wir organisieren nach unseren Möglichkeiten die Solidarität für alle diejenigen Linken, die aufgrund ihrer politischen Betätigung in der BRD verfolgt werden. Wir sorgen für Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung über Repression gegen finanzielle Unterstützung bei Gerichts- und Rechtsanwaltskosten."* (zit. nach: Internet-Homepage der Roten Hilfe e.V., Ortsgruppe Berlin).

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift "Die Rote Hilfe" bemüht sich darum, die Anliegen inhaftierter Straftäter, die sich in Deutschland oder auch im Ausland politisch motivierter Delikte schuldig gemacht haben, einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie setzt sich für die Entlassung dieser Haftgefangenen ein und wirbt für deren Unterstützung.

Die RH ist auch in Brandenburg aktiv, der Vereinsaufbau ist aber noch nicht abgeschlossen. Kontaktadressen bestehen in Frankfurt (Oder), Potsdam, Rathenow und Senftenberg.

Trotzkisten

Bundesweit beläuft sich die Mitgliederzahl aller trotzkistischen Grüppchen nur auf einige hundert. Charakteristisch für trotzkistische Organisationen ist die Tendenz zu Abspaltungen, Fraktionierungen oder Umbenennungen. Ihre öffentliche Ausstrahlung ist gering. Bisher erfolglos geblieben sind auch die Versuche, mittels der Methode des Entrismus andere – auch demokratische – Organisationen oder Bewegungen zu unterwandern.

Die "Partei für Soziale Gleichheit" (PSG) – sie entstand im Jahre 1997 durch Umbenennung des "Bundes Sozialistischer Arbeiter" (BSA) – beabsichtigte zunächst, an den Bundestagswahlen mit einer Landesliste in Brandenburg teilzunehmen. Die erforderlichen Unterlagen wurden jedoch nicht bis zum Stichtag beim Landeswahlleiter eingereicht. Sonstige Aktivitäten der PSG in Brandenburg sind nur vereinzelt festgestellt worden.

Anarchisten

Traditionell anarchistisch orientierte Gruppen sind weiterhin ohne erkennbaren Einfluss. Allerdings gelingt es ihnen mit ihrer Agitation, in der linksextremistisch orientierten Jugendszene eine gewisse Resonanz zu wecken. Dies zeigt sich insbesondere bei Kampagnen, deren Aktionen maßgeblich von Autonomen getragen, von Anarchisten aber theoretisch und propagandistisch unterstützt werden. Dabei beschränken sich die letzteren in der Regel auf die Herausgabe diverser Schriften und Flugblätter.

Wesentliches Aktionsfeld sogenannter gewaltfreier Anarchisten sind die Kampagnen gegen die Gentechnik und gegen die Kernkraft sowie die Antimilitarismus-Kampagne.

In der "Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen" (FöGA) sind anarchistische Gruppen und Einzelpersonen aus der "Graswurzelbewegung" zusammengeschlossen, deren publizistisches Organ die monatlich erscheinende Zeitschrift "graswurzelrevolution" ist. Kontaktadressen gewaltfreier Anarchisten existieren auch im Land Brandenburg.

"Graswurzel" streben eine föderalistische, basisdemokratische Gesellschaft mit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung an, in der alle Formen von Gewalt und Herrschaft abgeschafft sein sollen. Das Ziel der tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung soll durch eine "gewaltfreie Revolution" erreicht werden.

In Selbstdarstellungen propagieren sie stets "Gewaltfreiheit". Der

*“Freie Arbeiter-
Innen Union”*

Begriff erfährt hier jedoch eine eigenwillige Definition dadurch, dass Gewalt gegen Sachen in Form von Beschädigungen, Sabotagehandlungen und Zerstörungen ausdrücklich in die Konzeption gewaltfreien Handelns einbezogen wird. In “gewaltfreien Aktionsgruppen” und “Trainingskollektiven” werden Formen des “zivilen Ungehorsams” bzw. “gewaltfreie” Widerstandsformen wie Blockaden, massenhafter Bruch von Gesetzen, Sabotageakte eingeübt. Im Gegensatz zu Autonomen lehnen “Graswurzler” allerdings Gewalt gegen Menschen ab. Hieran wird deutlich, dass diese beiden links-extremistischen Strömungen trotz partieller Übereinstimmung unterschiedlichen Vorstellungen folgen.

Seit 1996 publiziert die “graswurzelrevolution” themenbezogene Artikel und aktualisierte Übersichtskarten, auf denen gentechnische Versuchsanlagen eingetragen sind. Die Veröffentlichungen fordern kaum verhohlen zu weiteren Zerstörungen gentechnischer Versuchsanlagen auf (“öffentliche Ernteaaktionen”). Mit dem Widerstand sei beabsichtigt, die “politischen Kosten” so weit in die Höhe zu trei-

*Die Zeitung
“graswurzel
revolution”
im Internet*



ben, bis die Gentechnik für die Industrie und den Staat nicht mehr tragbar sei.

Die anarcho-syndikalistische Kleinstorganisation "Freie ArbeiterInnen Union" (FAU-IAA) konnte in Brandenburg eine geringe Anzahl von Mitgliedern und Sympathisanten gewinnen und verfügt über Orts- bzw. Kontaktgruppen im Land. Die FAU-IAA will durch revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sowie durch "direkte Aktionen" wie Besetzungen, Boykotts und Streiks auf eine staats- und klassenlose Ordnung hinarbeiten.

Ausblick

Auch wenn die Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten abgenommen hat – friedfertig ist die autonome Szene keineswegs geworden. Die Gewalt kann jederzeit wieder anschwellen, sobald die Autonomen neue Themen, die in Politik und Öffentlichkeit konträr diskutiert werden, für eigene Kampagnen aufgreifen. Die ersten Monate des Jahres 1999 bestätigen dies (militante Aktionen richteten sich gegen die Unterschriftensammlung der Unionsparteien zur Ausländerpolitik).

Die Autonomen reagieren immer wieder auf aktuelle Konfliktfelder, um möglichst viele Menschen mit ihren Themen anzusprechen und für gemeinsame Aktionen zu mobilisieren. Anlässe für brisante Kampagnen könnten künftig der Umzug von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin oder die Weltausstellung "EXPO 2000" in Hannover sein.

Die autonome Szene in Brandenburg wird insbesondere den Wahlkampf tatsächlicher oder vermeintlicher rechtsextremistischer Parteien vor den Landtagswahlen 1999 zu stören versuchen. Denn bei allen sonstigen Schwerpunktverlagerungen: Der "antifaschistische" Kampf bleibt für autonome Gewalttäter eine tragende Konstante.

Trotzdem wird die autonome Bewegung keinen neuen Schwung gewinnen. Denn kein Aktionismus vermag die in ihr sich ausbreitenden Selbstzweifel zu übertönen.

Bei den Wahlen im Jahre 1999 werden linksextremistische Parteien wieder nur eine Außenseiterrolle spielen.

Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen

(z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Brandenburg	
	1997	1998	1997	1998
Autonome	mehr als 6.000	mehr als 6.000	340	340
Anarchisten	wenige Hundert	wenige Hundert	30	30
DKP	6.200	6.500	60	60
KPD	200	200	20	15
MLPD	2.500	unter 2.500	50	50

Die Zahl der Angehörigen autonomer Gruppen wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

- a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
- b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
- c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
- d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

Linksextremistisch motivierte Straftaten im Land Brandenburg

	1996	1997	1998
Körperverletzung	10	20	7
Brandstiftung	0	1	0
Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch	12	17	2
Sachbeschädigung	13	21	9
sonstige	33	22	5
gesamt	68	81	23
davon Gewaltstraftaten*	36	44	8

Die vorgelegte Statistik beruht auf Zahlenangaben des LKA; die Verfassungsschutzabteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg führt keine eigene Straftatenstatistik.

- * Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung und Störungen der Totenruhe werden nicht als Gewaltstraftaten mitgezählt.

3. AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Aktuelle Entwicklung

Die in Deutschland tätigen extremistischen Ausländerorganisationen repräsentieren linksextremistische, nationalistisch-extremistische und islamistische Richtungen in mannigfacher Schattierung. Die Anstöße für ihre Aktivitäten beziehen diese Organisationen häufig aus der Situation und den aktuellen politischen Entwicklungen in ihren Herkunftsgebieten. Maßgebend sind für sie allein die eigenen, vielfach rigiden Vorstellungen von – ihrer Meinung nach – notwendigen politischen Veränderungen, die sie gegebenenfalls auch unter Anwendung von Gewalt vertreten und durchzusetzen suchen. Aus ihren in der Regel autoritären Binnenstrukturen erklärt es sich, dass Abweichler und Abtrünnige, selbst ganze Gruppen von Abspaltern, unnachgiebig verfolgt werden. In manchen Organisationen brechen sogar bewaffnete Auseinandersetzungen aus, die Todesopfer fordern.

In Brandenburg haben extremistische Ausländerorganisationen noch immer keine durchgebildeten Strukturen mit fest umrissenen Zuständigkeiten und Befugnissen aufgebaut, wie sie in westlichen Bundesländern bekannt sind. Nach offensichtlich gescheiterten Versuchen in den vergangenen Jahren unternehmen sie nunmehr erneute Anläufe. Bisher sind diese Organisationen, sogar die mitgliederstärksten, im Land Brandenburg nur mit Einzelmitgliedern präsent, deren Zahl mit der Zuwanderung von Ausländern allerdings stetig steigt. Ihre hier bereits ansässigen Anhänger beteiligen sich aber an Aktivitäten größeren Ausmaßes, die außerhalb des Landesgebietes eingeleitet und gelenkt werden.

Linksextremistische und nationalistisch-extremistische Organisationen

“Arbeiterpartei Kurdistans” (PKK)

Gründung:	1978 (in der Türkei)
Sitz:	Damaskus (bis Oktober 1998)
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Publikation:	“Serxwebun” (Unabhängigkeit)
Anhänger bundesweit:	11.000
internationale Teilorganisation:	“Nationale Befreiungsfront Kurdistans” (ERNK)
Betätigungsverbot für PKK und ERNK in Deutschland seit:	26. November 1993

Die mitgliederstärkste unter den linksextremistischen Ausländerorganisationen ist die “Arbeiterpartei Kurdistans” (PKK). Die straff organisierte, ursprünglich marxistisch-leninistisch ausgerichtete Kaderpartei hat sich unter der Führung des Generalvorsitzenden Abdullah ÖCALAN zunehmend nationalistischen Vorstellungen zugeneigt. Gegenüber anderen kurdischen Gruppierungen erhebt sie den Anspruch, als einzige Organisation die politischen Interessen der Kurden authentisch und wirksam zu vertreten. Die Lösung des Kurdenproblems will sie durch Erfolge ihrer in der Südosttürkei operierenden Guerilla-Armee und durch öffentlichkeitswirksame Aktionen im Ausland voranbringen.

Weil sie mit terroristischen Mitteln versucht hatte, Druck auf die Bundesrepublik Deutschland auszuüben und damit eine Änderung der türkischen Haltung zum Kurdenkonflikt zu erreichen, wurde ihr im November 1993 jede weitere Betätigung in Deutschland verboten.

Von der Notwendigkeit einer taktischen Kursänderung überzeugt, schwor ÖCALAN im Mai 1996 öffentlich dem Terror in Deutschland ab und präsentierte die PKK fortan als friedfertige “Befreiungsbewegung” und als Partnerin für politische Gespräche. Strafta-

ten, die der PKK zuzurechnen sind, gingen seither erheblich zurück.

Die PKK gab diese friedliche Linie auch nicht auf, als Ereignisse in den letzten Monaten des Jahres 1998 für erhebliche Unruhe in ihren Reihen sorgten. Nachdem das türkisch-syrische Abkommen vom 20. Oktober der PKK-Präsenz in Syrien und auf syrisch kontrolliertem Territorium ein Ende gesetzt hatte, verließ ÖCALAN das PKK-Hauptquartier nahe Damaskus und wurde – aus Moskau kommend – am 12. November in Rom verhaftet.

Dem vehement vorgetragenen türkischen Verlangen, ÖCALAN auszuliefern, konnte Italien aus Verfassungsgründen – in der Türkei besteht noch die Todesstrafe – nicht stattgeben. Die Bundesregierung ihrerseits verzichtete “im Interesse der Wahrung des Rechtsfriedens” auf einen – wegen des bestehenden deutschen Haftbefehls möglichen – Auslieferungsantrag. Denn es war zu befürchten, dass ÖCALANs Überstellung nach Deutschland entgegen der von der PKK-Führung verfolgten Friedenslinie gewalttätige Aktionen größeren Ausmaßes hätte auslösen können. So verliefen die in dieser gespannten Situation sprunghaft gestiegenen, bundesweiten Aktionen der PKK bis auf einzelne Ausnahmen auch durchweg friedlich. An Demonstrationen in Rom selbst, für die in ganz Europa mobilisiert wurde, nahm auch eine kleine Zahl brandenburgischer PKK-Anhänger teil.

Die Situation änderte sich jedoch schlagartig, als ÖCALAN am 16. Februar 1999 von Nairobi, wohin er auf der vergeblichen Suche nach einem aufnahmebereiten Staat gelangt war, in die Türkei gebracht wurde. In kürzester Zeit kehrten seine Anhänger europaweit zu alten gewalttätigen Verhaltensmustern zurück, um ihrer Enttäuschung über den gemutmaßten Anteil politischer Entscheidungen sowie geheimdienstlicher Operationen an ÖCALANs Überstellung Luft zu machen. Neben zum Teil gewalttätigen Demonstrationen und Kundgebungen kam es im gesamten Bundesgebiet zu einer Vielzahl von Besetzungen ausländischer diplomatischer Vertretungen sowie zu Anschlägen gegen türkische Vereine, Reisebüros und sonstige gewerbliche Einrichtungen, in deren Verlauf Geiselnahmen und erhebliche Sachbeschädigungen verübt wurden. Bei dem Versuch, das israelische Generalkonsulat in Berlin zu besetzen, wurden am 17. Februar 1999 drei Kurden von israelischen Sicherheitskräften erschossen; ein vierter erlag wenige Tage später seinen Ver-

letzungen. 24 Polizeibeamte wurden bei dem Versuch, das Gebäude zu schützen, von PKK-Extremisten verletzt.

Somit hat sich die Gesamtsituation der PKK erheblich verändert. Ihre Zukunft wird maßgeblich von der nunmehr empfindlichen Einschränkung ihres Aktionsraums bestimmt sein. Abzuwarten bleibt weiterhin, wie sich das vom autokratisch schaltenden ÖCALAN hinterlassene Machtvakuum auf die Strukturen, die Handlungsfähigkeit und die Strategie der Partei auswirkt.

In die alljährlichen bundesweiten Spendenkampagnen der PKK werden zunehmend auch in Brandenburg wohnhafte PKK-Anhänger eingebunden. Das Eintreiben der Gelder geht wegen des großen Finanzbedarfs der Partei oft mit Erpressungsversuchen einher, deren bekannt gewordene Zahl 1998 im Land Brandenburg erheblich gestiegen ist. Vor dem Landgericht Potsdam wurden zwei Fälle aus früheren Jahren verhandelt:

Am 15. September wurden zwei türkische Staatsangehörige aus Berlin zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr 9 Monaten bzw. zu einer Jugendstrafe von 1 Jahr 6 Monaten verurteilt – jeweils ausgesetzt zur Bewährung. Sie hatten im November 1996 in Letschin unter massiver Gewaltandrohung versucht, von mehreren Landsleuten namhafte Beträge für die PKK zu erlangen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Auf je 2 Jahre 6 Monate Haft lautete am 30. Juni das Urteil gegen zwei türkische Staatsangehörige wegen räuberischer Erpressung und schwerer Körperverletzung. Im Oktober 1997 hatten sie und drei unbekannte Mittäter in Brandenburg a. d. H. einen Landsmann unter der Anschuldigung, er habe seinen fälligen Monatsbeitrag für die PKK noch nicht beglichen, zusammengeschlagen und gefährlich verletzt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Die Geldbeschaffung mit kriminellen Mitteln ist bei allen linksextremistischen Ausländerorganisationen, auch den beiden nunmehr verbotenen Flügeln der ehemaligen "Devrimci Sol", nach wie vor bundesweit gängige Praxis. Die tatsächliche Zahl solcher Rechtsbrüche übersteigt jedoch die der bekanntgewordenen Fälle mit Sicherheit bei weitem, denn Angst vor den üblichen Repressalien lässt die Opfer meist auf Anzeigen verzichten.

“Devrimci Sol” (Revolutionäre Linke)

“Devrimci Sol” (Revolutionäre Linke)

Gründung: 1978 (in der Türkei)

Sitz: Türkei

Anhänger bundesweit: 1.300

**Betätigungsverbot
in Deutschland seit:** 9. Februar 1983

Spaltung 1994 in: “Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front”
(DHKP-C)

Publikation “Halk İcin Kurtulus”
(Befreiung für das Volk)

in Deutschland verboten seit 13. 8. 1998

und

“Türkische Volksbefreiungspartei/-front -
Revolutionäre Linke” (THKP/-C-Devrimci Sol)

Publikation “Devrimci Cözüm”
(Revolutionäre Lösung)

Betätigungsverbot in Deutschland seit

13.8.1998

Die Spaltung war das Ergebnis von Streitigkeiten um die Person des “Devrimci Sol”-Führers Dursun KARATAS, der jetzt den größeren und aktiveren Flügel, die “Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front” (DHKP-C), leitet.

Seit Jahren werden die Auseinandersetzungen zwischen den beiden verfeindeten Flügeln der linksextremistischen türkischen “Devrimci Sol” sehr oft auch mit Waffengewalt ausgetragen.

Am 29. Januar kam es in Hamburg erneut zu einem Schusswechsel zwischen vier DHKP-C-Anhängern und fünf

Gefolgsleuten des 1993 von türkischen Sicherheitskräften erschossenen Partei-Dissidenten Bedri YAGAN, dessen Gruppierung unter der Bezeichnung "Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke" (THKP/-C – Devrimci Sol) auftritt. Dabei wurden zwei KARATAS-Anhänger lebensgefährlich verletzt. Vor dem Oberlandesgericht Hamburg hat der Generalbundesanwalt Anklage gegen drei Angehörige der THKP-C – Devrimci Sol u. a. wegen versuchten Mordes und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung erhoben. Ermittlungen des Generalbundesanwalts wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung laufen gegen Funktionäre der DHKP-C seit Juni 1995 und gegen Angehörige des YAGAN-Flügels seit April 1996.

Die Verbote gegen die beiden aus der "Devrimci Sol" hervorgegangenen Gruppierungen wurden u. a. damit begründet, dass die Aktivitäten beider Organisationen gegen deutsche Strafgesetze verstoßen und die innere Sicherheit und öffentliche Ordnung Deutschlands gefährden. Offensichtlich trug diese Entscheidung dazu bei, dass 1998 die Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem ausländerextremistischen Hintergrund erheblich zurückgegangen sind.

Extremistische Sikh-Gruppen wie die "International Sikh Youth Foundation" (ISYF) und die "Babbar Khalsa International" (BK) führen in Deutschland Geldsammlungen zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes in Indien durch. Damit unterstützen sie im indischen Punjab kämpfende terroristische Sikh-Gruppen wie das "Khalistan Commando Force" (KCF).

Die "Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) kämpfen mit Gewalt für die Errichtung eines unabhängigen Tamilenstaates im Nordosten von Sri Lanka. Ihre Anhänger in Deutschland sammeln auch mit erpresserischen Methoden von in Deutschland lebenden Landsleuten Spendengelder ein, die der Unterstützung des sogenannten Befreiungskampfes dienen.

Islamistisch-extremistische Organisationen

Eine nicht geringe Zahl extremistischer Ausländergruppierungen entwickelt ihre Ideologie aus einer einseitigen, mit strikten politischen Zielvorstellungen verbundenen Auslegung des Islams, die sie zum Konzept eines islamischen Gottesstaates führt. Sie propagieren eine vorgeblich auf der wahren islamischen Tradition beruhen-

“Muslimbruderschaft”

de Gesellschaftsordnung, die demokratische Freiheiten und grundlegende Menschenrechte mindestens teilweise negiert, und suchen ihren Absolutheitsanspruch mit Intoleranz durchzusetzen. Einige bedienen sich sogar terroristischer Mittel und nehmen bedenkenlos eine Vielzahl von Opfern in Kauf. Alle islamistischen Gruppierungen in Deutschland lehnen eine vollständige Integration von Muslimen in die demokratische Gesellschaft ab. Damit stellen sie letztlich das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher sozialer Gruppen in Frage.

HAMAS

1928 in Ägypten gegründet, stellt die “Muslimbruderschaft” (MB) die Keimzelle aller islamistischen Gruppen dar; sie hat sich mit regionalen Gruppen in nahezu alle arabischen Staaten und Länder

verbreitet und agiert inzwischen weltweit.

Die sunnitisch-extremistische HAMAS ("Islamische Widerstandsbewegung") entwickelte sich aus dem palästinensischen Zweig der MB und ist in deren regionales und weltweites Unterstützernetz eingebunden. Sie trat mit dem Beginn der Intifada (Aufstand der palästinensischen Jugend) im Dezember 1987 öffentlich in Erscheinung. Die HAMAS fordert die völlige Vernichtung Israels und die Errichtung eines islamistischen palästinensischen Staates. Sie bestreitet den Alleinvertretungsanspruch der von ARAFAT geführten "Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO) und ist für eine Vielzahl von Anschlägen verantwortlich.

Als Vertreterin der HAMAS in Deutschland versteht sich der "Islamische Bund Palästina" (IBP), der 1981 von Angehörigen der "Muslimbruderschaft" gegründet wurde. Die im IBP organisierten HAMAS-Anhänger konzentrieren sich im Bundesgebiet auf eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere auf die Verbreitung von Propagandamaterial. Auf seinen Veranstaltungen bekräftigt der IBP seine ablehnende Haltung zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess und fordert eine Fortsetzung der Intifada.

Der algerische Zweig der MB ist die 1989 gegründete "Islamische Heilsfront" (Front Islamique du Salut - FIS). Sie will das gegenwärtige Regime in Algerien beseitigen und einen islamischen Staat errichten. Als sich 1991 ein Wahlsieg für die FIS abzeichnete, wurden die Wahlen von der Regierung annulliert und die FIS verboten. Während die Guerilla-Einheiten der FIS (Armée Islamique du Salut - AIS) derzeit einen Waffenstillstand einhalten, setzt die aus der FIS hervorgegangene "Bewaffnete Islamische Gruppe" (Groupe Islamique Armé - GIA) den Bürgerkrieg mit grausamen Massakern an der Bevölkerung fort. Die algerischen Islamisten in Deutschland treffen sich zu internen und regionalen Veranstaltungen und betreiben den Kampf gegen die algerische Regierung mit propagandistischen Angriffen und logistischer Unterstützung der bewaffneten Gruppierungen.

Die schiitische "Hizb Allah" ("Partei Gottes") wurde 1982 mit iranischer Unterstützung im Libanon gegründet. Sie kämpft gegen israelische und jüdische Ziele weltweit und strebt die Errichtung eines islamischen Staates im Libanon nach iranischem Vorbild an. Seit 1983 ist die Organisation für zahlreiche Terroranschläge im Libanon und im Ausland verantwortlich. In Deutschland beschrän-

*"Islamische
Heilsfront"*

"Hizb Allah"

ken sich die Aktivitäten der “Hizb Allah” vor allem auf interne, zumeist regionale Treffen und Informationsveranstaltungen.

Ungefähr 150 ihrer Anhänger befanden sich unter den 1500 Angehörigen islamistischer Organisationen, die sich am 24. Januar in Berlin zur alljährlichen Demonstration anlässlich des Ghods-Tages (“Jerusalem-Tag”) versammelten. Sprechchöre und Transparente forderten die *“Befreiung Jerusalems vom zionistischen Besatzerregime”*. Die 1979 vom iranischen Revolutionsführer Khomeini ins Leben gerufene, organisationsübergreifende Veranstaltung soll an *“die fortdauernde Besetzung des Landes Palästina und der heiligen Al-Aksa-Moschee in Jerusalem erinnern”*.

In der militantesten türkischen islamischen Organisation, dem “Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.” (ICCB) in Köln, der jetzt unter der Bezeichnung “Der Kalifatstaat” (Hilafet Devleti) auftritt, sind nach dem Tod ihres Begründers Cemalettin KAPLAN erbitterte Nachfolgekämpfe ausgebrochen. Im Mai 1997 erschossen bisher unbekannte Personen den Anführer eines Flügels, der KAPLANs Sohn Metin nicht als neuen Leiter anerkannt und sich selbst zum “Kalifen” ernannt hatte. In diesem Zusammenhang verurteilte das Amtsgericht Augsburg den Prediger und bayerischen Gebietsverantwortlichen des “Kalifatstaats”, Hasan PALA, am 16. März zu drei Jahren Haft; in der Berufungsverhandlung reduzierte das Landgericht Augsburg das Strafmaß am 26. Januar 1999 um ein Jahr. PALA hatte im Juli 1996 während des Freitagsgebets in einer Augsburger Moschee öffentlich zur Tötung des abtrünnigen Ibrahim SOFU aufgerufen.

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts gegen KAPLAN u. a. wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und des gemeinschaftlich begangenen Mordes fanden wiederholt Durchsuchungen in Einrichtungen der Organisation statt. Diese nahm KAPLAN zum Anlass, mit gesteigerter Aggressivität gegen die laizistische Staatsordnung in der Türkei zu agitieren und deutschen Sicherheitsbehörden Vergeltung anzudrohen.

Im September und erneut im November verhängte das Ausländeramt der Stadt Köln Zwangsgelder gegen ihn wegen Verstoßes gegen ein – inzwischen rechtskräftiges – politisches Betätigungsverbot vom August 1996. Dieses hatte ihm untersagt, öffentlich zum Sturz der in der Türkei bestehenden Rechtsordnung aufzurufen, eine demokratische Staatsform zu diffamieren und für einen islamischen

Staat einzutreten. Unter Androhung weiterer Zwangsgelder wurde ihm die politische Betätigung auch insoweit untersagt, als außenpolitische Interessen oder völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland berührt werden. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen die Führung des "Kalifatstaats" nunmehr auch wegen des Verdachts der Vorbereitung von Anschlägen auf Einrichtungen in der Türkei. Am 27. Oktober hatten türkische Sicherheitskräfte 23 Anhänger des "Kalifatstaats" unter dem Verdacht verhaftet, für den türkischen Nationalfeiertag am 29. Oktober Anschläge auf eine Moschee in Istanbul und auf das Atatürk-Mausoleum in Ankara geplant zu haben.

Im Gegensatz zur KAPLAN-Gruppierung tritt die mit 26.500 Mitgliedern größte islamistische Organisation in Deutschland, die "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG), gemäßigt auf. Sie will das türkische Staatsgefüge und langfristig alle Gesellschaften, in denen Muslime leben, nach islamistischen Grundsätzen verändern. Unter den türkischen Muslimen in Deutschland entfaltet sie eine intensive islamistische Bildungs- und Erziehungsarbeit, die mit ihren umfangreichen Freizeitangeboten einschließlich Koran-kursen insbesondere auf die Beeinflussung der türkischen Jugendlichen abzielt. Die IGMG unterhielt enge Verbindungen zur im Januar in der Türkei wegen islamistischer Aktivitäten verbotenen "Wohlfahrtspartei" (RP).

Ausblick

Brandenburg ist im Vergleich mit anderen Bundesländern noch immer verhältnismäßig gering von den Aktivitäten extremistischer Ausländerorganisationen betroffen.

Zukünftig ist aber zu erwarten, dass extremistische Ausländerorganisationen ihre Tätigkeit im Land Brandenburg stark ausweiten werden. Diese Organisationen verfügen in Berlin bereits seit längerer Zeit über fest etablierte Strukturen und ein erhebliches Potential von Anhängern, die sich jederzeit in das nähere und weitere Umland begeben können und unter der stetig steigenden Zahl hier ansässiger Landsleute eine gleichfalls wachsende Zahl von Ansprechpartnern und Kontaktmöglichkeiten finden.

Bisher hat sich dieses Ausgreifen extremistischer Organisationen auf Brandenburg sehr langsam vollzogen; wann es sich beschleunigen wird, ist schwer vorauszusagen. Doch die neue Rolle Berlins als Parlaments- und Regierungssitz wird hierauf nicht ohne Einfluß

bleiben.

Politische Ereignisse und Entwicklungen in den Herkunftsgebieten der Extremisten können, wie bis in die jüngste Vergangenheit, so auch künftig immer wieder zu einer akuten Zuspitzung der Gefahren für die öffentliche Sicherheit in Deutschland führen. Risiken dieser Art bergen zum Beispiel das ungelöste Kurdenproblem im Südosten der Türkei oder der komplizierte palästinensisch-israelische Friedensprozeß.

SPIONAGEABWEHR

Die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die geplante Osterweiterung der Europäischen Union führen zu einem stetigen Zusammenwachsen von Europa. Daneben vertiefen sich die Beziehungen zwischen den Staaten im Rahmen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit.

Eine Vielzahl von Vereinbarungen, Verträgen und verbindlichen Absprachen unterstützen und begleiten diese Entwicklung.

Gleichwohl, das Phänomen der Spionage, nämlich das Bemühen der Staaten, durch Auskundschaften einen Informationsvorsprung zu erhalten und gegenüber anderen Ländern zu nutzen, überdauert alle Entwicklungen. Deutschland ist als Nahtstelle zwischen Ost und West nach wie vor ein bevorzugtes Ziel fremder Nachrichtendienste.

*klassische
Spionage*

*Funk- und
Telefon-
überwachung
gehören
zum Alltag
der Spionage*

Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern – wegen seiner Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin und der traditionellen Beziehungen zu Osteuropa – auch für das Land Brandenburg.

Die Aufgabe der Spionageabwehr ist das Erkennen derartiger Bemühungen und deren Bekämpfung.

Im Berichtszeitraum bestimmte die sogenannte klassische Spionage die Arbeit fremder Nachrichtendienste. Sie zielt darauf, Informationen und Erkenntnisse aus Politik, Militär und Wissenschaft zu erlangen. Die Spionageabwehr konnte erneut Aktivitäten des Zivilen russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR und der Auslandskomponente des militärischen Nachrichtendienstes GRU feststellen. Die Anstrengungen der russischen Nachrichtendienste umfassen das gesamte Spektrum nachrichtendienstlicher Möglichkeiten – von der offenen Gesprächsabschöpfung bis zur Agentenführung mittels Funk. Rußland ist dabei bemüht, seine außenpolitischen Interessen vor dem Hintergrund großer ökonomischer Schwierigkeiten zu wahren.

Neben der sogenannten klassischen Spionage treten zunehmend Wirtschaftsspionage und Proliferation in den Vordergrund der Aktivitäten fremder Nachrichtendienste.

Hierbei kommt der Bundesrepublik Deutschland aus mehreren Gründen eine besondere Bedeutung zu. Das vereinte Deutschland ist von politischem Gewicht in der Welt. Weiter ist unser Staat eine starke Industrienation mit anerkannten Kompetenzen in den Bereichen Wissenschaft und Forschung. Die fremden Nachrichtendienste gehen bei der Spionage in der Bundesrepublik Deutschland mit hoher Professionalität vor. Dabei nutzen sie den in einer demokratischen Ordnung notwendigen offenen Zugang zu Informationen für die Zwecke der Spionage aus.

Dies gilt in gleichem Maße für das Land Brandenburg, ein zunehmend leistungsfähiger und zukunftsreicher Wirtschaftsraum in der Mitte Europas mit Berlin als Metropole.

Diese Forschungs- und Wirtschaftslandschaft erweckt zwangsläufig das Interesse fremder Nachrichtendienste in ihrem Bemühen, modernes Know-how, wissenschaftliche Erkenntnisse und auch das Verhalten im wirtschaftlichen Wettbewerb auszuforschen.

Die Bedeutung der Wirtschaftsspionage hat sich im Berichtszeitraum erhöht. Die staatlichen Auftraggeber der Spionage in der Wirt-

schaft erhoffen sich einen Vorteil für die jeweilige Volkswirtschaft. Der wirtschaftliche Schaden als Folge der illegalen Tätigkeit für die betroffenen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland ist bedeutend und umfaßt in letzter Konsequenz auch den Verlust von Arbeitsplätzen.

Wirtschaftsspionage erstreckt sich auf alle Unternehmensbereiche. Gefragt sind sämtliche Erkenntnisse, Daten und Informationen, die dabei helfen, einen wirtschaftlichen Vorsprung zu realisieren bzw. auszubauen.

Ein zunehmender Schwerpunkt der Ausspähungsaktivitäten fremder Nachrichtendienste ist die sogenannte Hochtechnologie, die sich von der Verfahrenstechnik über die Informations- und Kommunikationstechnik bis hin zur Luft- und Raumfahrttechnik erstreckt. Ein besonderes Interesse finden Computersysteme mit wissenschaftlich-technisch orientierten Programmen.

Darüber hinaus nutzen fremde Nachrichtendienste konsequent die vielfältigen Risiken und Schwächen der modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Sie dringen systematisch und professionell in Computernetze ein und schöpfen schätzenswerte Informationen und Wissen gezielt ab.

Das Entdeckungsrisiko im Vergleich zu herkömmlichen Spionage ist dabei vergleichbar gering.

In diesem Zusammenhang verdient ein russischer Nachrichtendienst besondere Erwähnung, nämlich die "Föderale Agentur für Regierungsfernmeldewesen und Information beim Präsidenten der russischen Föderation" (FAPSI). Der Schwerpunkt dieses Ende 1991 neu gegründeten Dienstes ist – neben der Beschaffung von Nachrichtentechnik sowie modernster Kommunikations-, Computer- und Verschlüsselungstechnologie – das Eindringen in westliche Kommunikations- und Computersysteme.

Die Spionageabwehr ist ausschließlich für die staatlich gesteuerte Spionage und nicht für Ausspähungsaktivitäten zwischen den Unternehmen zuständig. Letzteres, die sogenannte Konkurrenzspionage, beinhaltet den Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen und stellt einen Verstoß gegen §§ 17 ff. des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb dar. Spionage durch einen staatlich gelenkten Nachrichtendienst hingegen ist eine Straftat gem. §§ 94 ff. Strafgesetzbuch.

Nachdem Ende der 80er Jahre bekannt wurde, dass auch deutsche

Unternehmen Technologie und Pläne zum Bau einer libyschen Giftgasfabrik bei Rabta verkauft hatten, stieg in den westlichen Industrienationen das Bewußtsein für ein weiteres, bislang vernachlässigtes Thema, die Proliferation.

Unter diesem Begriff versteht man die unbefugte Weitergabe atomarer, biologischer und chemischer Waffen (ABC-Waffen) sowie die Mittel und das Know-how zu deren Herstellung an Länder, von denen zu befürchten ist, dass sie diese Waffen einsetzen oder deren Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele androhen.

Sogenannte Krisen- und Schwellenländer (Iran, Irak, Libyen, Syrien, Nordkorea) versuchen, durch Proliferation wissenschaftliche und technische Informationen und sensible Güter zu beschaffen. Hintergrund dafür ist unter anderem das Bemühen dieser Länder, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen, da die einheimische Industrie oftmals nicht die technischen Möglichkeiten zu deren Herstellung besitzt. Deshalb versuchen die Regierungen unter Einsatz von Nachrichtendiensten, die bestehenden gesetzlichen Ausführverbote für bestimmte Güter zu umgehen. Besonders gefragt sind Produkte, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind (sogenannte Dual-use-Güter). Die Verhinderung ihres Exports wird dadurch erschwert, dass selbst Fachleuten die militärische Verwendungsmöglichkeit nicht ohne weiteres auffällt.

Ein weiteres Beobachtungsfeld ist der Umgang von Regierungen – vornehmlich im Nahen Osten – mit ihrer im westlichen Ausland lebenden Opposition. Im Berichtszeitraum konnte festgestellt werden, dass fremde Nachrichtendienste versuchen, Erkenntnisse über in der Bundesrepublik Deutschland lebende Oppositionelle und deren Organisationen zu erlangen und sie mit nachrichtendienstlichen Methoden zu unterwandern. Dies stellt eine geheimdienstliche Agententätigkeit dar, die gem. § 99 des Strafgesetzbuches unter Strafe gestellt ist.

Um Verdachtsfälle zu bearbeiten, wertet die Spionageabwehr öffentlich zugängliche Quellen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus. Die erlangten Informationen münden in aktuelle Lagebilder nachrichtendienstlicher Aktivitäten. Darüber hinaus werden die Erkenntnisse genutzt, um gefährdete Unternehmen, Institutionen und Personen unter dem Gesichtspunkt einer präventiven Spionageabwehr gezielt zu beraten.

Da sich die Arbeitsweise fremder Nachrichtendienste ständig ver-

ändert, ist die Spionageabwehr gezwungen, ihre Arbeitsweise kontinuierlich zu aktualisieren. Neben der technisch gestützten Spionage, die in den letzten Jahren große Fortschritte verzeichnete, werden die wertvollsten Informationen über menschliche Quellen, über Agenten, erlangt.

Die Spionageabwehr wird bereits im präventiven Bereich tätig. So werden Unternehmen über die vorhandene Gefährdung informiert und gleichzeitig Möglichkeiten aufgezeigt, sich wirksam vor dem Eindringen fremder Nachrichtendienste zu schützen.

Spionage läßt sich wirksam nur im engen Zusammengehen von Verfassungsschutz und Polizei sowie unter Mithilfe der Betroffenen, insbesondere im Bereich der Wirtschaft, bekämpfen. Selbst für denjenigen, der sich in Spionage verstrickt hat, lohnt der Kontakt mit dem Verfassungsschutz: Freiwillige Offenbarung ist immer der be-

*"Proliferation
durch
Wissenstransfer" –
eine Broschüre
des Verfassungsschutzes*



ste Weg, der sogar die Möglichkeit offenläßt, von Bestrafung gänzlich abzusehen.

Die Spionageabwehr versteht sich sowohl für den Schutz gegen Spionage als auch im Falle der Verstrickung als Ansprechpartner und bietet dazu das (vertrauliche) Gespräch unter der Telefonnummer (0331) 866 2582 an.

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Beobachtungsauftrag

Auf Grundlage eines umfangreichen Berichts einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden über die Ziele und Methoden der SO stellte die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) am 6. Juni 1997 fest, dass bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen und damit die gesetzlichen Voraussetzungen³ für eine Beobachtung der Organisation durch den Verfassungsschutz gegeben sind.

Die IMK hat sich zwischenzeitlich von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Verfassungsschutzbehörden über die bisherigen Beobachtungsergebnisse unterrichten lassen. Dazu stellten die Mitglieder der IMK und das Bundesinnenministerium in ihrer Sitzung am 20. November 1998 fest, dass sie den betreffenden Bericht bei der weiteren Arbeit der Verfassungsschutzbehörden⁴ berücksichtigen werden.

In diesem Bericht wird dargestellt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung der Organisation nach wie vor gege-

*gesetzliche
Voraus-
setzungen*

³ Ausnahme Schleswig-Holstein

⁴ Ausnahme Schleswig-Holstein

⁵ Ausnahme Schleswig-Holstein

ben sind und zudem bezüglich des tatsächlichen Erscheinungsbildes der SO weiterer Aufklärungsbedarf besteht.

Die SO wird demnach weiter von den Verfassungsschutzbehörden der Länder⁵ und des Bundes beobachtet.

Bei der Beobachtung der SO gilt es, zu überprüfen und zu klären, ob sich die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen weiter bestätigen lassen oder entkräftet werden können.

Allgemeine Erkenntnislage

Die derzeitige Erkenntnislage und deren Bewertung für das Jahr 1998 machen deutlich, dass sich die damals festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung als fortbestehend bestätigen lassen und ein Tätigwerden des Verfassungsschutzes weiterhin geboten ist.

Die Ausführungen in dem aktuellen Bericht zeigen sowohl anhand aktueller SO-Veröffentlichungen als auch anhand jetzt erst bekannt gewordener Publikationen, dass die SO unvermindert darauf ausgerichtet ist, Verfassungsprinzipien wie die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Unabhängigkeit der Gerichte zu beseitigen oder zu beeinträchtigen.

Texte und Publikationen der SO belegen, dass ihre auf Schriften des SO-Gründers HUBBARD⁹ fußende, als verfassungsfeindlich einzuordnende Ideologie und Programmatik unverändert gültig ist.

So wurde die 1990 erschienene Schrift "Neue Zivilisation – Reference Pack" bekannt, nach deren Aussage das Ziel der SO in "...eine(r) Neue(n) Zivilisation ...". besteht. Um dies zu erreichen, sollen Scientologen u. a. "... eine Verschwörung kreieren, durch die sich der Machtfaktor immer weiter und immer ausdehnt. (Ref.: Power Formel)...".⁷

Während die bisherige Beobachtung der SO weitere Belege zu deren Ideologie erbracht hat, besteht andererseits noch Aufklärungsbedarf.

⁶ Lafayette Ronald Hubbard (1911-1986)

⁷ vgl. auch Hubbard, Einführung in die Ethik der Scientology, Kopenhagen 1989, S. 269 ff.

Noch nicht hinreichend aufgehellt und geklärt sind Fragen, die die faktischen Möglichkeiten der SO zur Ausgestaltung ihrer verfassungsfeindlichen Zielvorstellungen betreffen. Weiter klärungsbedürftig scheint hier beispielsweise der Finanzbereich, der hinsichtlich der Umsetzung der Programmatik eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Abschließende Aussagen zu Aktivitäten der SO – zum Beispiel ihrer konkreten Einflußnahme in der Gesellschaft, sei es im gesellschaftlich-politischen, sei es im wirtschaftlichen Bereich – lassen die bis heute erlangten Erkenntnisse noch nicht sicher zu. Auch insoweit besteht nach wie vor Aufhebungsbedarf.

Erkenntnislage im Land Brandenburg

Für das Jahr 1998 haben sich keine Informationen ergeben, die eine Existenz von "SO-Kirchen" oder sonstigen feststrukturierten Organisationseinheiten im Land Brandenburg belegen könnten.

Die Anzahl der in Brandenburg ansässigen SO-Mitglieder und/oder SO-Mitarbeiter beschränkt sich bisher auf Einzelpersonen.

Das Land Brandenburg ist auch kein Schwerpunkt von SO-Aktivitäten (geworden). Festgestellt wurden lediglich vereinzelte, im Vergleich zu anderen Ländern als eher gering einzuschätzende Werbemaßnahmen. Adressaten von Zusendungen einschlägigen SO-Materials (Buchsendungen, SO-Papiere/-Schriften wie "Vom Rechtsstaat zur Inquisition" oder "Scientology im Verhältnis zu anderen Religionen") waren insbesondere Behörden. Die Sendungen erfolgten offenbar im Rahmen bundesweiter SO-Aktionen.

Öffentliche SO-Veranstaltungen, zum Beispiel in Frankfurt/Main, wurden im Land Brandenburg nicht festgestellt.

Das Interesse brandenburgischer Bürger für die im Herbst 1997 herausgegebene Broschüre "Scientology – Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes" und das zeitgleich geschaltete "Vertrauliche Telefon" hielt 1998 an; dies zeigen entsprechende Zustellungswünsche und die telefonische Übermittlung von Hinweisen. Dabei gingen auch einige Fragen zu konkret benannten Personen oder Firmen ein, wobei es um deren eventuelle SO-Zugehörigkeit ging. Aufgrund der Gesetzeslage konnten derartige Anfragen nicht bearbeitet oder beantwortet werden.

Die Broschüre "Scientology – Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes" kann weiterhin über das

"Vertrauliche Telefon"

(0331) 2 70 02 30
Verfassungsschutzbericht 1998

Abkürzungsverzeichnis

AA/BO	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation
AAB	Antifaschistische Aktion Berlin
AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AGnS	Aktionsgemeinschaft nationaler Sozialisten in und außerhalb der NPD
AIS Salut)	Islamische Heilsarmee (Armée Islamique du Salut)
AIZ	Antiimperialistische Zelle
AMS	Assoziation Marxistischer Studierender
B.A.T.	Bundesweite Antifa Treffen
BBZ	Berlin-Brandenburger. Zeitung der nationalen Erneuerung
BKP	Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
DA	Deutsche Alternative
DHKP-C	Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DS	Deutsche Stimme
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ/DA	Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
FAPSI meldewesen	Föderale Agentur für Regierungsfern- und Information beim Präsidenten der Russischen Föderation
FAU-IAA	Freie ArbeiterInnen Union
FIS	Islamische Heilsfront (Front Islamique du Salut)
FN	Front National
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FVB	Freiheitlicher Volksblock
GIA Islamique	Bewaffnete Islamische Gruppe (Groupe Armée)
GRU	Militärischer Auslandsnachrichtendienst Rußlands
HAMAS	Islamische Widerstandsbewegung
HNG	Hilfsgemeinschaft für nationale politische

	Gefangene und deren Angehörige e.V.
IBP	Islamischer Bund Palästina
ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemein-
den	e. V.
JF	Kürzel für: Direkte Aktion/Mitteldeutschland, bedeutet wahrscheinlich: Jugendfront
JN	Junge Nationaldemokraten
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
KKK	Knast- oder Kerkergemeinschaften
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MB	Muslimbruderschaft
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NAPO	Nationale Außerparlamentarische Opposition
NIT	Nationales Info-Telefon
N.P.A.	Nationales Pressearchiv
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NSDAP/AO	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation
OKB	Offener Kanal Berlin
PSG	Partei für Soziale Gleichheit
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RAF	Rote Armee Fraktion
RBF	Republikanischer Bund der Frauen
REP	Die Republikaner
RepBB	Republikanischer Bund der öffentlich Bedienste ten
RH	Rote Hilfe e. V.
RHV	Republikanischer Hochschulverband
RJ	Republikanische Jugend
RMV	Republikanische Mittelstandsvereinigung
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SO	Scientology-Organisation
SWR	Ziviler Auslandsnachrichtendienst Rußlands THKP-C–Devrimci Sol Türkische Befreiungs partei-Front – Revolutionäre Linke
VR	Vereinigte Rechte
WJG	Wanderjugend Gibor

Anarchisten

Die Anhänger anarchistischer Theorien erhoffen eine "herrschaftsfreie" Gesellschaft (anarchia [griech.]: herrschaftsloser Zustand) ohne den Zwang gesellschaftlicher Normen. In Deutschland gibt es eine Anzahl anarchistischer Kleinparteien und -gruppen, die sich zum Teil auf klassische Theoretiker wie Bakunin berufen, oft aber auch je eigene Vorstellungen entwickeln. Sie haben jedoch im Gesamtspektrum des Linksextremismus nur eine periphere Bedeutung.

Die → Autonomen sind als Anarchisten im weiteren Sinne anzusehen, da auch sie ein "herrschaftsfreies" Leben anstreben. Sie lehnen jedoch die festen Organisationsformen der "klassischen" Anarchisten ab.

"Anti-Antifa"

Die "Anti-Antifa" ist eine überwiegend von Neonazis (→ Neonazismus) betriebene "Kampagne", deren Intention es ist, dem sog. "nationalen Lager" unter Zurückstellung interner Differenzen eine neue organisationsübergreifende Plattform zu verschaffen. Als geistiger Urheber dieses Konzepts kann der Neonazi Christian Worch angesehen werden.

Unmittelbarer Zweck der "Anti-Antifa"-Arbeit ist die "Feindaufklärung", also die Ermittlung und Verbreitung von Daten zu politischen Gegnern, als welche sowohl "Linke" als auch Angehörige der Sicherheitsbehörden gelten. Rechtsextremisten kopieren damit gewissermaßen spiegelbildlich die "Antifa"-Arbeit militanter Linksextremisten (→ "Antifa", autonome).

Den bisherigen Höhepunkt der "Anti-Antifa"-Kampagne bildete 1993 die Veröffentlichung des "Einblick", einer Sammlung von Personenadressen aus der gesamten Bundesrepublik. Danach waren die Aktivitäten der "Anti-Antifa" – die nur in wenigen Fällen als Vorbereitung von Gewalttaten dienten – merklich zurückgegangen; erst in jüngster Zeit sind sie wieder aufgelebt. Sie beschränken sich weiterhin auf lokale oder regionale Aktionen von Personen, die in der Regel zugleich in weiteren neonazistischen Gruppierungen zusammengeschlossen sind.

“Antifa”, autonome

Ein Hauptagitationsfeld der → Autonomen ist der “antifaschistische Kampf”. Denn die Autonomen behaupten, daß der kapitalistische Staat um seiner Selbsterhaltung willen den Faschismus begünstige, zumindest aber toleriere: “Gerade die Grundpfeiler der bürgerlichen Herrschaft – ökonomische Ausbeutung, Rassismus und Patriarchat – müssen als Ursachen des Faschismus bekämpft werden” (aus: “Kampf der FAP”, Broschüre der AA/BO, Oktober 1994). Deshalb ist es aus Sicht der Autonomen geboten, den Kampf gegen Faschisten und Rassisten in die eigenen Hände zu nehmen. Im Rahmen der sogenannten “antifaschistischen Selbsthilfe” richten sich militante Aktionen in erster Linie gegen den politischen Gegner, also tatsächliche oder vermeintliche “Nazis”. Diese Auseinandersetzungen werden unter dem Motto “Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!” gesucht und oft mit großer Brutalität ausgetragen. In autonomen Publikationen werden häufig Adressen und “Steckbriefe” des politischen Gegeners veröffentlicht, nicht selten mit der Aufforderung verbunden, die bezeichneten Personen anzugreifen.

“Antifa“-Gruppen, die sich extremistischer Betätigungen enthalten und mit den legitimen Mitteln politischer Auseinandersetzung den Rechtsextremismus bekämpfen, gehören nicht zum Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes.

Antisemitismus

Der Antisemitismus tritt als eine spezielle Form des → Rassismus auf und ist als solcher ideologischer Bestandteil zahlreicher Ausprägungen des → Rechtsextremismus. Als ressentimentgeladenes Vorurteil gegen die Juden schreibt er ihnen stereotyp verschiedensterlei negative Wesensmerkmale und Charaktereigenschaften zu und behauptet von ihnen, daß sie weltweit Politik und Wirtschaft zu dominieren suchten und schließlich eine zionistische Weltherrschaft anstrebten.

Das NS-Regime hat sich beim Genozid an den europäischen Juden (Holocaust) auf solche antisemitischen Klischees berufen. Heute liefert der Antisemitismus auch, in Form revisionistischer Geschichtsverfälschung (→ Revisionismus), Rechtfertigungsstrategien für diesen Völkermord (Leugnung, Verharmlosung, Auf-

rechnung, Schuldverschiebung). Außerdem zeigt er sich vor allem in Beleidigungen und verbalen Attacken gegen jüdische oder vermeintlich jüdische Bürger Deutschlands und anderer Länder, insbesondere auch gegen Repräsentanten des Staates Israel, in Schmieraktionen vornehmlich an Gedenkstätten und Synagogen, in Schändungen jüdischer Grabstätten u. ä..

Ausländerextremismus

Extremisten ausländischer Herkunft verfechten in Deutschland Anliegen, die ihren Ursprung in den politischen und religiösen Konflikten der jeweiligen Herkunftsländer haben, und gehen mit aggressiv-kämpferischer Propaganda und auch unter Anwendung von Gewalt gegen ihre Gegner vor. Nicht alle Organisationen ausländischer Extremisten in Deutschland sind hier neu gegründet worden. Vielfach agieren sie als Vertreter von extremistischen Vereinigungen und Parteien ihrer Heimatländer, die dort zum Teil verboten sind.

(→ Ausländerorganisationen, extremistische)

Ausländerorganisationen, extremistische

Organisationen ausländischer Extremisten in Deutschland lassen sich grob wie folgt klassifizieren:

- linksextremistische Organisationen, die die bestehende soziale und politische Ordnung in ihren Heimatländern gewalttätig beseitigen und durch einen sozialistischen Staat marxistischer Prägung ersetzen wollen
- extrem-nationalistische Vereinigungen, die Macht- bzw. Gebietszuwachs für die eigene Nation und die Abschaffung oder Nichtgewährung von Minderheitenrechten aggressiv propagieren
- islamistische Gruppierungen, die die Trennung von Religion und Staat zugunsten eines autoritären theokratischen Systems aufheben wollen
- Gruppierungen, die in Verbindung mit Regierungsstellen ihrer Länder gegen Landsleute im Ausland, insbesondere

Regimegegner, repressiv oder sogar terroristisch vorgehen.

Autonome

Die Ursprünge der Autonomen reichen bis in die Anfänge der studentischen Protestbewegung der 60er Jahre zurück. Die Bezeichnung "Autonome" (autonomos [griech.]: nach eigenen Gesetzen lebend) ist zugleich Programm, denn kennzeichnend für Autonome sind folgende Einstellungsmuster:

- Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Zwänge
- Suche nach einem freien, selbstbestimmten Leben in herrschaftsfreien Räumen
- gewalttätiger Widerstand gegen den demokratischen Staat und seine Institutionen.

Autonome besitzen in der Regel kein einheitliches, verbindliches Weltbild, sondern folgen oft verschwommenen anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen und spontanen aktionistischen Antrieben. Sie gehen darauf aus, das demokratisch verfaßte Gemeinwesen zu bekämpfen und, wenn möglich, zu zerschlagen, da der Staat und sein "Repressionsapparat" sie an der Verwirklichung ihrer (oben genannten) Absichten hindere. Autonome werden als Extremisten vom Verfassungsschutz beobachtet, weil und insoweit sie gewalttätig agieren, gewaltbereit sind oder Gewalt befürworten.

(→ auch: Jugendszene, linksextremistisch orientierte)

Entrismus

Entrismus ist eine von Anhängern des → Trotzismus praktizierte Methode, andere Parteien und Vereinigungen gezielt zu unterwandern, um in ihnen zu Einfluß zu gelangen, die eigene Ideologie zu verbreiten und schließlich die betroffene Organisation für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.

Entristischen Bestrebungen ausgesetzt sind sowohl nicht-trotzki-

stisch geprägte linksextremistische als auch demokratische, dem linken Spektrum zugehörige Parteien und Vereinigungen.

Etatismus

Die Anhänger des Etatismus überhöhen den Staat (frz.: état) in seiner Funktion als Ordnungsmacht und Zwangsinstitut und befürworten deshalb eine Ausweitung zentralstaatlicher Gewalt gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft und gegebenenfalls einem föderativ verfaßten Gemeinwesen. Sie stellen die Staatsraison über die individuellen Freiheitsrechte.

Der Etatismus ist Bestandteil bestimmter ideologischer Spielarten des → Rechtsextremismus. Propagiert wird er insbesondere von einzelnen Vertretern der → "Neuen Rechten".

Extremismus

Als extremistisch bezeichnen die Verfassungsschutzbehörden solche Bestrebungen, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte, seiner Normen und Regeln artikulieren und die darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine nach den jeweiligen Vorstellungen der extremistischen Minderheit formierte Ordnung zu ersetzen. Gewalt wird dabei häufig als ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele gutgeheißen, propagiert oder sogar praktiziert.

Extremisten wenden sich damit unmittelbar oder mittelbar gegen: die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte wie insbesondere die

- freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit
- Meinungs- und Pressefreiheit
- Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit;

das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der

- Gewaltenteilung
- Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz

- Unabhängigkeit der Gerichte;

weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie

- die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- das Mehrparteienprinzip
- das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden terminologisch zwischen dem Begriff "Extremismus" und dem Begriff "Radikalismus", obwohl beide anderweitig oft synonym gebraucht werden. Radikal ist eine Bestrebung, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits "von der Wurzel (lat. radix) her" anpacken will, nicht jedoch den demokratischen Verfassungsstaat ganz oder teilweise zu beseitigen beabsichtigt.

(→ auch: Ausländerextremismus; Linksextremismus; Rechtsextremismus; Terrorismus)

Fremdenfeindlichkeit

Dieser Begriff bezeichnet ein Ressentiment, das sich – oft unterschiedslos – gegen alle Menschen richtet, die in Deutschland "fremd" sind oder, wegen ihrer Nationalität, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft usw., "fremd" wirken: also gegen Ausländer, die sich als Touristen, geschäftlich, mit Arbeitserlaubnis oder auch illegal in Deutschland aufhalten, gegen Asylbewerber, gegen deutsche Staatsbürger ausländischer Herkunft, gegen Aussiedler u. a.. Den "Fremden" wird nämlich unterstellt, daß überwiegend gerade sie an zahlreichen gesellschaftlichen und sozialen Problemen in Deutschland (Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsrate, Belastung der Sozialsysteme, kulturelle Desintegration usw.) schuld seien.

Solange Fremdenfeindlichkeit "nur" als dumpfe Stimmung oder als verbal bekundete Einstellung in Erscheinung tritt, bietet sie zwar einen Ansatzpunkt und einen Nährboden für den → Rechtsextremismus, ist aber noch nicht unbedingt als Kundgabe einer eigentlichen rechtsextremistischen Bestrebung zu betrachten. Sobald Fremdenfeindlichkeit sich jedoch in Straftaten, erst recht Gewaltdelikten, manifestiert, wird erkennbar, daß die Täter ihren Opfern

allein wegen ihres "Fremdseins" die Menschenwürde und die Menschenrechte streitig machen und sie hierin verletzen wollen. Damit verhalten sie sich rechtsextremistisch.

(→ auch: Rassismus)

Jugendzene, linksextremistisch orientierte

Die Ablösung Jugendlicher vom Elternhaus geht bisweilen einher mit der Ablehnung des "bürgerlichen" Milieus und gesellschaftlicher Konventionen überhaupt. Auf der Suche nach "alternativen" Lebensformen lassen sich manche Jugendliche von linksextremistischen Ideologien und den aus ihnen abgeleiteten Verhaltensmustern beeinflussen. Das Wohnen in besetzten Häusern in der Gemeinschaft Gleichgesinnter, das Ausleben eigener Vorstellungen von Kunst und Kultur, die Teilnahme an "Demos" oder sonstige Bekundungen – nicht in jedem Falle von vornherein unberechtigten – öffentlichen Protestes gegen vorgegebene Verhältnisse werden oftmals untersetzt von unreflektierten linksextremistischen Parolen. Mit tatsächlichen oder vermeintlichen "politischen" Gegnern, in der Regel rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen, wird die Konfrontation gesucht.

Aus der Szene heraus kommt es durch erwerbslose Mitglieder auch zu Eigentumsdelikten. Sie werden zuweilen ideologisch gerechtfertigt. Auch der Gebrauch von Drogen ist in der Szene keine Seltenheit. Einige Angehörige dieser Szene treten auch als Punker oder → Skinheads unübersehbar in Erscheinung.

Eine verfestigte linksextremistische Einstellung, die sich auch und vor allem in entsprechender Gewaltbereitschaft niederschlägt, findet sich bei jenen Angehörigen der linksextremistisch orientierten Jugendzene, die wegen ihrer Militanz als → Autonome einzustufen sind. Viele Szeneangehörige fassen den Begriff "Autonome" allerdings weiter und wenden ihn auf sich selbst an, auch wenn sie nicht militant auftreten, während die Verfassungsschutzbehörden nur gewaltgeneigte Personen aus dieser Szene als Autonome bezeichnen.

Jugendzene, rechtsextremistisch orientierte

Unter Jugendlichen ist das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer Gruppe verbreitet. Die meisten Gruppen oder Cliques suchen ihre

Identität in einer bestimmten Musik-, "Lifestyle"- oder Moderichtung, die sie untereinander verbindet und gegen andere Gruppen abgrenzt. Ein kleiner Teil der Jugendlichen verwendet aber bereits politische Schlagworte, um sich von anderen Jugendlichen oder von ihrem Elternhaus abzusetzen. Rechtsextremistische, vor allem neonazistische (→ Neonazismus), Symbole haben für Jugendliche den Nimbus des Tabubruchs. Außerdem liefert ihnen der Rechtsextremismus mit seinen klaren Feindbildern eine "einfache" Orientierungshilfe.

In vielen Städten Deutschlands existieren Jugendcliquen, die in dieser Weise rechtsextremistische Verhaltensmuster aufgreifen. Die meisten dieser Jugendlichen bekennen sich zu einer von ihnen oft unreflektierten "rechten" Gesinnung, die sie selbst, über ein paar Schlagworte hinaus, nicht zu artikulieren vermögen.

Auffällig werden die Mitglieder dieser Cliques vor allem durch die von ihnen in provozierender Absicht verwendeten nazistischen Kennzeichen und durch Gewalttaten, denen nicht selten übermäßiger Alkoholgenuß ("Kampfrinken") vorangeht. Opfer dieser Gewaltausbrüche sind häufig Ausländer oder von Ausländern besuchte Einrichtungen, aber auch andere Gruppen und Personen, die in das rechtsextremistisch geprägte Feindbild dieses Personenkreises passen (z. B. "Linke", Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose).

Bisweilen sind die Grenzen dieser Subkultur zu rein kriminellen Banden und zum Rotlicht-Milieu fließend. Viele Mitglieder rechtsextremistisch orientierter Jugendcliquen sind → Skinheads.

Kommunikationstechnik, von Extremisten genutzte moderne

Die neuesten Errungenschaften der Kommunikationstechnik werden auch von Extremisten genutzt. Mailboxen, Mobiltelefone, Faxgeräte und "Infotelefone" gehören mittlerweile zum Handwerkszeug. Während "Infotelefone" lediglich über öffentlich erreichbare Anrufbeantworter Informationen für die Szene jederzeit abrufbar bereithalten, bieten per Modem vernetzte Mailboxen mit Verschlüsselungssoftware Extremisten die Möglichkeit, schnell, preiswert und teilweise von den Sicherheitsbehörden unbehelligt zu kommunizieren und Aktionen zu planen. Auch das weltumspannende "Internet", der derzeit größte Datenverbund, wird mehr und mehr von Extremisten zur internationalen Vernetzung verwendet.

Mobiltelefone kommen als flexibles Kommunikationsmittel vor allem während der Durchführung von konspirativ geplanten Aktionen zum Einsatz.

Linksextremisten, vor allem → Autonome, haben in der Nutzung dieser Techniken schon einen bemerkenswerten Standard erreicht. Rechtsextremisten, vor allem Neonazis (→ Neonazismus), eifern ihnen darin immer stärker nach.

Linksextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Parteien, Vereinigungen und Einzelpersonen bezeichnet, für die alle oder einige der folgenden Merkmale charakteristisch sind:

- Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus als “wissenschaftlicher” Anleitung zum Handeln; daneben, je nach Ausprägung der Partei oder Gruppierung, Rückgriff auch auf Theorien weiterer Ideologen wie Stalin, Trotzki, Mao Zedong, Bakunin und andere
- Bekenntnis zur sozialistischen oder kommunistischen Transformation der Gesellschaft mittels eines revolutionären Umsturzes oder langfristiger revolutionärer Veränderungen
- Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats oder zu einer herrschaftsfreien (anarchistischen) Gesellschaft
- Bekenntnis zur revolutionären Gewalt als bevorzugter oder, je nach den konkreten Bedingungen, taktisch einzusetzender Kampfform.

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen lassen sich grob in zwei Hauptströmungen einteilen:

- Dogmatische Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten; in Parteien oder anderen festgefügtten Vereinigungen organisiert, verfolgen sie die erklärte Absicht, eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsordnung zu errichten.
- Autonome, Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre; in losen Zusammenhängen, seltener in Parteien oder formalen Vereinigungen agierend, streben sie ein herrschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben unter Ablehnung jeglicher gesellschaftlicher Normen an.

(→ auch: Anarchisten; Autonome; “Antifa”, autonome; Parteien, linksextremistische)

Neonazismus

Neonazis bekennen sich offen zur Ideologie und Weltanschauung des deutschen Nationalsozialismus. Sie erstreben einen nach dem "Führerprinzip" formierten totalitären Staat und eine "rassereine Volksgemeinschaft". Die Verbrechen, die vom NS-Regime begangen worden sind, werden – je nach Charakter der Gruppierung – verharmlost, geleugnet oder gar verherrlicht.

Innerhalb des neonazistischen Spektrums bestehen Kontroversen über den "richtigen" Nationalsozialismus. Während die Mehrheit Adolf Hitler als die prägende Identifikationsfigur anerkennt, orientieren sich bestimmte neonazistische Gruppen am nationalrevolutionären Sozialismus der "linken" Nationalsozialisten, also an den Anschauungen etwa der Gebrüder Otto und Gregor Strasser oder des SA-Stabschefs Ernst Röhm. Kleine Teile des neonazistischen Spektrums knüpfen an die Ideologie des "Nationalbolschewismus" an und suchen deshalb zum Teil den Schulterschluss mit linksextremistischen Gruppierungen.

Unabhängig von diesen Richtungsstreitigkeiten wird Rudolf Heß, dem "Stellvertreter des Führers", eine überragende Rolle im Neonazismus zuerkannt. Heß wird wegen seiner langen Haftzeit und der von Teilen der rechtsextremistischen Presse als mysteriös beschriebenen Umstände seines Todes als Märtyrer verehrt. Bei "Rudolf-Heß-Gedenkwochen" (die aber in den letzten Jahren beinahe vollständig von den Sicherheitsbehörden unterbunden werden konnten) findet das neonazistische Spektrum alljährlich zu gemeinsamen Aktionen zusammen.

Einige Neonazis versuchen jetzt, sich von der starren Fixierung auf das NS-Regime zu lösen, und stellen gegenwartsbezogene Themen in den Mittelpunkt ihrer völkischen und rassistischen Agitation.

"Neue Rechte"

Der Begriff "Neue Rechte" – über dessen Umfang kein allgemeiner Konsens besteht und der deshalb mit unterschiedlichen Bedeutungen verwendet wird – bezieht sich, wenn man ihn weit faßt, auf verschiedenartige Varianten rechter Theoriebildung. Den meisten von ihnen gemeinsam ist ein unmittelbarer oder auch nur vermittelter Bezug auf die Tradition der "Konservativen Revolution" (Sammelbegriff für eine antilibérale Richtung in den geistigen Auseinandersetzungen vornehmlich der 20er Jahre) und/oder die seit den

60er Jahren in Frankreich publizistisch hervortretende "Nouvelle Droite" ("Neue Rechte") mit ihrem Wortführer de Benoist.

Zu den intellektuellen Zirkeln und Publikationen, auf die heute der Begriff "Neue Rechte" angewandt wird, zählen sowohl solche, die dem nationalkonservativen oder dem rechtsradikalen (also dem nichtextremistischen) Spektrum zuzurechnen sind, als auch eindeutig rechtsextremistisch (→ Rechtsextremismus) geprägte, als auch schließlich manche, die sich dazwischen in einer "Grauzone" bewegen.

Einige Ideologen der "Neuen Rechten" sind etatistisch (→ Etatismus) auf den "starken Nationalstaat" fixiert. Andere betonen die "Volksgemeinschaft", die sie für biologisch determiniert halten und zu einem Wert an sich verklären. Die "nationalrevolutionären" Theoretiker propagieren einen antiimperialistischen und antikapitalistischen "Befreiungsnationalismus" und suchen für den revolutionären Kampf Verbündete auch unter den Linksextremisten.

Maßgebliche Vordenker der "Neuen Rechten" verfolgen die Strategie, vor der politischen die kulturelle Hegemonie zu erringen. Deshalb streben sie danach, im weltanschaulichen und politischen Diskurs der Gegenwart nach und nach die Meinungsführerschaft zu gewinnen. Der tatsächliche Einfluß der "Neuen Rechten" ist aber bis heute nicht sehr erheblich, zumal sie über keinen organisatorischen Bezugsrahmen verfügt.

Parteien, linksextremistische

Linksextremistische Parteien bezeichnen sich in der Regel selbst als marxistisch nach ihrem Theorieansatz und als kommunistisch oder sozialistisch von ihrer Zielstellung her. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Partei werden auch Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao Zedong als ideologische Leitfiguren anerkannt. Alle treten mehr oder weniger offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf.

Eine innerparteiliche Demokratie ist bei ihnen bestenfalls formal gewährleistet, vielmehr herrschen festgefügte zentralistische, auf Disziplinierung durch die Führungskader beruhende Strukturen vor. Eine Ausnahme hiervon bilden allenfalls die anarchistisch geprägten Parteien.

Da jede der linksextremistischen Parteien von sich behauptet, die

einzig wahre Lehre zu vertreten, kommen Bündnisse zwischen ihnen nur schwer zustande und beruhen oft nur auf pragmatischen, z. B. wahltaktischen, Erwägungen. Häufig hingegen bilden sich in diesen Parteien miteinander verfeindete Fraktionen, oder es spalten sich von ihnen Splittergruppen ab, die sich dann häufig zusammen mit anderen Kleingruppen wiederum neu formieren.

Parteien, rechtsextremistische

Rechtsextremistische Parteien, die sich als "nationaldemokratisch" oder "nationalfreiheitlich" oder ähnlich bezeichnen, betrachten das nationalsozialistische Regime nicht als ihr Leitbild und grenzen sich so inhaltlich von neonazistischen (→ Neonazismus) Gruppierungen ab. Ideologisch orientieren sich diese Parteien vornehmlich an völkisch-kollektivistischen Vorstellungen und fordern im Sinne ihres übertriebenen → Etatismus einen "starken Staat". Obwohl sie nicht selten Lippenbekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung abliefern, stellen sie durch ihre Forderungen wesentliche Grundprinzipien der Demokratie in Frage. Ideologische Differenzen zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Parteien und persönliche Animositäten ihrer Führungspersonen standen bisher einer auf Dauer angelegten Kooperation entgegen.

Radikalismus

→ Extremismus

Rassismus

Zahlreiche Ausprägungen des → Rechtsextremismus enthalten als ein ideologisches Element den Rassismus. Nach rassistischer "Lehre" bestehen biologisch begründete, also unabänderliche, Wesens- und Qualitätsunterschiede zwischen den Menschenrassen. Die Zugehörigkeit zu einer von ihnen entscheide also von vornherein über den höheren oder minderen Wert sowohl des Individuums als auch eines Volkes. Gewöhnlich wird von Rassisten der "weißen" oder "nordischen" oder "germanischen" Rasse eine naturgegebene Überlegenheit gegenüber allen anderen Rassen zugeschrieben und aus ihr ein "natürlicher" Herrschaftsanspruch dieser Rasse hergeleitet.

Der Rassismus wird als eine scheinrationale Begründung für → Fremdenfeindlichkeit benutzt. Eine spezielle Form des Rassismus ist der → Antisemitismus.

Rechtsextremismus

Mit diesem Begriff werden Bestrebungen von Parteien, Gruppierungen, Cliques und Einzelpersonen bezeichnet, deren Anschauungen – bei zahlreichen Unterschieden im einzelnen – durch folgende Einstellungen bestimmt sind:

- Ablehnung der für die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentalen Gleichheit aller Menschen
- Verachtung des auf dem Prinzip gleicher Rechte beruhenden demokratischen Verfassungsstaates
- übersteigter, oft aggressiver Nationalismus, verbunden mit einer Feindschaft gegen Fremde oder fremd Aussehende, gegen Minderheiten, fremde Völker und Staaten
- Verschweigen, Verharmlosung oder Leugnung der Verbrechen, die von Deutschen unter nationalsozialistischer Herrschaft verübt worden sind (als Kampagne namentlich zur Bestreitung des Holocausts unter dem Stichwort → “Revisionismus” bekannt), Betonung angeblich positiver Leistungen des “Dritten Reiches”.

In unterschiedlicher Gewichtung und Ausprägung lassen sich in den einzelnen rechtsextremistischen Strömungen noch folgende ideologische Bestandteile ausmachen:

- → Rassismus, ausgedrückt etwa in der Warnung vor einer “Rassenmischung” als Gefährdung des “Deutschtums” und in der biologistisch begründeten Forderung nach mehr “Lebensraum” für die Deutschen
- → Antisemitismus, einschließlich der Behauptung, daß Juden dem deutschen Staatsvolk weder national noch kulturell zugehören könnten
- völkischer Kollektivismus, also pauschale Überbewertung einer meist rassistisch definierten “Volksgemeinschaft” zu Lasten der Rechte und Interessen des Individuums
- Militarismus samt dem Bestreben, auch zivile Bereiche des

gesellschaftlichen Lebens nach hierarchischen Prinzipien ("Führer" und "Gefolgschaft") zu ordnen, verbunden mit der Propagierung einer autoritären oder diktatorischen staatlichen Ordnung

- → Etatismus
- übersteigertes Sendungsbewußtsein, aus dem heraus das Recht der eigenen Gruppe absolut gesetzt wird und Andersdenkende und vor allem auch die Repräsentanten der Demokratie verleumdet und verächtlich gemacht werden.

(→ auch: "Anti-Antifa"; Fremdenfeindlichkeit; Neonazismus; Parteien, rechtsextremistische; Revisionismus; Skinheads; Wehrsport)

Revisionismus

Als Revisionismus bezeichnet man den politisch motivierten Versuch, die deutschen Verbrechen unter nationalsozialistischer Herrschaft zu relativieren oder zu leugnen. Insbesondere im Rahmen einer gezielten "Revisionismus-Kampagne" versuchen Rechtsextremisten aus aller Welt seit Jahren, den millionenfachen Mord an den europäischen Juden zu bestreiten oder zumindest die Zahl der Opfer zu verkleinern. Zu diesem Zweck berufen sich Revisionisten in ihren Publikationen auf – häufig von ihnen selbst in Auftrag gegebene – "Gutachten" ("Leuchter-Report", "Rudolf-Gutachten"), in denen mit pseudowissenschaftlichen Methoden versucht wird, die Massenvernichtung in den Konzentrationslagern als technisch unmöglich darzustellen.

Als Revisionisten sind in den letzten Jahren besonders der in Kanada lebende Deutsche Ernst Zündel ("Germania-Rundbrief"), die aus dem europäischen Ausland heraus agierenden Altnazis Otto-Ernst Remer ("Deutschland-Report", früher auch "Remer-Depesche") und der 1997 verstorbene Thies Christophersen ("Die Bauernschaft") sowie der britische Schriftsteller David Irving hervorgetreten.

Skinheads

Die Wurzeln der Skinheadbewegung liegen im Großbritannien der

60er Jahre. Sie war ursprünglich eher unpolitischer Natur. Auch heute interessiert sich ein großer Teil der Skinheadszenen nicht für politische Themen, sondern fühlt sich lediglich einer von einschlägeriger Musik und Mode geprägten Subkultur zugehörig.

Die Öffentlichkeit nimmt allerdings von der vielschichtigen Skinheadszenen hauptsächlich den rechtsextremistischen Flügel ("Boneheads", "White-Power-Skins", "Fascho-Skins" und Teile der überwiegend unpolitischen "Oi-Skins") wahr, der sich nicht nur über eine bestimmte Mode und Musik definiert, sondern auch über eine von neonazistischen Ideologieelementen durchsetzte Weltanschauung. Diese wird aber nicht in argumentativer Auseinandersetzung angeeignet und verbreitet; sie bekundet sich vielmehr in gewalttätigen Aktionen gegen als feindlich eingestufte Personengruppen, darunter vor allem Ausländer und "Linke".

Wichtige Bindeglieder der international verbreiteten rechtsextremistischen Skinheadszenen sind die Skinhead-Musik, die auf Tonträgern und bei Konzerten mit oft aggressiven, z.T. neonazistischen Texten verbreitet wird, das Outfit, für das Modeartikel von zahlreichen Vertriebsdiensten im Versandhandel angeboten werden, und die Vielzahl internationaler und lokaler Skin-Magazine (Fanzines), die regelmäßig über Neuigkeiten in der Szene informieren, dabei aber auch rechtsextremistisches Gedankengut verbreiten.

Eine Minderheit in der Skinheadszenen ist dem "linken" Spektrum zuzuordnen. "Red Skins", "SHARPs" ("Skinheads Against Racial Prejudice") oder "R.A.S.H.s" ("Red and Anarchist Skinheads") definieren sich über ihre Gegnerschaft zu "Faschos" und grenzen sich energisch gegen "Nazis und Rassismus" ab. Ein kleiner Teil dieses Personenkreises vertritt linksextremistische Vorstellungen. Linksextremistische Skinheads finden sich auch in der autonomen Szene (→ Autonome) und engagieren sich zum Teil in der autonomen → "Antifa".

Staatsterrorismus

Dieser Begriff bezeichnet terroristische Aktionen (→ Terrorismus), die im Auftrag von Regierungsorganen eines Staates im In- oder Ausland unternommen werden. Solche Aktionen dienen dazu, ein bestimmtes Regime nach innen oder außen mit illegitimen Gewaltmitteln – z. B. Einschüchterung und Bedrohung bis hin zu Bombenanschlägen, Flugzeugentführungen, Morden – abzusichern. Sie richten sich vor allem gegen Oppositionelle, aber auch gegen andere Staaten und deren Einrichtungen. Dabei bedient sich der terrori-

stisch agierende Staat eigener Geheimdienste oder von ihm abhängiger Terrorgruppen. Gegenüber der Öffentlichkeit pflegt er aber die Anwendung terroristischer Mittel zu leugnen.

Terrorismus

Terrorismus (terror [lat.]: Schrecken) ist das ideologisch-strategisch begründete, planmäßige Bestreben, mit zielgerichteter Gewalt die freiheitliche demokratische Grundordnung zu destabilisieren und schließlich zugunsten einer anderen Gesellschaftsordnung oder eines anarchischen Zustandes zu beseitigen. Zu diesem Zweck verüben Terroristen Anschläge auf Leib und Leben anderer Menschen sowie gemeingefährliche Straftaten. Terroristischer Methoden bedienen sich einzelne Gruppen sowohl von Links- und Rechtsextremisten als auch von ausländischen Extremisten.

Trotzkismus

Der Trotzkismus ist eine politisch-ideologische Richtung, die auf Leo Trotzki, einen der Hauptakteure der russischen Oktoberrevolution 1917, zurückgeht. Der Trotzkismus unterscheidet sich von anderen marxistisch-leninistischen Richtungen, insbesondere auch vom Stalinismus, dadurch, daß er einen konsequenten Internationalismus, das Prinzip der "permanenten Revolution" – also den unablässigen Kampf für eine alle Länder ergreifende Weltrevolution – und eine "Arbeiterdemokratie" vertritt. Die trotzkistischen Parteien stehen wegen dieser grundlegenden Differenzen abseits von den übrigen kommunistischen Parteien. Um dennoch über ihre engen Zirkel hinaus Einfluß zu gewinnen, bedienen sie sich der Methode des → Entrismus.

Verbote extremistischer Organisationen

Das Vereinsrecht eröffnet den Innenministern des Bundes und der Länder das Mittel des Verbots, wenn sich eine Vereinigung, die keine politische Partei oder Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft ist, nachweislich "gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet" (§ 3 Vereinsgesetz). Von dieser Möglichkeit der rechtsstaatlichen Abwehr extremistischer Bestrebungen ist in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland mehrfach Gebrauch gemacht worden.

Zum Beispiel sind seit 1992 zwölf rechtsextremistische Vereinigungen verboten worden. Zu den bekanntesten unter ihnen gehören die "Deutsche Alternative" (DA, verboten 1992) und die "Wiking-Ju-

gend" (WJ, verboten 1994).

Vereinsverbote können bei den Verwaltungsgerichten angefochten werden.

Das Verbot einer Partei kann allein das Bundesverfassungsgericht auf Antrag dazu befugter Verfassungsorgane aussprechen (Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz; §§ 13 Nr. 2, 43 Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Ein solches Verbot ist unanfechtbar. Voraussetzung dafür ist, daß eine Partei darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden und diese Ziele auf aktiv kämpferische, aggressive Weise verfolgt.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind bislang lediglich zwei Parteien verboten worden („Sozialistische Reichspartei“ [SRP], 1952; „Kommunistische Partei Deutschland“ [KPD], 1956).

Mit einem rechtskräftigen Verbot ist festgestellt, daß die betreffende extremistische Organisation „verfassungswidrig“ ist und deshalb ihre Tätigkeit einstellen muß.

Als „verfassungsfeindlich“ stufen die Verfassungsschutzbehörden solche Organisationen ein, die erkennbar extremistische Bestrebungen verfolgen (→ Extremismus). Solange „verfassungsfeindliche“ Organisationen (noch) nicht verboten sind, können sie sich im Rahmen der geltenden Gesetze frei betätigen.

Wehrsport

Unter „Wehrsport“ versteht man Aktivitäten, die der paramilitärischen Ausbildung in „Wehrsportgruppen“ dienen sollen. Bei solchen „Wehrsportübungen“ befassen sich mehrere Personen im Gelände – Übungsorte sind meist Waldgebiete, Steinbrüche oder ehemalige Truppenübungsplätze – mit militärischen Übungsinhalten wie Formalausbildung, Marschformationen, Häuser- und Nahkampf oder Schießausbildung; dazugehören können auch ein „Überlebens- training“ (Orientierung, Ernährung und längerer Aufenthalt in der Natur) und Tarnübungen oder das Erlernen von Kampfsportarten sowie die Ausbildung im Umgang mit Sprengstoff.

In vielen Fällen befriedigen jüngere Männer mit solchen Aktivitäten vornehmlich militaristische Neigungen, vor allem dann, wenn von solchen Gruppen keine politischen Bestrebungen ausgehen. Wehrsportübungen können jedoch auch als Vorbereitung zu rechts-extremistisch motivierten Gewalttaten dienen. Diese Gefahr besteht insbesondere dann, wenn die Wehrsportaktivitäten im Rahmen einer rechtsextremistischen Organisation unternommen werden.

Fotonachweis: dpa/Lehmann (Titel und S. 29), Innenministerium des Landes Brandenburg (S. 32, S. 82), dpa/Hirschberger (S. 77)

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Brandenburg unentgeltlich herausgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Das gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des europäischen Parlaments. Mißbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die auf Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.